OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Mai 2016

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2016

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 3. Mai 2016

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Langsame wirtschaftliche Erholung setzt sich trotz schwachem Umfelds fort 6

Zentral-, Ost- und Südosteuropa: OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder 12

Österreich: Konjunktur kommt nur langsam in Schwung 17

Kreditinstitute: Deutlich verbessertes Jahresergebnis 2015 21

Bauspareinlagen entwickelten sich im 4. Quartal 2015 rückläufig 25

Volatile Aktienmärkte bescherten österreichischen Investmentfonds ein turbulentes Jahr 2015 26

Ergebnisse der Hypothekarkreditumfrage der OeNB 29

Annex 30

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 10. März bis 27. April 2016 31

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 38

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich seit Beginn des Jahres etwas eingetrübt. Die Europäische Kommission nahm ihre Prognose von Anfang Mai 2016 für das Weltwirtschaftswachstum im Jahr 2016 um 0,2 Prozentpunkte auf 3,1% zurück. Für 2017 wird ein Wachstum von 3,4% erwartet. Dabei hat sich der Ausblick sowohl für die Industrieländer als auch für viele Emerging Markets verschlechtert. Vor allem rohstoffexportierende Länder leiden weiterhin unter dem niedrigen Ölpreis.

Die US-Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2016 um nur 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt und steigende Konsumausgaben signalisieren jedoch eine intakte Binnenkonjunktur. Chinas Wirtschaft hat sich im Laufe des ersten Quartals stabilisiert. Der Abfluss von Währungsreserven hat sich deutlich verlangsamt und die Lage an den Aktienmärkten beruhigt. Die Wachstumsprognose der Kommission für 2016 blieb bei 6,5%. In Japan sind die Wachstums- und Deflationsrisiken hingegen trotz Interventionen der Bank of Japan gestiegen. In Großbritannien stellt die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Brexit-Diskussion das größte Risiko dar. Die Kommission revidierte ihre Prognose um 0,3 Prozentpunkte für 2016 und 0,2 Prozentpunkte für 2017 gegenüber der Winterprognose nach unten.

Die aktuelle OeNB-Prognose für Zentral-, Ost- und Südosteuropa signalisiert ein stabiles Wachstum von durchschnittlich 3,3% in den Jahren 2016-18. In allen Ländern wird die inländische Nachfrage – getragen vom privaten Konsum – wichtigste Wachstumskraft sein. Im Vergleich zur OeNB-Prognose vom Herbst 2015 wurden die Wachstumsaussichten aufgrund der überraschend guten Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2015 und der niedrigeren Energiepreise sogar leicht nach oben revidiert. Noch kein Lichtblick ist hingegen für die russische Wirtschaft zu sehen.

Im Euroraum hat der moderate Konjunkturaufschwung des Vorjahres im ersten Quartal 2016 überraschend stark an Dynamik gewonnen. Mit einem Wachstum von 0,6% im Vergleich zum Vorquartal wuchs die Wirtschaft im Euroraum sogar stärker als in den USA. Die HVPI-Inflationsrate lag im März bei 0,0%. Die Einhaltung des Preisstabilitätsziels wird durch Zweitrundeneffekte der niedrigen Energie- und Rohstoffpreise, die sich auch in den Inflationserwartungen der Wirtschaftsakteure niederschlagen, erschwert.

Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat bereits im März 2016 ein weitreichendes geldpolitisches Gesamtpaket beschlossen, das unter anderem Zinssenkungen, eine Aufstockung des monatlichen Ankaufvolumens von Wertpapieren im Rahmen des Expanded Asset Purchase Programmes (APP) sowie eine Neuauflage der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-term Refinancing Operations, TLTROs) umfasst. In seiner Sitzung vom 21. April 2016 beließ der EZB-Rat diese Maßnahmen unverändert.

In Österreich blieb das BIP-Wachstum im ersten Quartal 2016 mit 0,4% etwas unter den Erwartungen. Inländische Konjunkturimpulse wie die Steuerreform und Ausgaben für Flüchtlinge trugen weniger als prognostiziert zur Beschleunigung der Wachstumsdynamik bei. Die HVPI-Inflationsrate ist im März auf 0,6% gesunken. Hauptgrund für die rückläufige Inflationsrate sind sowohl die Preisentwicklungen bei „Industriegütern ohne Energie" als auch bei „Energie". Für die kommenden Monate – bis inklusive Juli – wird mit einem weiteren Rückgang der HVPI-Inflationsrate auf 0,3% gerechnet, erst im zweiten Halbjahr klingt der negative Energiepreisschock aus und die Inflation wird bis November auf 1,5% steigen.

[1] Autor: Gerhard Fenz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

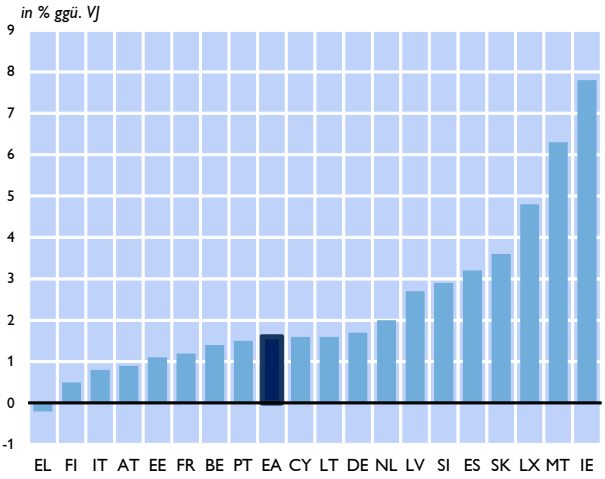
Langsame wirtschaftliche Erholung setzt sich trotz schwachem Umfelds fort[2]

Euroraum: Weiterhin moderates Wachstum zu erwarten

Das Wachstum des realen BIP im Euroraum hat sich zu Jahresende 2015 stabilisiert. Das reale BIP im Euroraum ist im vierten Quartal 2015 – so wie bereits im dritten Quartal – um 0,3% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Während allerdings im dritten Quartal noch der private Konsum die Haupttriebfeder der Konjunktur war, kam im vierten Quartal der größte Wachstumsbeitrag von den Bruttoanlageinvestitionen. Diese konnten gegenüber dem Vorquartal um 1,3% zulegen. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 0,6%. Der Außenbeitrag zum Wachstum war – ähnlich der Entwicklung im Quartal zuvor – negativ, da die Importe um 0,9% anzogen, während die Exporte nahezu stagnierten (+0,2%).

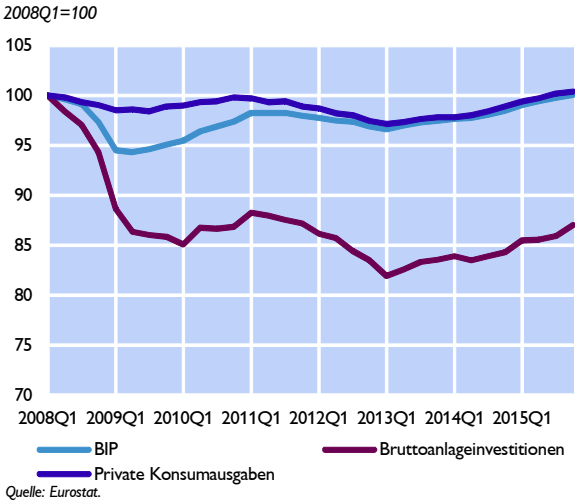
Die unterjährige Konjunkturentwicklung ergibt im Jahresergebnis 2015 ein BIP-Wachstum im Euroraum im Ausmaß von +1,6%. Die privaten Konsumausgaben leisteten dabei mit 1,0 Prozentpunkt den größten Beitrag zum Anstieg der Wirtschaftsleistung. Der Beitrag der Bruttoanlageinvestitionen konnte sich gegenüber dem Vorjahr mit 0,5 Prozentpunkten (gegenüber 0,3 Prozentpunkten im Jahr 2014) zwar leicht erhöhen, allerdings bleiben die

BIP-Wachstum 2015



Quelle: Eurostat.

Euroraum: BIP, priv. Konsum, Investitionen



Quelle: Eurostat.

Investitionen damit im Vergleich zu den privaten Konsumausgaben sowie zum BIP insgesamt nach wie vor weit unter dem Niveau von 2008. Mit Jahresende 2015 lagen die Bruttoanlageinvestitionen bei 87% des Niveaus von Jahresbeginn 2008.[3] Die EU-Kommission geht in ihrem Frühjahrsgutachten (Spring Forecast), unverändert gegenüber der Winterprognose, von einem Wachstum von 1,8% für 2016 und 1,5% für 2017 aus.

Auf Länderebene verzeichneten im Jahr 2015 mit Ausnahme von Griechenland alle Euroraumländer positive BIP-Wachstumsraten (GR: -0,2%), wobei die Spannweite der Wachstumszahlen groß ist. Während Irlands Wirtschaftsleistung um 7,8% zulegen konnte, verzeichnete Finnland einen BIP-Zuwachs von 0,5%. Zypern konnte nach dreijähriger Rezession

[2] Paul Ramskogler (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

[3] Für Irland und Luxemburg liegen noch keine Zahlen für das vierte Quartal 2015 vor.

im Jahr 2015 mit 1,6% erstmals wieder ein positives BIP-Wachstum erzielen. Österreich hat im Vergleich zum Euroraum ein unterdurchschnittliches Wachstum erreicht.

Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die langsame Erholung weiterhin fortsetzen wird. Die Industrieproduktion fiel zwar im Februar gegenüber dem Vormonat um 0,8 %, lag aber immer noch über dem Jahresendwert von 2015. Die Einzelhandelsumsätze verzeichneten im Jänner und Februar positive Zuwächse. Dieses Bild wird von der Entwicklung der Stimmungsindikatoren letztlich gestützt. Zuletzt sanken zwar wichtige Stimmungsindikatoren wie beispielsweise der ESI oder der PMI, aber das noch immer relativ hohe Niveau der Indikatoren deutet weiter auf eine Expansion hin.

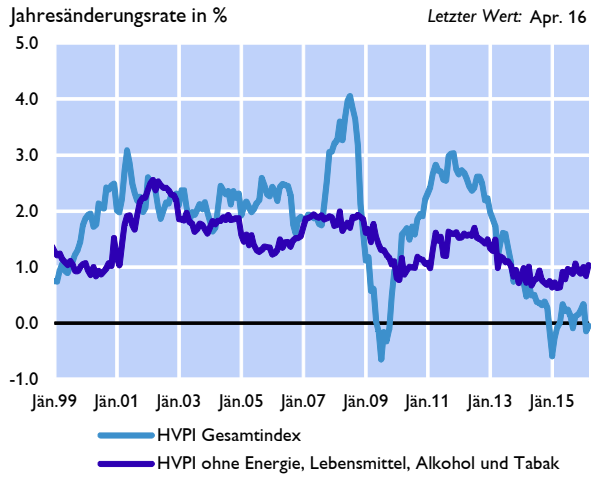
Arbeitsmarkterholung verlangsamt sich leicht

Die aufgehellte Stimmungslage wird von der Entwicklung am Arbeitsmarkt bestätigt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Februar 2016 bei 10,2% und konnte damit ihren Abwärtstrend weiter fortsetzen. Seit den Höchstständen von Anfang 2013 ist die Arbeitslosenquote um insgesamt 1,9 Prozentpunkte gesunken. Der leichte Anstieg der Erwerbsquote zeigt zudem, dass der Rückgang der Arbeitslosenquote nicht darauf zurückzuführen ist, dass arbeitslose Personen aus dem Arbeitsmarkt aussteigen (Wechsel in die Inaktivität), sondern dass jene Personen, die bislang arbeitslos waren, wieder in die Beschäftigung finden. Die Erholung am Arbeitsmarkt wird auch anhand der Entwicklung der Beschäftigten deutlich. Im vierten Quartal 2015 ist die Anzahl der Beschäftigten um 0,3% gestiegen, womit das Beschäftigungswachstum konstant geblieben ist. Laut aktuellen Umfragedaten zum Arbeitsmarkt wird das Beschäftigungswachstum im ersten Quartal 2016 aber niedriger ausfallen als im Vorquartal. Die Frühjahrsprognose der EU-Kommission geht von einer weiteren Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den Jahren 2016 und 2017 aus. Die Arbeitslosenrate wurde für 2016, gegenüber der Winterprognose, um 0,2 Prozentpunkte auf 10,3% nach unten revidiert. Die Beschäftigungsrate wurde leicht nach oben revidiert (60,0% statt 59,6% im Jahr 2016),

Zweitrundeneffekte erschweren die Einhaltung des Preisstabilitätsziels

Die HVPI-Inflationsrate, lag nach -0,2% im Februar bei 0,0% im März (Schätzung für April -0,2%). Die HVPI-Untergruppen Treibstoffe (-0,6%) und Heizöl (-0,2) zeigten im März die stärkste inflationsdämpfende Wirkung, während Gastronomie, Pauschalreisen und Mieten (je +0,1%) einen leicht positiven Beitrag zur Inflationsrate aufwiesen. Offensichtlich stecken hinter den disinflationären Tendenzen der Binnenwirtschaft (nicht vollständig antizipierte) Zweitrunden-effekte der niedrigen Energie- und Rohstoffpreise, die sich vermutlich auch in den Inflationserwartungen der Wirtschaftsakteure niederschlagen. Dies wird auch in der Entwicklung der Arbeitskosten reflektiert. Die nominalen Arbeitskosten je Arbeitsstunde (gegenüber dem Vorjahreszeitraum) sind im vierten Quartal 2015 etwas stärker als im Vorquartal

HVPI: Gesamtindex und Kerninflation



Quelle: Eurostat.

angestiegen (1,3% statt 1,1%). Gleichzeitig ist die Arbeitsproduktivität um 0,4% (im Jahresabstand), und damit weniger als im dritten Quartal gewachsen. In Summe ergibt sich daraus ein Anstieg der saisonal bereinigten Lohnstückkosten im vierten Quartal (laut EZB), der mit 0,9% zwar etwas stärker als im Vorquartal ausfiel, aber dennoch sehr niedrig ist. Es wird im Rahmen der Lohnverhandlungen zentral sein zu vermeiden, dass die niedrige Inflationsentwicklung über eine weitere Verstärkung von Zweitrundeneffekten den Disinflationsprozess verstetigt.

EZB-Rat lässt Geldpolitik unverändert

Angesichts deutlich verschlechterter Aussichten, insbesondere in Hinblick auf die Erreichung des Preisstabilitätsziels hatte der EZB-Rat am 10. März 2016 eine neuerliche geldpolitische Lockerung beschlossen. Das weitreichende Gesamtpaket umfasst erstens eine Senkung der Zinssätze für das Hauptrefinanzierungsgeschäft und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um jeweils 5 Basispunkte auf 0,00% bzw. 0,25% sowie eine Senkung des Zinssatzes für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf nunmehr -0,40%. Zweitens war beschlossen worden, das monatliche Ankaufsvolumen von Wertpapieren im Rahmen des Expanded Asset Purchase Programmes (APP) um 20 Mrd EUR auf 80 Mrd EUR aufzustocken. Die Anleihenankäufe sollen dabei bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls auch darüber hinaus so lange fortgeführt werden, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung in Einklang mit der Definition von Preisstabilität (Inflationsrate von unter aber nahe 2%) erkennt. Um sicherzustellen, dass dieses Programm reibungslos umgesetzt werden kann, wurde die selbst auferlegte Besitzobergrenze für Anleihen von internationalen Organisationen und multilateralen Entwicklungsbanken auf 50% angehoben. Zusätzlich zu gedeckten Schuldverschreibungen, forderungsbesicherten Wertpapieren und Anleihen von im Euroraum ansässigen Staaten, staatsnahen Emittenten und europäischen Institutionen können ab dem Frühsommer nun auch höchstwertige europäische Unternehmensanleihen angekauft werden. Drittens wurde eine Neuauflage der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-term Refinancing Operations, TLTROs) beschlossen. In seiner Sitzung vom 21. April 2015 beließ der EZB-Rat diese Politik unverändert.

Globale Wachstumsprognosen verschlechtern sich

Mit Blick auf die Weltwirtschaft liegen mit der Veröffentlichung des *Spring Forecast* der Europäischen Kommission aktuellste Prognosen vor. Demnach ist das reale Weltwirtschaftswachstum herunterrevidiert worden. Die EK prognostiziert für die Weltwirtschaft ein reales Wachstum im Jahr 2016 von 3,1% sowie 3,4% für 2017. Dies entspricht einer Abwärtsrevision gegenüber der Winterprognose um 0,2 Prozentpunkte (2016) bzw. um 0,1 Prozentpunkte (2017). Dabei hat sich sowohl für die Industrieländer als auch für viele Emerging Markets der Ausblick verschlechtert. Vor allem rohstoffexportierende Länder leiden weiterhin unter dem niedrigen Ölpreis. Die Prognosen für den globalen Handel wurden

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	Europäische Kommission Spring Forecast		
	2015	2016	2017
Euroraum	1,7	1,6	1,8
Ver. Königreich	2,3	1,8	1,9
EU	2,0	1,8	1,9
Russland	-3,7	-1,9	0,5
Japan	0,5	0,8	0,4
China	6,9	6,5	6,2
USA	2,4	2,3	2,2
Welt gesamt	3,0	3,1	3,4
Welthandel	2,4	2,7	3,8

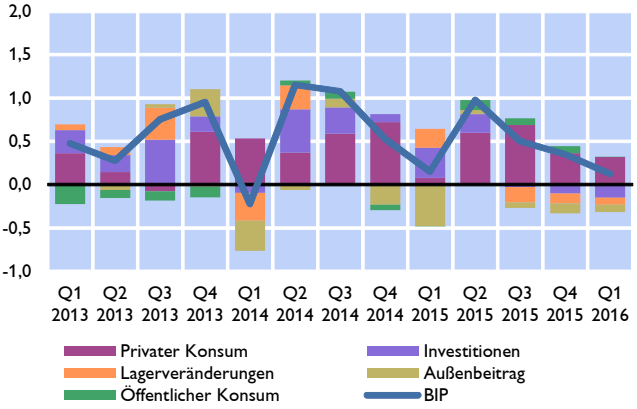
ebenfalls nach unten revidiert. So steigt der Welthandel im Jahr 2016 um 2,7% (-0,8 Prozentpunkte) und 2017 um 3,8% (-0,4 Prozentpunkte). Die Abwärtsrevisionen des Welthandels dürften dabei auf die deutlichen Einbrüche des Handels der Emerging Markets zurückzuführen sein.

USA: Wachstumsaussichten bleiben durchwachsen

Aufgrund der relativ unveränderten Lage am Arbeitsmarkt und mit Blick auf die Inflationsentwicklung hat das FOMC weder bei der Sitzung im März noch bei der Sitzung am 27. April eine Änderung der Geldpolitik vorgenommen. Eine Zinsanhebung im Juni wurde aber weiterhin nicht ausgeschlossen. Somit bleiben vorerst sowohl Zinsen als auch der Umfang von *Quantiative Easing* unverändert. Neueste Arbeitsmarktdaten vom März belegen die robuste Entwicklung des Arbeitsmarkts. Es wurden 215.000 neue Stellen geschaffen (nach 245.000 Stellen im Februar). Die Arbeitslosigkeit stieg leicht auf 5% gegenüber 4,9% im Februar. Die Unterbeschäftigungsrate (ein breiteres Maß der Arbeitslosigkeit, das um unfreiwillige Teilzeitarbeit und ähnliche Arbeitsformen erweitert ist) stieg ebenfalls leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 9,8%. Trotz der relativ guten Arbeitsmarktdaten bleibt die Einkommensentwicklung weiterhin moderat und liefert keine Impulse für die Inflation. Im Februar stieg das reale verfügbare Haushaltseinkommen um 0,2% (nach 0,4% im Jänner).

USA: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

Wachstum gegenüber Vorquartal (saisonbereinigt), Wachstumsbeiträge in Prozentpunten



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

Dennoch kam es im ersten Quartal 2016 nach vorläufiger Schätzung zu einem weiteren Wachstumsrückgang. Das reale Wachstum sank auf 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Positiv zum Wachstum beigetragen haben weiterhin die Konsumausgaben der privaten Haushalte (0,3 Prozentpunkte), die nur leicht sanken. Allerdings wirkten sich alle anderen Komponenten, insbesondere die Investitionsausgaben (-0,2 Prozentpunkte), dämpfend auf das Wirtschaftswachstum aus.

Den Immobilienmarkt in den USA kennzeichnet eine unterschiedliche Entwicklung. Einerseits sanken die Ausgaben für neue Bauvorhaben im Februar um 0,5% (+2,1% im Jänner), andererseits stieg die Zahl neuer Wohnraumimmobilien im Februar um 5,2% (-3,4% im Jänner). Auch die Frühindikatoren zeigen ein heterogenes Bild. Der *consumer confidence indicator* stieg im März auf 96,2 Punkte (+2,2 Punkte gegenüber Februar). Der *PMI manufacturing* lag im April bei 50,8 Punkten nach 51,8 Punkten im März. Dazu wird der Ausblick durch die verschlechterten Aussichten für die Weltwirtschaft weiterhin getrübt und Abwärtsrisiken bestehen fort.

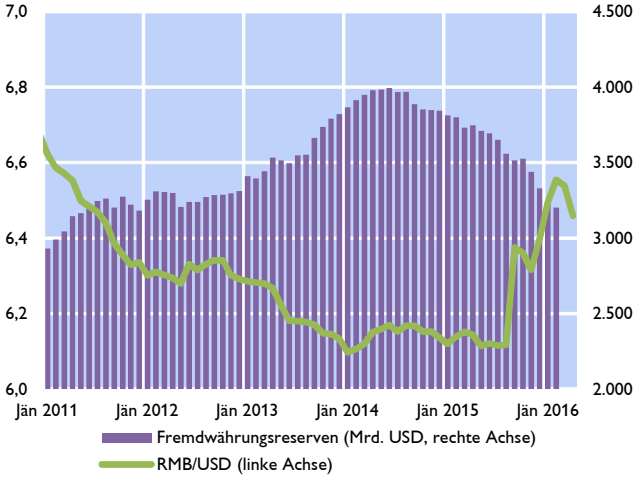
China: Stabilisierung der Kapitalabflüsse

Nach einer schwachen Wachstumsentwicklung in China im vierten Quartal 2015 scheint sich die Lage zu stabilisieren. Zwar lag das Wachstum im ersten Quartal 2016 bei 6,7% (das schwächste Wachstum seit 2009), allerdings hat sich zuletzt sowohl der Aktienmarkt stabilisiert,

als auch der Abfluss von Währungsreserven deutlich verlangsamt. Die Treiber des Wachstums waren vor allem Investitionen, insbesondere öffentliche Infrastrukturinvestitionen und Immobilieninvestitionen. Die EK hat ihre Prognose für 2016 allerdings unverändert bei 6,5% belassen. Die Exportentwicklung stützt dieses Bild und deutete zuletzt ebenfalls auf einen optimistischeren Ausblick hin. In US-Dollar gemessen stiegen die Exporte im März um 11,5%, nachdem sie im Jänner und Februar gefallen waren. Die Importe fielen im selben Zeitraum allerdings um 7,6%.

Die Verschuldung des nicht-staatlichen Sektors stieg im Februar um 13,2% an. Außerdem bleibt der Bestand an Unternehmenskrediten weiterhin sehr hoch. Dies deutet auf eine kreditfinanzierte Stabilisierung der Nachfrage. Die Regierung stellte klar, dass der Prozess des rebalancing und strukturelle Reformen an die wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden. Vorlaufindikatoren wie der PMI für das verarbeitende Gewerbe und für Dienstleistungen fielen im März wieder etwas besser aus als zuletzt. Geldpolitisch gab es zwei interessante Entscheidungen: Zum einen wurde der Mindestreservesatz zuletzt von 17,5% auf 17% reduziert. Zum anderen wird der Interbankanleihemarkt für internationale Investoren geöffnet. Hierbei handelt es sich, nach den USA und Japan, um den drittgrößten Markt für Interbankanleihen der Welt. Der Renminbi wertete gegenüber dem US-Dollar zuletzt wieder etwas auf, während er gegenüber dem Euro wieder etwas nachgegeben hat.

CHINA: Wechselkurs und Fremdwährungsreserven

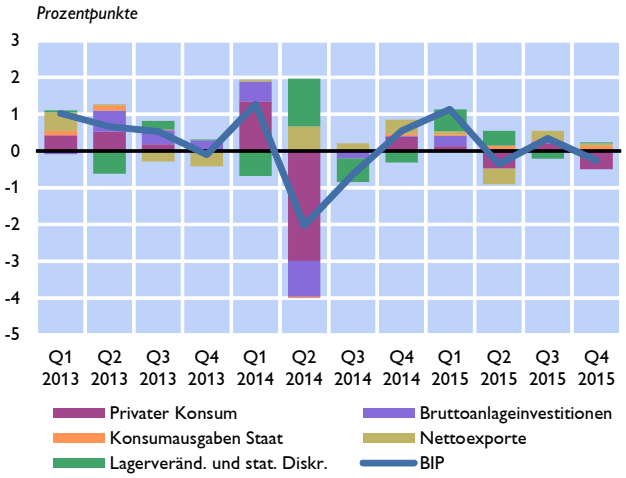


Quelle: Thomson Reuters.

Japan: Wachstums- und Deflationsrisiken trotz Intervention der Bank of Japan gestiegen

Japans Wirtschaft schrumpfte in Q4 2015 um 0,3% wobei vor allem die privaten Konsumausgaben (-0,5 Prozentpunkte) negativ zum Wachstum beitrugen. Das Jahreswachstum in 2015 lag damit bei 0,5%. Früh- und Vorlaufindikatoren zeigen in unterschiedliche Richtungen. Während die Lohnabschlüsse – zentral für das von Deflation geplagte Japan – zuletzt höhere Wachstumsraten aufwiesen, entwickelte sich der Tankan – ein wichtiger Konjunkturindikator, der die Stimmungslage in der japanischen Industrie abbildet – deutlich abwärts. Im Kontext des schlechten vierten Quartals und vor dem Hintergrund einer Inflationsrate von nur knapp über der Nullgrenze sind auch die geldpolitischen Entscheidungen der Bank of Japan (BOJ) von Ende Jänner 2016 zu sehen. Die Notenbank hatte die Zinsen auf Zentralbankeinlagen für bestimmte Reserven auf -0,1% gesenkt, um die Ertragslage der Banken nicht zu gefährden, dabei aber den weitaus

Japan: Beiträge zum BIP-Wachstum



Quelle: ESRI.

größten Teil der Einlagen von der negativen Verzinsung ausgenommen. Die Tatsache, dass nach dieser Entscheidung der Yen um 12% aufwertete zeigt allerdings, dass die Effekte negativer Zinsen auch überraschen können. Konventionelle Wechselkurstheorien hätten nach dem Schritt der BOJ eine Abwertung erwarten lassen. Diese Entwicklung verstärkte Spekulationen über eine Verschiebung der für dieses Jahr geplanten Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in das Jahr 2017. Premier Abe hatte jedoch am 20. März bekräftigt, an diesem Schritt festhalten zu wollen. Auch wurden Erwartungen einer weiteren Lockerung der Geldpolitik in der Sitzung der BOJ vom 28. April enttäuscht. Das neutrale Statement des FOMC der Federal Reserve in ihrer Sitzung vom Vortag dürfte zu der abwartenden Haltung nicht unwesentlich beigetragen haben.

UK: Brexit-Risiko könnte wirtschaftliche Erholung bremsen

Die Diskussion um einen Austritt Großbritanniens aus der EU erhöht die Unsicherheit von Haushalten und Firmen mit möglicherweise negativen Auswirkungen auf Konsum und Investitionen. Es besteht die Gefahr, dass die mit Brexit verbundene Unsicherheit in der Zeit bis zum Referendum im Juni noch weiter zunehmen wird und sich negative Effekte auf Investitionsentscheidungen verstärken werden. Die Bank of England erklärte außerdem, dass die letzthin erfolgten Abwertungen des Pfund gegenüber wichtigen Referenzwährungen zum Großteil auf die Unsicherheit im Kontext von Brexit zurück zu führen sind. Das Pfund hat seit November 2015 real effektiv um etwa 9% abgewertet. Ein weiteres Risiko besteht im Rekorddefizit der Leistungsbilanz, das im vierten Quartal bei 7% des BIP lag und – im Kontext eines möglichen Austritts des Landes aus der EU – Fragen in Bezug auf die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Situation aufwirft. Derzeit entwickelt sich die britische Wirtschaft stabil. Das vierte Quartal 2015 lag mit 0,6% Wachstum gegenüber dem Vorquartal weiter über jenem der EU-28 (+0,4% zum Vorquartal). Erste vorläufige Schätzungen für das erste Quartal rechnen mit einem Wachstum von 0,4%.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa: OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder

***Stabiles Wachstum in CESEE**: In den Jahren 2016–2018 wird das jährliche Wirtschaftswachstum in der CESEE-6 Region 3,3% betragen. Die Prognose entspricht einer geringfügigen Aufwärtsrevision im Vergleich zur OeNB-Herbstprognose aufgrund der überraschend guten Wirtschafts-entwicklung im Jahr 2015 und der niedrigeren Energiepreise. Entsprechend der pessimistischeren Aussichten für den Euroraum wurde die Vorhersage für das Exportwachstum der CESEE-6 Region hingegen nach unten revidiert. Das Exportwachstum wird dennoch über den Prognosezeitraum relativ stark bleiben. In allen Ländern wird die inländische Nachfrage – getragen vom privaten Konsum – wichtigste Wachstumskraft sein. Die Investitionstätigkeit wird 2016 kurzzeitig leicht zurückgehen, was mit dem Auslaufen der relevanten EU-Förderperiode erklärt werden kann. In den darauffolgenden Jahren erwarten wir, dass das Investitionswachstum wieder zulegen wird. Die Prognoserisiken in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung in der CESEE-6 Region sind abwärtsgerichtet und haben in den letzten Monaten zugenommen. Abweichungen des Wachstums im Euroraum sowie in der Weltwirtschaft vom angenommenen Pfad, geopolitische Spannungen sowie politische und gesetzliche Alleingänge in CESEE könnten sich negativ auf die Prognose auswirken.*

***Noch kein Lichtblick in Russland**: Der niedrige Ölpreis sowie die Sanktionen treffen die russische Wirtschaft nach wie vor schwer. 2016 wird ein Wirtschaftswachstum von -3,0% erwartet, so dass der Tiefpunkt der Rezession überwunden wird. Aufgrund der hohen Inflation, eingefrorener öffentlicher Löhne sowie indexierter Pensionen unterhalb der Inflationsrate wird die inländische Nachfrage weiter fallen. Die Investitionstätigkeit liegt darnieder, und öffentliche Ausgaben werden zurückgefahren. Der niedrige Ölpreis drückt die Exporte. Für 2017 rechnen wir mit einem Nullwachstum, 2018 mit einer leichten wirtschaftlichen Erholung (1,0% im Jahresabstand). Die Risiken schätzen wir als ausgewogen ein. Sie betreffen primär Abweichungen der Ölpreisentwicklung von der angenommenen Entwicklung sowie die geopolitische Situation.*

CESEE-6[4]: robust GDP growth largely driven by an upswing in private consumption

In 2015, economic growth in the CESEE-6 region mounted to 3.5% compared to 2.9% in 2014. The outcome came as a surprise on the upside. Overall, we expect economic performance to remain solid throughout 2016 to 2018 even though growth will decelerate somewhat compared to the remarkable 2015 outcome. Domestic demand will be the main growth driver in all CESEE-6 countries over the entire projection period. Only in the Czech Republic is the contribution of domestic demand expected to slump in 2016 compared to 2015, largely in the wake of lower investment activity. We see some other beneficial factors for the CESEE-6 economies over our forecast period. For instance, Croatia and Hungary have implemented measures to promote SMEs. Also, procyclical fiscal policy measures in most

[4] Central, Eastern and Southeastern Europe: Bulgaria, Croatia, Czech Republic, Hungary, Poland and Romania.

CESEE-6 countries taken partly to deliver on election pledges and minimum wage hikes in Bulgaria and Romania are expected to boost private consumption.

	2015	2016			2017			2018		
	Eurostat/ Rosstat	OeNB 6.Apr	WEO 12.Apr	wiiw 16.Mar	OeNB 6.Apr	WEO 12.Apr	wiiw 16.Mar	OeNB 6.Apr	WEO 12.Apr	wiiw 16.Mar
	y-o-y GDP growth in percent									
CESEE-6	**3,5**	**3,3**	**3,2**	**3,1**	**3,3**	**3,2**	**2,8**	**3,3**	**3,0**	**3,1**
Bulgaria	2,8	2,6	2,3	2,5	2,7	2,3	2,5	2,8	2,4	2,7
Croatia	1,6	1,8	1,9	1,4	1,9	2,1	1,8	2,2	2,2	2,0
Czech Rep.	4,3	2,4	2,5	2,4	2,6	2,4	2,3	2,6	2,2	2,4
Hungary	2,9	2,5	2,3	2,2	2,8	2,5	2,3	3,1	2,4	2,9
Poland	3,6	3,7	3,6	3,4	3,8	3,6	3,2	3,5	3,5	3,4
Romania	3,8	4,0	4,2	4,0	3,7	3,6	3,0	3,7	3,3	3,5
Russia	-3,7	-3,0	-1,8	-0,8	0,0	0,8	0,8	1,0	1,0	1,8

Sources: Eurostat, IMF World Economic Outlook, OeNB-Bofit, Rosstat, wiiw.

Leading indicators generally show a positive picture, but some moderation has set in most recently. Retail trade was very strong at the end of 2015 in all CESEE-6 countries, but decreased somewhat at the beginning of 2016. Similarly, industrial production mounted steadily in 2015 and early 2016 but moderated thereafter. In most CESEE-6 countries, economic and consumer sentiment indicators reached their all-time post-crisis high in late 2015 or early 2016. Compared to the average capacity utilization rate in 2015, capacity utilization augmented further in all CESEE-6 countries in the first quarter of 2016, climbing to almost 80%. Only in the Czech Republic, the country with the highest degree of capacity utilization among the CESEE-6, did the rate drop slightly in early 2016.

The robust economic development has had a powerful impact on labor market developments throughout the CESEE-6 region, with unemployment rates diminishing and employment rates increasing in all countries. More precisely, the CESEE-6 average unemployment rate declined by more than 1 percentage point to below 7% in January 2016 compared to the same period of 2015. All countries, except for Croatia, covered in our forecast display unemployment rates below the EU-28 average.

The labor market has become much tighter in recent months, as shown for instance by increasing vacancy rates particularly in the Czech Republic and Romania. The favorable situation on the CESEE-6 labor markets adds to wage pressure. Higher minimum wages in some CESEE-6 countries further exacerbated the rise in nominal labor cost. In some countries, unit labor costs in manufacturing already accelerated in 2015 and could negatively affect price competitiveness in the medium term if higher labor costs are not compensated by exchange rate movements.

At the moment, prices are declining in most CESEE-6 countries. The deflationary or low inflation environment is certainly conducive to economic growth because it provides room for expansionary monetary policy and supports private consumption and we expect monetary policy to continue to be supportive for economic growth. The Czech National Bank (CNB), for instance, communicated that it will keep its exchange rate commitment at least until the beginning of 2017. Furthermore, Magyar Nemzeti Bank (MNB), the Hungarian central bank, announced measures to support lending activity and further reduction of the banking tax. However, the advantage of accommodative monetary policy could be partly offset by the increase in the real debt burden of some highly leveraged economic sectors given corresponding rises in real interest rates and in real interest rate expectations.

Private consumption growth will gain speed in 2016 in all countries or will at least remain constant, like in Hungary. Romania and Poland are expected to show the strongest growth of private consumption in the CESEE-6 region on the back of fiscal measures. In both countries, however, private consumption growth will lessen over the projection horizon. Beyond fiscal measures, private consumption will certainly continue to benefit from higher purchasing power and declining unemployment rates in the CESEE-6 region, as in 2015. The contribution of public consumption will only be minimal in the CESEE-6 countries (between 0.1 and 0.3 percentage point over the projection period). In the Czech Republic and Poland, public consumption will add somewhat more to growth (between 0.4 and 0.6 percentage point) due to increasing public wages (Czech Republic) and substantially higher child benefits (Poland).

In 2014 and 2015, most CESEE-6 countries took advantage of the EU fund disbursements under the 2007 - 2013 multiannual financial frameworks. Therefore, gross fixed capital formation (GFCF) accelerated strongly over those two years. Largely because the EU funding overlap will end, we expect GFCF to weaken by almost 2 percentage points to 3.6% in 2016. In 2017 and 2018, increasing utilization rates within the new EU funding framework will lift GFCF growth to 5.0% by the end of the projection horizon. The Czech Republic is most affected by the ups and downs of utilizing EU structural and cohesion funds; GFCF growth will almost stall in 2016 after expanding rapidly by 7.5% in 2015. By contrast, GFCF growth will remain in negative territory in Bulgaria in 2016 before a modest recovery materializes in 2017 and 2018. Investment activity in Bulgaria is to a large part restrained by the debt-ridden corporate sector and a high ratio of nonperforming loans. Yet the deleveraging process of the corporate sector decelerated substantially at the end of 2015 and in early 2016.

The outlook for euro area growth has weakened since our last forecast, in particular for 2016, implying a worsening of the external conditions for the CESEE-6 region. Predicted weaker external demand from the euro area, the main trading partner for the CESEE-6 countries, will have a negative impact. Thus, we expect export growth to dip marginally from 6.4% in 2015 to 5.7% in 2016. For 2017 and 2018, we see some rebound of export growth in accordance with the external assumptions. Turning to imports, we expect import growth to remain strong over the projection period, spurred by high domestic demand despite some weakening of the CESEE-6 aggregate in 2016. In 2016, net exports will make a strongly negative contribution to GDP growth only in Romania. In the remaining CESEE-6 countries, the contribution of net exports will move around the zero mark, whereas it will reach more than 1 percentage point in the Czech Republic. We expect the contribution of net exports to continue to hover around zero in 2017 and 2018. In Romania the negative contribution will be more than cut in half by 2018.

As the CESEE-6 countries' economies are strongly interlinked with the euro area economies, we see a weaker than expected recovery of the euro area as one of the major downside risks to our forecast. Likewise, a further slowdown of global growth, inter alia in emerging market economies, as well as of global trade, would affect the CESEE-6 region adversely. A deterioration of the external environment would particularly beleaguer the most open CESEE-6 countries, namely the Czech Republic and Hungary. Moreover, turbulences in international financial markets have accelerated lately, adding to the uncertainties surrounding the prospects for the world economy. Rising oil prices and increasing wages could intensify upward pressure on the currently low or negative inflation in the CESEE-6 over the projection horizon. Inflationary developments could eventually result in a less accommodative monetary policy stance in the CESEE-6 region; they could also erode domestic demand. We also see some

downside risks to our forecast stemming from adverse political developments in several CESEE-6 countries[5] and from setbacks in the European integration process. Policy uncertainties and the rise in national sentiment could have adverse effects on business and consumer confidence. Geopolitical tensions between Ukraine and Russia or in the Middle East also imply downside risks for the CESEE-6 countries. A few upside risks are conceivable. A more robust recovery of the euro area poses an upside risk to our growth forecast. Also, a continuation of stronger than anticipated accommodative national monetary policies would be conducive to economic growth. A further upside risk stems from a (partial) lifting of sanctions against Russia.

Russia: shrinking economy in 2016, slow recovery after 2017

Induced by an oil price plunge in the second half of 2014, the Russian economy shrank by 3.7% in 2015, and we expect Russia's GDP to dip further in 2016 on the back of a renewed oil price slump in the second half of 2015. We then expect oil prices to stabilize and to recover slightly, contributing to a turnaround of the Russian economy in 2017 and a weak recovery in 2018.

During the forecast period (2016 to 2018), world economic growth and trade will improve somewhat. Western sanctions, Russian countersanctions and uncertainties are assumed to stay unchanged, while the oil price remains the overwhelming determinant of the forecast. The previous forecast (of September 2015) already predicted that the large oil price fall in the second half of 2014 would continue to depress the economy as late as in 2016. As a second blow, the oil price (Brent) declined further in the second half of 2015 to reach a (provisional) low of around USD 30 per barrel in early 2016; we now assume that it will recover only gradually and will attain an average of USD 40.6 per barrel in 2016, i.e. notably lower (23%) than the annual average of 2015. The average oil price is expected to continue to rise moderately to USD 49 in 2018. GDP is therefore projected to shrink by about 3% in 2016 and to remain unchanged in 2017. In 2018, the economy will revive, though only slowly (+1%), as uncertainties relating to the economy and systemic developments will limit Russia's long-term growth to a slow tempo.

The low oil price will also continue to reduce Russia's export earnings in 2016. Together with the shrinking economy, these low export earnings will induce a further downward adjustment of Russia's imports. Imports may drop by one-tenth of their 2015 volume in 2016, and the meager GDP forecast for 2017 may entail stagnant imports.

Domestic demand in Russia is expected to shrink further, dropping quite significantly in 2016. Inflation is forecast to remain high in 2016 (at about 8% for the annual average of consumer prices), which will further erode the purchasing power of the private and public sectors. At the same time, corporate profitability and prospects of private sector wage increases are expected to be modest. Restraints on and freezes of public sector wage increases will continue, and the inflation indexation of pensions has been lowered (partly to 4% and partly to zero). According to current decisions, government expenditures will also decrease in real terms, thus taking a bite out of public consumption and investments. In addition, Russia's leadership is planning to scale down expenditures further, as the low oil price is hitting government revenues quite drastically. Investments are anticipated to shrink further, as there is free capacity, and investment conditions are uncertain. Inventories are likely to decrease

[5] Highlighting political risks, the credit rating agency Standard & Poor's unexpectedly downgraded Poland's credit rating on January 15, 2016.

further. The volume of exports will be constrained among other things by the oil sector, where exports will at best grow much more moderately than in 2015.

Risks to the forecast for Russia remain large but are rather balanced now. Deviations of the oil price from the track envisaged would naturally have an impact on the ruble, inflation, domestic demand, imports, and, of course, economic growth. Geopolitical tensions may ease or intensify. There is an ever-present risk of other events that could induce increased capital flows from Russia and exert downward pressure on the ruble and on imports. Despite the declared aims of restraining and cutting expenditure, increases in government spending may materialize, as State Duma elections (in September 2016) and presidential elections (in March 2018) are approaching. Such spending would provide only a relatively short-lived boost to the economy, though, and could entail even stronger fiscal adjustment later. A notable upside risk stems from a possible halt to, or reversal of, last year's large shift to precautionary saving by households, as it would considerably improve the prospects for private consumption and imports already in 2016. Another upside risk is that the Bank of Russia could cautiously resume cutting interest rates if inflation declined more quickly than currently expected, which would have a favorable impact on banking activity.

Österreich: Konjunktur kommt nur langsam in Schwung[6]

BIP-Wachstum im ersten Quartal 2016 unter den Erwartungen

Die österreichische Wirtschaft ist laut VGR-Schnellschätzung im ersten Quartal 2016 um 0,4% gewachsen (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Konjunktur-Komponente). Dies stellt zwar einerseits eine Beschleunigung der Wachstumsdynamik im Vergleich zu den Vorquartalen dar, andererseits fällt das Wachstum etwas schwächer, als vom OeNB-Konjunkturindikator prognostiziert, aus (0,5%). Während sich die Wachstumsdynamik der letzten Quartale bei den Bruttoanlageinvestitionen und Exporten fortsetzte und somit im Rahmen der Erwartungen lag, enttäusche das Wachstum des privaten Konsums. Mit einem Quartalswachstum von +0,2% zeigt sich trotz der in Kraft getretenen Einkommenssteuerreform keine Beschleunigung der bedeutendsten Nachfragekomponente.

Ergebnisse der VGR für 2016Q1 vom 29. April 2016

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q4 14	+0,1	+0,0	+0,2	–0,3	+0,1	–0,0	–0,0	0,1	0,1	–0,0
Q1 15	+0,3	+0,1	+0,4	+0,1	+0,1	+0,4	0,1	–0,1	–0,1	0,3
Q2 15	+0,3	+0,1	+0,4	+0,5	+0,8	+1,0	+0,3	–0,0	+0,2	–0,1
Q3 15	+0,2	+0,1	+0,5	+0,5	+1,2	+2,2	+0,3	–0,4	+0,2	+0,2
Q4 15	+0,3	+0,2	+0,6	+0,5	+0,7	+1,1	+0,3	–0,2	+0,2	–0,1
Q1 16	+0,4	+0,2	+0,3	+0,4	+0,8	+0,9	+0,3	–0,0	+0,2	–0,0
2012	+0,6	+0,6	+0,1	+2,0	+1,6	+0,9	+0,8	+0,4	–0,6	+0,1
2013	+0,4	–0,0	+0,4	–0,1	+1,0	+0,5	+0,0	+0,3	+0,0	+0,1
2014	+0,5	+0,1	+0,8	–0,1	+2,2	+1,1	+0,2	+0,6	–0,3	–0,0
2015	+0,8	+0,3	+1,3	+0,3	+2,1	+2,2	+0,5	+0,0	–0,0	+0,3

Revisionen gegenüber vollständiger VGR bis 2015Q4 vom 29. Februar 2016

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	in Prozentpunkten						*in Prozentpunkten*			
Q2 15	–0,0	+0,0	+0,2	+0,1	+0,0	+0,1	+0,1	–0,0	–0,0	–0,0
Q3 15	–0,1	+0,0	+0,2	–0,1	–0,2	+0,1	+0,0	–0,2	–0,1	+0,2
Q4 15	–0,0	–0,0	–0,0	–0,0	+0,1	–0,1	–0,0	+0,1	–0,1	–0,0
Q1 16	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
2014	+0,0	+0,0	+0,1	–0,0	–0,0	–0,0	+0,0	+0,0	+0,1	–0,1
2015	+0,1	+0,0	+0,5	–0,2	–0,1	+0,0	+0,1	–0,1	+0,0	+0,0

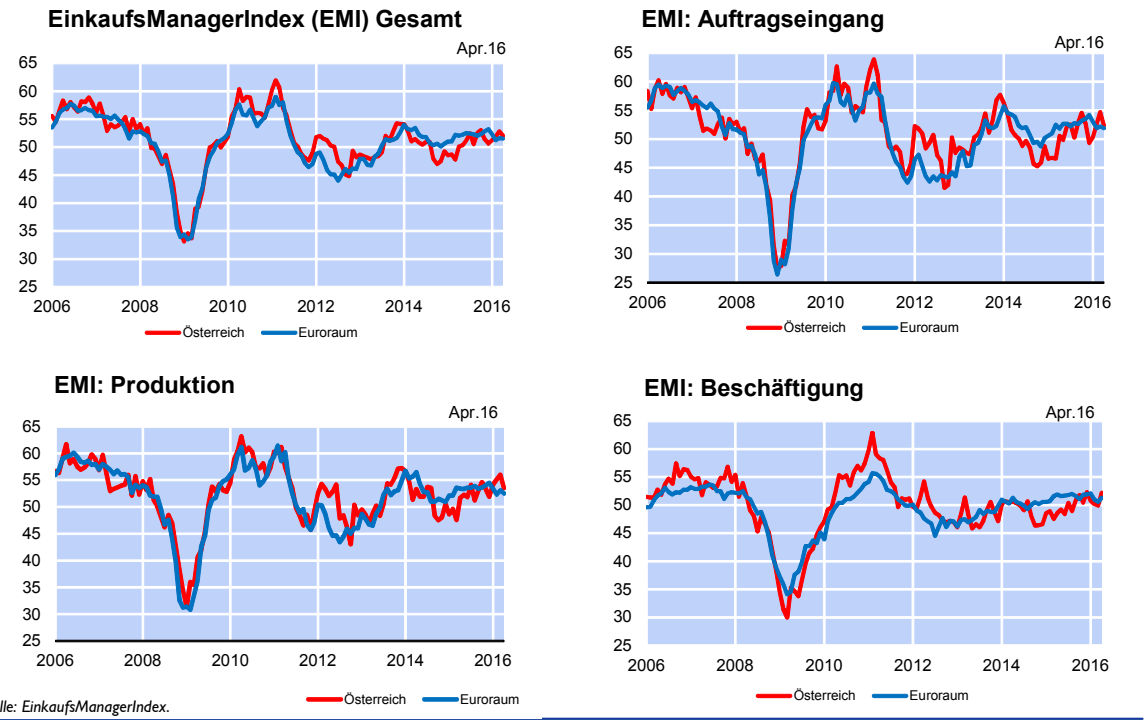
Quelle: WIFO, Eigene Berechnungen OeNB

Vertrauensindikatoren nach wie vor mit unterschiedlichen Signalen

Die Vertrauensindikatoren liefern weiterhin unterschiedliche Signale. Der Einkaufsmanagerindex der Bank Austria fiel um 0,8 auf 52,0 Punkte. Deutlich gesunken ist der Subindex zur Produktion von 56,0 auf 53,5 Punkte. Im Vergleich zum Euroraum wird aber die Entwicklung in Österreich optimistischer eingeschätzt. Im Gegensatz dazu liegt der Indikator des wirtschaftlichen Vertrauens der Europäischen Kommission für Österreich weiterhin deutlich

[6] Autoren: Fritz Fritzer, Lukas Reiss, Christian Ragacs und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

unter jenem des Euroraums (103,9 Punkte). Im April kam es zwar zu einem Anstieg von 1,4 auf 97,8 Punkte, damit liegt dieser Indikator jedoch weiterhin unter dem langfristigen Durchschnitt von 100 Punkten.



Quelle: EinkaufsManagerIndex.

Seitwärtsentwicklung bei der Arbeitslosigkeit?

Die Anzahl an unselbständig Beschäftigten (Registerdaten) ist im Vergleich zum vierten Quartal 2015 deutlich um 0,5% gewachsen, die Anzahl der Arbeitslosen ist im Quartalsvergleich leicht gesunken. Obwohl die Anzahl der Personen in Schulung leicht zugenommen hat, reduzierte sich die Summe aus Arbeitslosen und Schulungsteilnehmern im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal leicht. Die Eurostat-Arbeitslosenquote schwankte in den letzten Quartalen knapp unter 6%, die Quote nach nationaler Methode knapp über 9%.

Saisonbereinige Kennziffern des Arbeitsmarktes

	Unselbstständig Beschäftigte		*Arbeitslose*		*Personen in Schulung*		*Arbeitslose und Personen in Schulung*		*Arbeitslosenquote in %*		*Offene Stellen*	
	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	AMS	Eurostat	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %
2015M12	3.558	0,1	360,0	0,1	65,2	-1,1	425,3	-0,1	9,1	6,0	33,6	0,6
2016M01	3.565	0,2	359,5	-0,1	64,9	-0,5	424,5	-0,2	9,1	6,0	38,6	14,9
2016M02	3.573	0,2	356,3	-0,9	66,1	1,9	422,5	-0,5	9,0	6,0	37,7	-2,4
2016M03	3.578	0,1	357,4	0,3	67,1	1,4	424,5	0,5	9,1		37,1	-1,5
2015Q2	3.527	0,2	355,2	2,6	63,6	-1,9	418,8	1,9	9,2	5,9	27,2	2,1
2015Q3	3.539	0,4	356,5	0,4	66,5	4,6	423,0	1,0	9,2	5,7	30,2	11,0
2015Q4	3.553	0,4	359,3	0,8	65,6	-1,2	425,0	0,5	9,2	5,9	33,1	9,7
2016Q1	3.572	0,5	357,8	-0,4	66,0	0,6	423,8	-0,3	9,0		37,8	14,1
2013	3.483	0,5	287,2	10,2	73,4	10,2	360,6	10,2	7,6	5,4	26,4	-10,2
2014	3.504	0,6	319,4	11,2	75,2	2,4	394,6	9,4	8,4	5,6	26,3	-0,4
2015	3.535	0,9	354,4	10,9	65,1	-13,4	419,5	6,3	9,1	5,7	29,3	11,4

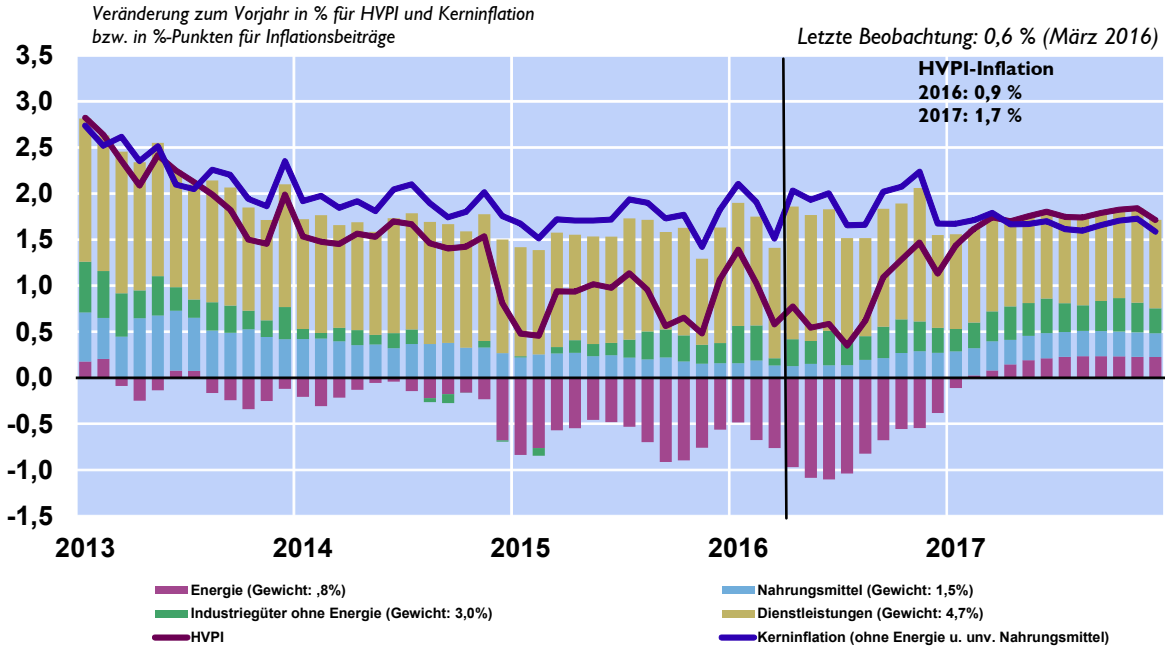
Quelle: HSV, AMS, OeNB, Eurostat.

OeNB Inflationsprognose mit erneuter Punktlandung

Nach 1,0% im Februar ist im März 2016 die HVPI Inflation in Österreich auf 0,6% gesunken. Hauptgrund für die rückläufige Inflationsrate sind sowohl die Preisentwicklungen bei „Industriegütern ohne Energie“ als auch bei „Energie“. Im Februar und März konnte die OeNB

die HVPI-Entwicklung somit punktgenau vorhersagen, eine Revision der Inflationsprognose für 2016 ist auf Basis dieser Realisierungen somit nicht notwendig. Für die kommenden Monate – bis inklusive Juli – wird mit einem weiteren Rückgang der HVPI-Inflationsrate auf 0,3% gerechnet, erst im zweiten Halbjahr klingt der negative Energiepreisschock aus und die Inflation wird bis November auf 1,5% steigen.

Österreichische HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Tabelle 1

Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Österreich von 2013 bis 2015: Überblick

		2013	2014	2015	2013	2014	2015
		Mrd EUR			% des BIP		
A	Einnahmen	159.8	164.2	170.4	49.5	49.9	50.6
B	Ausgaben	164.1	173.1	174.3	50.8	52.6	51.7
C=A-B	**Budgetsaldo**	**-4.2**	**-8.9**	**-3.9**	**-1.3**	**-2.7**	**-1.2**
D=G*0,58	Zyklische Komponente	-0.7	-1.6	-2.4	-0.2	-0.5	-0.7
E	Einmalmaßnahmen[1]	0.6	-4.9	-1.8	0.2	-1.5	-0.5
F=C-D-E	**Struktureller Saldo**	**-4.2**	**-2.4**	**0.3**	**-1.3**	**-0.7**	**0.1**
	Schuldenstand	**260.9**	**277.4**	**290.7**	**80.8**	**84.3**	**86.2**
G	Memo: Produktionslücke laut EK (Winterprognose 2016)				-0.4	-0.8	-1.2

1 2013/14 lt. EK; 2015 eigene Schätzung (HETA: -1,75 Mrd; Vorzieheffekte bei KeSt wurden hier nicht als Einmaleffekt gerechnet).

Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission (Winterprognose 2016), OeNB.

Österreich erreichte 2015 einen Budgetsaldo von -1,2% des BIP und übererfüllte sein MTO klar

Laut Statistik Austria erreichte Österreich 2015 einen gesamtstaatlichen Budgetsaldo von -1,2% des BIP und eine Schuldenquote von 86,2% des BIP. Die starke Verbesserung des Budgetsaldos gegenüber 2014 (-2,7% des BIP) war vor allem auf einen Rückgang der

Vermögenstransfers an Banken (von 5,4 auf 1,8 Mrd EUR) sowie ein starkes Wachstum der Steuereinnahmen zurückzuführen. Der Anstieg der Schuldenquote wurde insbesondere durch den (größtenteils defizitneutralen) Anstieg der Verbindlichkeiten der in den Staatssektor klassifizierten „Bad Banks" (von 20,3 auf 29,4 Mrd EUR) verursacht.

Nach einer ersten Einschätzung der OeNB liegt der strukturelle Budgetsaldo 2015 bei etwa +0,1% des BIP. Hier werden allerdings – im Einklang mit der Praxis vergangener Jahre – die geschätzten Vorzieheffekte bei der Kapitalertragsteuer (etwa 0,3% des BIP) nicht als positiver Einmaleffekt gerechnet. Selbst bei Herausrechnung dieses Effekts hätte Österreich sein mittelfristiges Budgetziel (MTO) von -0.45% des BIP 2015 klar erfüllt.

Kreditinstitute: Deutlich verbessertes Jahresergebnis 2015[7]

Das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde im Jahr 2015 in Höhe von insgesamt 5,2 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einer Verbesserung um 4,6 Mrd EUR im Vergleich zum Jahr 2014 in Höhe von 623,1 Mio EUR. Die im Rahmen des SSM direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute wiesen ein um 3,4 Mrd EUR verbessertes Jahresergebnis aus.

Eine Betrachtung der Aufwands- und Ertragspositionen zeigt zwar einen Rückgang der konsolidierten Betriebserträge zur Vergleichsperiode 2014 um 652,9 Mio EUR (-2,3%) an, dieser konnte jedoch durch folgende Entwicklungen deutlich überkompensiert werden: so wirkten sich die um 2,0 Mrd EUR (-52,2%) gesunkenen Abschreibungen von Vermögenswerten sowie die um 2,3 Mrd EUR (-36,2%) gesunkenen Risikovorsorgen im Kreditgeschäft deutlich positiv auf das konsolidierte Jahresergebnis aus. Im Jahr 2015 wurde zudem ein deutlich höherer sonstiger Saldo in Höhe von 2,0 Mrd EUR, vor allem aufgrund von Einmaleffekten, die außerhalb der ordentlichen Geschäftstätigkeit liegen, ausgewiesen.

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 31.12.2015 1.056,7 Mrd EUR und lag damit um 21,3 Mrd EUR (-2,0%) unter dem Vergleichswert zum 31.12.2014. Aktivseitig gab es die größten absoluten Veränderungen beim Kassenbestand und den Guthaben bei Zentralbanken (+18,2 Mrd EUR bzw. +44,9%), bei den Krediten und Forderungen gegenüber Kreditinstituten (-30,9 Mrd EUR bzw. -21,6%) sowie bei den Finanzderivaten mit positivem Marktwert (-7,3 Mrd EUR bzw. -17,7%). Passivseitig kam es zu Verschiebungen von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-29,4 Mrd EUR bzw. -18,5%) hin zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (+20,9 Mrd EUR bzw. +3,8%). Starke Rückgänge wurden zudem bei den Schuldverschreibungen (-13,6 Mrd EUR bzw. -7,6%) ausgewiesen.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

		2015	2014	Differenz zu 2014	
		in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %
	Zinsergebnis	18.336,1	19.345,5	-1.009,4	-5,2%
+	Provisionsergebnis	7.730,0	7.740,6	-10,7	-0,1%
+	Handelserfolg [1)]	1.413,0	1.377,4	35,6	2,6%
+	Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	619,7	932,9	-313,3	-33,6%
+	Sonstiges betriebliches Ergebnis	-34,8	-679,5	644,7	94,9%
=	**Betriebserträge netto**	**28.064,0**	**28.716,9**	**-652,9**	**-2,3%**
-	Verwaltungsaufwendungen	15.789,2	16.112,1	-322,9	-2,0%
-	Abschreibungen von immat. und mat. Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	1.822,6	3.814,5	-1.991,8	-52,2%
=	**Betriebsergebnis**	**10.452,1**	**8.790,3**	**1.661,8**	**18,9%**
-	Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	4.021,5	6.301,2	-2.279,7	-36,2%
-	Sonstige Rückstellungen [2)]	480,2	315,6	164,6	52,2%
-	Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	153,7	224,1	-70,4	-31,4%
+	Sonstiger Saldo in Summe	2.009,4	298,6	1.710,9	573,0%
=	**Jahresergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen**	**7.806,2**	**2.248,1**	**5.558,1**	**247,2%**
-	Ertragssteuern	1.368,8	1.728,9	-360,1	-20,8%
+	Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen [2)]	-485,3	-178,9	-306,4	-171,2%
-	Minderheitenanteile [2)]	708,2	-282,8	991,0	350,4%
=	**Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen**	**5.243,9**	**623,1**	**4.620,8**	**741,6%**

Quelle:OeNB

[1)] Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften

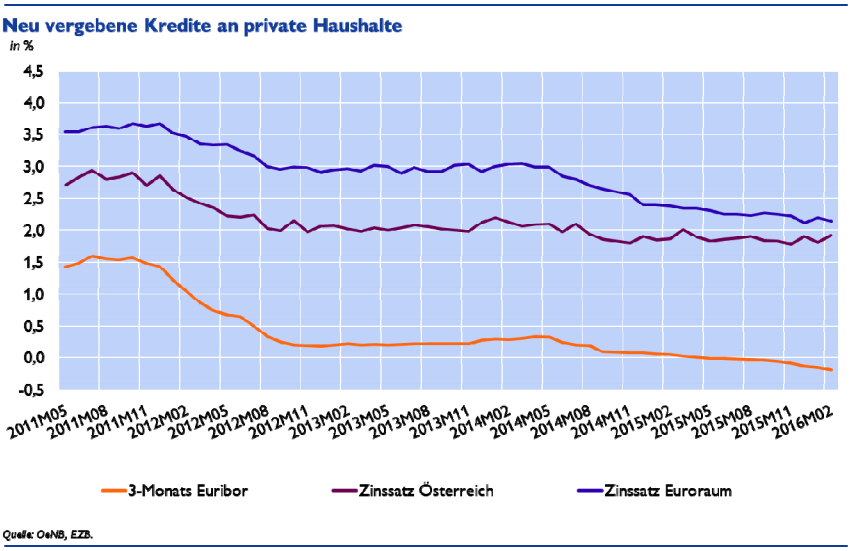
[2)] Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben

[7] Autoren: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik), Birgit Hebesberger (Abteilung Statistik – Aufsicht Modelle und Bonitätsanalysen)

Keine neuen Impulse bei Kreditzinssätzen

Trotz fehlender geldpolitischer Impulse – die EZB-Leitzinssatzsenkung auf 0,00% erfolgte erst am 10. März 2016 – kam es im Februar 2016 bei den Geldmarktzinssätzen zu weiteren Rückgängen. Der 3-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten in Österreich – entwickelte sich weiter rückläufig (-23 Basispunkte (BP) im Jahresvergleich) und erreichte im Februar 2016 mit -0,18% einen neuen historischen Tiefststand.

Grafik 1



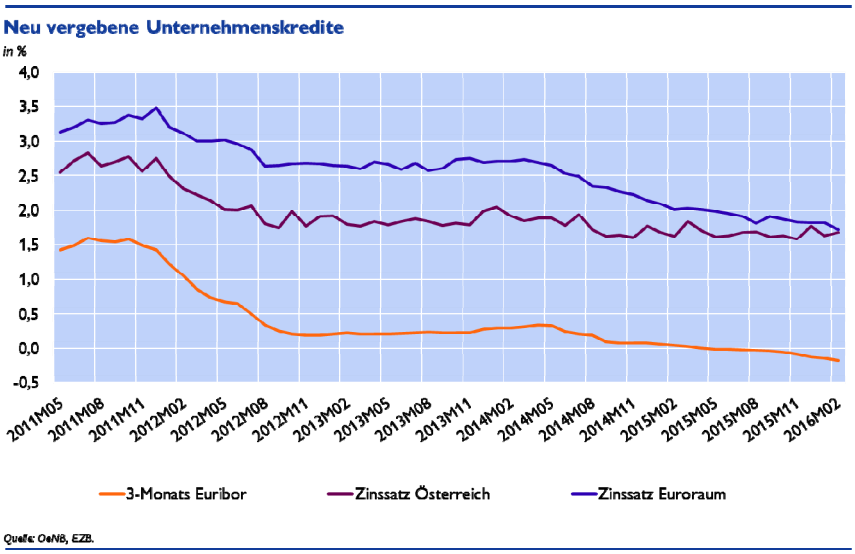
Die weiterhin sinkenden Geldmarktzinssätze führten in Österreich jedoch zu keinen neuen Impulsen bei den Kreditkonditionen nichtfinanzieller Unternehmen und privater Haushalte. Mit einem Zinssatz von 2,48% für das gesamte Kreditneugeschäft lagen die Konditionen privater Haushalte im Februar 2016 nahe beim Vorjahresniveau (2,5%). Im Euroraum waren hingegen weiterhin im Jahresvergleich Rückgange bei den Zinskonditionen privater Haushalte zu beobachten (-13 BP auf 3,02%).

Bei Betrachtung der unterschiedlichen Verwendungszwecke zeigte sich, dass in Österreich private Haushalte bei Konsumkrediten (4,97%) sogar einen um 12 BP höheren Zinssatz als im Februar 2015 bezahlen mussten. Der Anstieg der Zinskonditionen war vor allem auf eine Änderung eines wichtigen Melders in diesem Segment zurückzuführen. Dieser änderte sein Pricing-Modell dahingehend, dass seit Februar 2016 keine Bearbeitungsgebühren mehr verrechnet werden, aber dafür ein höherer Nominalzinssatz zu bezahlen ist. Der Effektivzinssatz für neu vergebene Konsumkredite (inklusive Bearbeitungsgebühren) veränderte sich in Österreich im Jahresvergleich hingegen nicht und wies im Februar 2016 6,84% auf. Im Euroraum gingen die Zinskonditionen bei neu vergebenen Konsumkrediten mit -32 BP auf 5,97% deutlich zurück. Im Februar 2016 lag der Effektivzinssatz im Euroraum bei 6,47% und damit sogar unter dem Österreich-Vergleichswert.

Bei Wohnbaukrediten profitierten private Haushalte im Euroraum seit Februar 2015 ebenfalls stärker von rückläufigen Zinssätzen (-13 BP auf 2,22%) als in Österreich (-4 BP auf 2,03%). Deutliche Rückgänge bei den Zinskonditionen im Wohnbaubereich waren insbesondere in Spanien (-46 BP auf 2,03%) und Italien (-34 BP auf 2,41%) zu beobachten. In Deutschland kam es im Jahresvergleich hingegen zu keinen weiteren Rückgängen der Zinskonditionen neu vergebener Wohnbaukredite. Der Zinssatz lag jedoch weiter mit 1,96% - trotz des deutlich höheren Anteils an Krediten mit längerfristigen (über ein Jahr) Zinsbindungen – unter jenem Österreichs.

Obwohl der Trend bei Wohnbaukrediten weiter hin zu längerfristig gebundenen Kreditzinssätzen geht, unterscheidet sich Österreich in diesem Punkt deutlich vom Euroraum-Durchschnitt. Im Februar lag der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung bis ein Jahr (inklusive variabel verzinsten Krediten) an den gesamten neu vergebenen Wohnbaukrediten bei 73%, während im gesamten Euroraum lediglich 22% der neu vergebenen Wohnbaukredite eine anfängliche Zinsbindung von bis zu einem Jahr (inkl. variabel) hatten. Aufgrund des hohen Anteils an variabel verzinsten Krediten reagiert der Bestandszinssatz in Österreich jedenfalls deutlich schneller auf Änderungen in der Zinslandschaft, die z.B. durch Leitzinssatzänderungen hervorgerufen werden, als der Euroraum-Durchschnitt. In Österreich lag der Bestandszinssatz aushaftender Wohnbaukredite im Februar 2016 auf dem historischen Tiefststand von 2,05% und damit um 72 BP unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,77%.

Grafik 2



Auch bei neu vergebenen Unternehmenskrediten waren in Österreich im Jahresvergleich keine weiteren Senkungen der Kreditzinssätze zu beobachten. Mit einem Zinssatz von 1,68% (+6 BP) lag Österreich auch nur noch geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt von 1,72%. Betrachtet man die Entwicklung nach der Kredithöhe so zeigt sich, dass Österreich bei Großkrediten über eine Million Euro (+7 BP auf 1,62%) seinen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt (-26 BP auf 1,36%) verloren hat. Unterhalb des Euroraum-Durchschnitts befanden sich in dieser Kategorie Länder wie Luxemburg (-31 BP auf 1,01%), die Niederlande (-35 BP auf 1,12%) oder Deutschland (-10 BP auf 1,28%). Bei Krediten bis eine Million Euro wies Österreich mit 2,02% weiterhin einen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt (2,64%) auf.

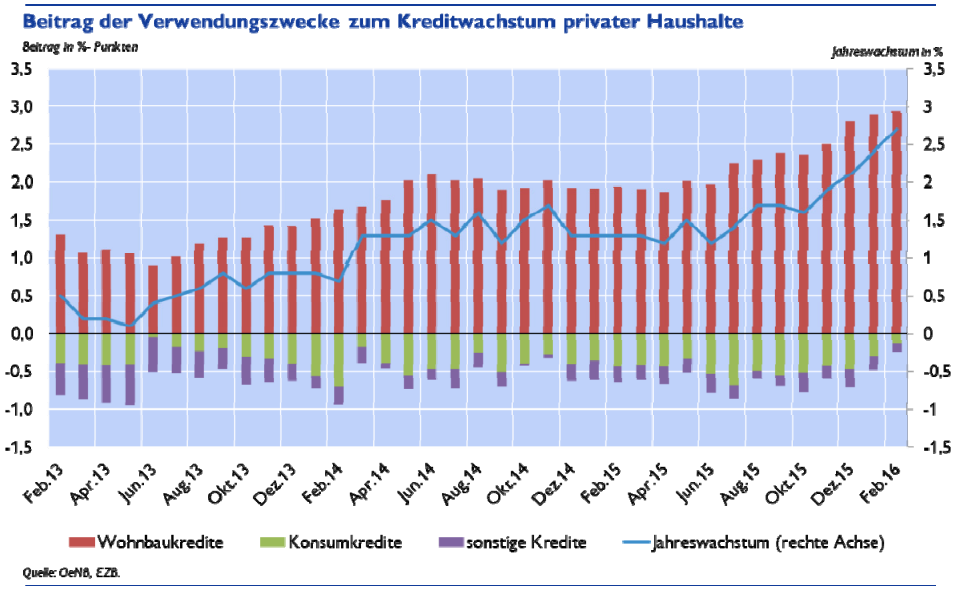
Steigende Dynamik bei Wohnbaukrediten

In Österreich weitete sich das Kreditvolumen privater Haushalte im Februar 2016 mit 2,7% deutlich stärker als im Euroraum-Durchschnitt (1,6%) aus. Das Kreditwachstum wurde ausschließlich durch die steigende Dynamik im Wohnbau-Bereich positiv beeinflusst, die sich im Februar 2016 in einer Jahreswachstumsrate von 4,7% – der höchsten seit Dezember 2008 – niederschlug. Eine geringfügig rückläufige Entwicklung war hingegen weiterhin bei Konsum– (-0,9%) bzw. bei sonstigen Krediten (-0,5%) zu beobachten. Im Euroraum-Durchschnitt leisteten neben Wohnbaukrediten (2,3%) auch Konsumkredite mit einer Ausweitung von 5,2% einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum. Sonstige Kredite waren hingegen mit -0,3% rückläufig. Bei Betrachtung der einzelnen Euroraum-Länder waren es vor allem Deutschland

(2,9%) und Frankreich (3,8%)[8], die das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum positiv beeinflussten.

Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen lag in Österreich im Februar 2016 bei 1,1%. Vor allem langfristige Kredite (mit Ursprungslaufzeit über fünf Jahren) leisteten mit einer Jahreswachstumsrate von 2,7% wieder einen stabil positiven Beitrag zur Entwicklung inländischer Unternehmenskredite. Kurzfristige Finanzierungen (Ursprungslaufzeit bis ein Jahr) wurden hingegen weiterhin (im Ausmaß von -5,4%) abgebaut. Das Wachstum des im Euroraum insgesamt aushaftenden Kreditvolumens nichtfinanzieller Unternehmen verbesserte sich weiter und wies im Februar 2016 0,9% auf. Ähnlich wie in Österreich, kam das positive Wachstum aus dem längerfristigen Bereich (Ursprungslaufzeit 1-5 Jahre: 6,3%, über 5 Jahre: 0,5%), während kurzfristige Unternehmenskredite mit Ursprungslaufzeit bis ein Jahr mit -2,9% rückläufig waren. Von den großen Euroraum-Ländern entwickelte sich das aushaftende Kreditvolumen insbesondere in Frankreich (+4,3%) und Deutschland (+1,6%) deutlich positiv während es in Spanien (-0,6%) weiterhin rückläufig war.

Grafik 3



[8] Bereinigt um Wechselkurseffekte, Abschreibungen, Reklassifikationen und Verbriefungstransaktionen bzw. Kreditverkäufen.

Bauspareinlagen entwickelten sich im 4. Quartal 2015 rückläufig[9]

Obwohl die aktuelle Zinssituation eine schwierige Rahmenbedingung für das Bausparkassengeschäft darstellt, wurde das vergleichsweise höhere Zinsniveau – bei einem Zinsunterschied von 98 Basispunkten verglichen zum Österreich-Durchschnitt von Wohnbaukrediten – bis zum Jahresende stabil gehalten. Allerdings wurden im Vergleich zum Vorjahr um 11,2% weniger Neuverträge abgeschlossen (260.137 Stück), wodurch auch die Gesamtanzahl an Bausparverträgen im Dezember 2015 mit 5.127.673 Stück einen neuen historischen Tiefststand erreichte.

Der Neugeschäftszinssatz für Bauspareinlagen, der in den letzten drei Jahren durchgehend über dem Österreich-Durchschnitt für Einlagen von privaten Haushalten lag, betrug im Dezember 2015 1,93% (Einlagen über zwei Jahre bei österreichischen MFIs: 0,95%). Trotz der vergleichsweise attraktiven Konditionen sind Bauspareinlagen erstmals seit Ende 2008 im Jahresabstand um 0,9% auf 20,5 Mrd EUR gesunken, nachdem sie ihren historischen Höchststand im 2. Quartal 2015 (20,7 Mrd EUR) erreicht hatten.

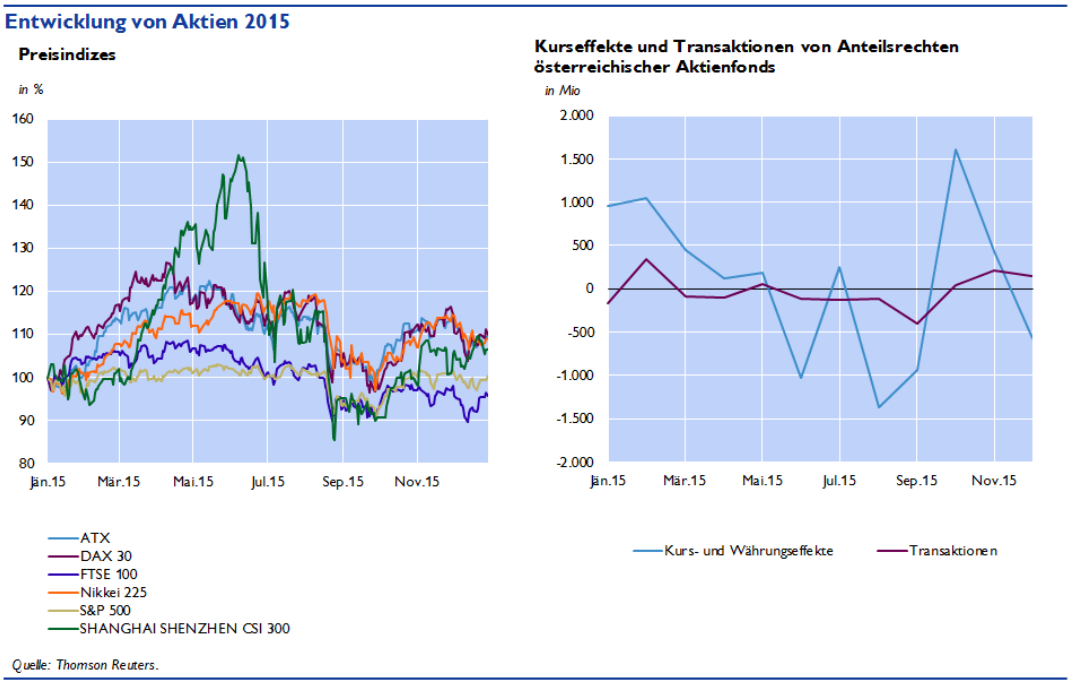
Der vergleichsweise höhere Neugeschäftszinssatz für Wohnbaukredite von 2,46% bei Bausparkassen (verglichen mit 2,01% bei allen MFIs) führte zu keinem signifikanten Rückgang bei Bauspardarlehen. Zum Jahresultimo 2015 lag der Ausleihungsstand der vier Bausparkassen (Raiffeisen, s-Bausparkasse, Start, Wüstenrot) mit 18,9 Mrd EUR nur knapp (-0,7%) unter dem Vorjahreswert. Die Finanzierungsleistung (neue Ausnutzung der beurkundeten und zugeteilten Darlehensrahmen) verdoppelte sich im 4. Quartal 2015 sogar auf 788 Mio EUR und betrug insgesamt im Jahr 2015 2,4 Mrd EUR (+8,4% verglichen mit dem Vorjahreswert). Zum Großteil (83,4%) wurden die Gelder für die Finanzierung oder Sanierung von Wohnbau eingesetzt.

[9] Autorin: Mirna Valadzija (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

Volatile Aktienmärkte bescherten österreichischen Investmentfonds ein turbulentes Jahr 2015[10]

Die Aktienmärkte haben ein turbulentes Jahr 2015 hinter sich: Ein sinkender Ölpreis ließ bereits Anfang des Jahres 2015 auf eine sich abkühlende Weltwirtschaft schließen, wobei dies in der ersten Jahreshälfte aber noch nicht zu Rückgängen an den Weltbörsen führte. Das gedämpfte Wirtschaftswachstum in China und der Absturz der chinesischen Börse im Juli und nochmals im August 2015 beeinflussten die Börsen in der zweiten Jahreshälfte. Im August und September litten auch Indizes wie der S&P500, ATX, DAX, CAC40 und FTSE 100 unter der schwächelnden chinesischen Wirtschaft und verloren vor allem im August massiv.

Grafik 1



Österreichische Fonds machten im Jahr 2015 mit einer Bilanzsumme von 168 Mrd EUR (inkl. Fonds-in-Fonds) nur mehr 1,8% am Fondsvolumen der Währungsunion aus. Trotzdem waren 2015 Investmentfonds weiterhin ein beliebtes Anlageinstrument und wurden netto um 4,9 Mrd EUR zugekauft. In diesem Jahr wurden 2,2 Mrd EUR ausgeschüttet, während es im Vorjahr noch 2,1 Mrd EUR waren.

Aktienfonds, welche Ende 2015 zu 96,9% (23,0 Mrd EUR) in Anteilsrechte inklusive Fonds-in-Fonds veranlagt waren und hiervon zu 68,5% (16,3 Mrd EUR) in Aktien und anderen Anteilsrechten, mussten daher vor allem im August und September starke Verluste hinnehmen. Im zweiten und dritten Quartal 2015 verloren österreichische Aktienfonds aufgrund ihrer Aktieninvestments 0,7 Mrd bzw. 2,1 Mrd EUR. Heimische Aktienfonds haben aber durch ein erfolgreiches erstes und viertes Quartal 2015 mit einem Aktienkursgewinn von 2,4 Mrd EUR bzw. 1,5 Mrd EUR die Verluste wettmachen können und wiesen eine Jahresperformance von 6,5% auf. Die risikoadjustierte Performance ergab bei einer Volatilität von 17,7% allerdings nur

[10] Autorinnen: Me-Lie Yeh und Bianca Ully (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

noch einen Wert von 0,4%. Am Ende des Jahres 2015 machten Aktienfonds gemessen an den begebenen Investmentfondsanteilen 14,2% aller österreichischen Investmentfonds aus.

Die Ankündigung der EZB, verzinsliche Wertpapiere ab Ende des ersten Quartals 2015 zu kaufen, wirkte sich im ersten Quartal stark positiv auf die Kursentwicklung verzinslicher Wertpapiere der Wirtschafts- und Währungsunion aus. Dadurch bescherten europäische Anleihen österreichischen Rentenfonds Gewinne von 2,3 Mrd EUR im ersten Quartal. In derselben Zeitperiode erreichten Schuldverschreibungen von Ländern wie Österreich, Deutschland und Italien durch steigende Kurse historisch niedrige Renditen. Im März und April kam es zu einer Trendumkehr und die Kurse fielen im zweiten Quartal 2015. Im zweiten Quartal mussten österreichische Rentenfonds Bewertungsverluste von 2,6 Mrd EUR in Kauf nehmen, kauften allerdings gleichzeitig in Höhe von 679,8 Mio EUR zu. Im dritten Quartal waren Unternehmensanleihen Treiber der negativen Kurs- und Währungseffekte. Anleihen begeben von finanziellen Unternehmen, welche keine Banken sind, und Anleihen, begeben von sonstigen finanziellen Unternehmen (ohne Versicherungen und Pensionskassen), hatten Verluste in Höhe von 238,0 Mio EUR bzw. 117,5 Mio EUR zu verzeichnen. Im vierten Quartal 2015 konnten Anleihen, begeben von sonstigen finanziellen Unternehmen, Kursgewinne von 121,0 Mio EUR lukrieren und beeinflussten so das vierte Quartal positiv, sodass über das gesamte Jahr 2015 ein positiver Gesamteffekt von 216 Mio EUR erwirtschaftet werden konnte. Im Gesamtjahr 2015 verzeichneten die Rentenfonds einen Verlust von 377 Mio EUR.

Gläubigerstruktur der inländischen Investmentfonds (ohne „Fonds-in-Fonds“ Investitionen)

Inländische Investmentzertifikate spielen in Österreich als Pensions- und Zukunftsvorsorge eine bedeutende Rolle, weshalb die institutionellen Investoren (Versicherungen, Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen) sowie der Haushaltssektor (Private Haushalte sowie Private Organisationen ohne Erwerbszweck) die Hauptinvestoren in dieses Finanzierungsinstrument darstellen: Institutionelle Investoren hielten Ende 2015 36% (50,8 Mrd EUR) aller inländischen Investmentfonds, Haushalte 29% (41,2 Mrd EUR). Inländische Kreditinstitute bauten weiterhin ihre Bestände an inländischen Investmentfonds ab; nur noch 5% aller inländischen Fonds werden von Kreditinstituten gehalten. Knapp 14% (19,5 Mrd EUR) der Bestände inländischer Fonds wurden von ausländischen Gläubigern gehalten, die restlichen 17% von sonstigen inländischen Investoren (23,7 Mrd EUR).

Inländische Haushalte tätigten im Jahr 2015 die größten Zukäufe von inländischen Investmentfonds in Höhe von 2,2 Mrd EUR bzw. 44% aller Nettotransaktionen. Besonders hoch waren die Investitionen in gemischte Fonds in Höhe von 2,3 Mrd EUR, wovon der Großteil im ersten Quartal 2015 in Höhe von 0,9 Mrd EUR zugekauft wurde. Ende 2015 betrugen die Bestände der Haushalte an gemischten Fonds 16,4 Mrd EUR. Das entspricht knapp 40% der Veranlagung der Haushalte in Investmentfonds.

Der Trend der Veranlagung der Haushalte in Immobilienfonds setzte sich mit Zuflüssen in Höhe von 0,6 Mrd EUR ebenfalls fort. Somit wurden Ende 2015 77% aller inländischen Immobilienfonds von Haushalten gehalten (4,2 Mrd EUR bzw. 10% der Veranlagung der Haushalte in Investmentfonds).

Insgesamt investierten Haushalte indirekt durch ihre Veranlagung in inländische Investmentfonds 30,5 Mrd EUR in in- und ausländische Wertpapiere (74% des Investmentfonds-Volumens der Haushalte). Die übrigen knapp 11 Mrd EUR der Bestände inländischer Haushalte an inländischen Investmentfonds wurden von diesen in andere Aktiva wie beispielsweise Immobilien und Bankguthaben investiert. Die indirekten Wertpapierinvestitionen

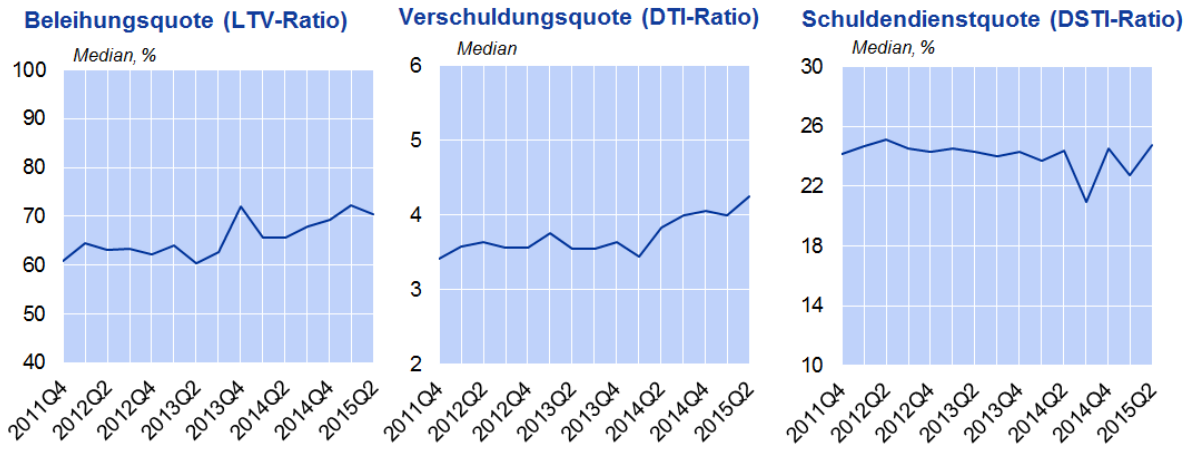
verteilten sich wie folgt: 61% verzinsliche Wertpapiere (18,6 Mrd EUR), 21% Investmentfonds (6,3 Mrd EUR) sowie 18% börsennotierte Aktien (5,6 Mrd EUR). Die indirekten Investitionen in verzinsliche Wertpapiere konzentrierten sich auf den europäischen Markt: 50% emittiert von Ländern der Währungsunion (exkl. Österreich), 21% österreichische Emissionen sowie 10% Emissionen der restlichen Länder der EU.

Ergebnisse der Hypothekarkreditumfrage der OeNB[11]

Die OeNB hat im Jahr 2015 eine Umfrage zu den vergebenen Hypothekarkrediten zum Zweck der Immobilienfinanzierung bei ausgewählten Banken durchgeführt[12]. Um eine aussagekräftige Abdeckung des österreichischen Marktes in diesem Bereich zu ermöglichen wurden sechs Banken gewählt, die eine ausgewogene Sektorabdeckung gewähren und zusammen einen Marktanteil von rund einem Viertel der Neuvergabe von Wohnbaukrediten haben. Die Erhebung fragte international übliche, aber in Österreich im bankaufsichtlichen Meldewesen nicht zur Verfügung stehende Indikatoren wie Beleihungsquote (Loan-to-Value-, LTV-Ratio), Schuldendienstquote (Debt-Service-to-Income-, DSTI-Ratio) sowie Verschuldungsquote (Debt-to-Income-, DTI-Ratio) ab.[13]

In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung zeigen aktuelle LTV- und DTI-Quoten eine steigende Tendenz. Im internationalen Vergleich liegt das Niveau der LTV-Quote im mittleren Bereich und betrug im Median im zweiten Quartal 2015 71%. Zwischen dem vierten Quartal 2011 und dem zweiten Quartal 2015 lag sie bei durchschnittlich 66%. Die DTI-Quote stieg im zweiten Quartal 2015 auf 4,3. Im Mittel lag sie zwischen dem vierten Quartal 2011 und dem zweiten Quartal 2015 bei 3,7. Die DSTI-Quote weist hingegen (bei fallenden Effektivzinssätzen) eine Seitwärtsbewegung auf – der mittlere Median lag mit 25% im zweiten Quartal 2015 im langjährigen Durchschnitt. Die LTV-Quote in der gewerblichen Wohnbaufinanzierung weist im Median eine leicht sinkende Tendenz auf (Q2 2015: 53%, Median Q4 2011 bis Q2 2015: 57%) und blieb in der Gewerbeimmobilienfinanzierung in diesem Zeitraum unverändert (Q2 2015: 57%, Median Q4 2011 – Q2 2015: 57%).

Ergebnisse der Umfrage im Bereich der privaten Wohnimmobilienfinanzierung:



[11] Autoren: David Liebeg, Katharina Steiner (beide Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[12] Dabei wurden auch historische Werte abgefragt.

[13] Es wird darauf hingewiesen, dass die OeNB eine Aufnahme dieser Indikatoren in das reguläre Meldewesen im Rahmen des Finanzmarktstabilitätsgremiums angeregt hat.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU[14] und international[15] vom 10. März bis 27. April 2016

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
10. März 2016	EZB	Der EZB-Rat fasst folgende geldpolitische Beschlüsse: 1) Folgende Zinssätze werden gesenkt: - Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 5 Basispunkte auf 0,00 %. - Spitzenrefinanzierungsfazilität um 5 Basispunkte auf 0,25 %. - Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf -0,40 %. 2) Das Volumen der monatlichen Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten wird auf 80 Mrd EUR ausgeweitet. 3) Auf Euro lautende Investment-Grade-Anleihen von Unternehmen (ohne Banken) im Euroraum werden in die Liste der Vermögenswerte aufgenommen, die für reguläre Ankäufe zugelassen sind. 4) Ab Juni 2016 wird mit einer neuen Reihe von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II) begonnen, die jeweils eine Laufzeit von vier Jahren haben.
16. März 2016	ECON	Entwurf des Initiativberichts zu virtuellen Währungen, Rapporteur MEP Jakob von Weizsäcker Im Entwurf des Initiativberichts zu virtuellen Währungen werden die Chancen (z.B. Senkung der Transaktionskosten) und Gefahren (z.B. Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung) von virtuellen Währungen und der zugrundeliegenden DLT (distributed ledger technology) angeführt. - Es wird vorgeschlagen eine Taskforce DLT bei der EK einzurichten. - Es wird empfohlen zu prüfen, in wie weit ein Legislativvorschlag zu virtuellen Währungen und DLT hinsichtlich Verbraucherschutz und Stabilität der Governance-Strukturen erforderlich ist.
17./18. März 2016	Europäischer Rat	Gemeinsame Erklärung mit der Türkei: Zusage der Türkei, alle ab 20. März 2016 irregulär von der Türkei auf die griechische Inseln kommenden Migranten in die Türkei zurückzunehmen. Verpflichtung der EU für jeden auf diese Weise von Griechenland in die Türkei rückgeführten Syrer, einen anderen Syrer aus der Türkei in der

[14] Autorin: Majken Corti (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[15] Autorin: Andrea Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		EU neu anzusiedeln. Vereinbarung einer Obergrenze in Höhe von 72.000 Neuansiedlungsplätzen aus der Türkei in die EU. Einigung auf eine umfassende Unterstützung der Kapazitäten Griechenlands für die Rückführung von Migranten in die Türkei. Aufhebung der Visumpflicht bis Ende Juni 2016, sofern die Türkei zeitnah die noch ausstehenden Maßnahmen verabschiedet. Beschleunigte Auszahlung der Mittel aus der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei. Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.
19. April 2016	ECON	European Parliament Financial Assistance Working Group (FAWG) des EP: Austausch mit Valdis Dombrovskis, Vizepräsident und Kommissar für Euro und sozialen Dialog und Pierre Moscovici, Kommissar für Wirtschafts- und Währungsunion, Steuern und Zollunion. Die erste fact-finding mission der FAWG fand in Griechenland im Zeitraum 30. – 31. März 2016 statt. Die griechische Wirtschaft hat sich widerstandsfähiger als erwartet gezeigt -voraussichtlich wächst sie stärker als erwartet. Die weitere Beteiligung des IWF am griechischen Hilfsprogramm wird als wichtig angesehen.
22. April 2016	Eurogruppe	Wesentliche Ergebnisse: Nationale Insolvenzrahmen EK wird beauftragt, weitere Arbeiten zur Verbesserung der Datenqualität und zur Erarbeitung einer Vorgangsweise zur Steigerung der Effizienz der nationalen Regulierungen durchzuführen. Thema wird auf den kommenden ECOFIN-Sitzungen weiterbehandelt werden. Griechenland: Sachstand Abschluss der ersten Review ist erwartungsgemäß nicht erfolgt. Heikle Situation aufgrund der hohen Anzahl ankommender Flüchtlinge wird bei den Verhandlungen berücksichtigt. Jeroen Dijsselbloem, Vorsitzender der Eurogruppe: Man befindet sich nahe an einer Einigung in den Bereichen Pensionsreform, Reform der Einkommensteuer, Strategie bei den non perfoming loans sowie der Errichtung des Privatisierungsfonds. Klaus Regling, geschäftsführender Direktor des EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus): Man ist bemüht, Lösungen für eine Nachhaltigkeit der griechischen Verschuldung zu finden. Auf technischer Ebene werden Optionen wie beispielsweise eine Verlängerung der Laufzeiten oder ein Tilgungsaufschub geprüft. IWF: Schuldenreduktion (durch Verlängerung des Moratoriums über die Rückerstattung und/oder einer Verlängerung der Laufzeiten) ist Voraussetzung für eine Beteiligung am 3. Wirtschaftsanpassungs-

		programm. Einheitlicher Aufsichtsmechanismus/SSM Präsentation des EZB-Jahresberichts zur Aufsichtstätigkeit 2015.
22./23. April 2016	Informeller ECOFIN	Folgende Themen stehen auf der Tagesordnung der Finanzminister: Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung im Lichte der Panama Paper Revelations: Alle EU MS werden einem Pilot-Projekt beitreten, im Rahmen dessen ein automatischer Austausch von Informationen über „ultimate benficial owners“ stattfinden soll. Stärkung der Bankenunion und Aufsicht von Sovereign Exposure Schlussfolgerung der Niederländischen Präsidentschaft: Nach der vollständigen Ratifizierung der Bankenabwicklungsrichtlinie (BRRD) wird der Backstop zum Single Resolution Fund auf der technischen Ebene diskutiert. Weitere Auseinandersetzung mit dem Umgang mit sovereign exposure folgt. Green finance Einige MS, vor allem aber die Bank of England, machen sich Sorgen über potenzielle Risiken mit denen sogenannte „carbon companies“ (Kohle, Öl , etc) in einer “low carbon economy“ konfrontiert werden könnten. Signifikante Abwertungen der “carbon assets” könnten signifikante Auswirkungen auf den Finanzsektor haben.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
17. Februar 2016 (Nachtrag)[16]	IWF	IWF überprüft Zugangslimits, Zusatzgebühren und andere quotenbezogene Politiken Im Gefolge des Inkrafttretens der 14. Allgemeinen Quotenerhöhung, die die Quoten der IWF-Mitgliedstaaten im Durchschnitt verdoppelte, überprüft das IWF-Exekutivdirektorium die Zugangslimits (access limits) und Zusatzgebühren (surcharges). Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt, auf Basis der jüngsten Quotenerhöhung, das jährliche Zugangslimit für IWF-Hilfskredite auf 145% der IWF-Quote eines IWF-Mitgliedslandes (bisher 200%) anzupassen und das kumulative Zugangslimit auf 435% der Quote (bisher 600%), womit die Zugangslimits im Durchschnitt um 45% angehoben werden. Außerdem entscheidet das IWF-Exekutivdirektorium, das Limit für die Verrechnung von Zusatzgebühren für besonders hohe Kredite auf 187,5% der Quote (bisher 300%) zu senken. Ebenso passt der IWF seine Bereitstellungsgebühr (15-60 Basispunkte), das quotenbezogene Limit für verlängerte Art.IV-Konsultationszyklen (unter 145% der Quote)

[16] Die IWF-Pressemeldung erfolgte erst am 11. April 2016.

		und die erwartete Dauer des Post Program Monitoring (PPM) (100% der Quote) an.
14. März 2016	IWF / EK	EK und IWF verstärken Zusammenarbeit EK und IWF vereinbaren eine Kooperation beim Aufbau von Kapazitäten, die von ökonomischer Governance und Aufbau von Institutionen bis zum Aufbau von persönlichem Fachwissen reicht. Die Umsetzung soll über Regional Technical Assistance Centers (RTACs), ein neues Public Financial Management-Partnership Program (PFM-PP) und andere globale Initiativen erfolgen und die Addis Abeba Action Agenda und die 2030 Sustainable Development Goals (SDGs) unterstützen.
28. März 2016	IWF	David Lipton erneut erster stellvertretender IWF Managing Direktor Managing Director Christine Lagarde ernennt David Lipton für eine zweite Amtsperiode von 5 Jahren zum ersten stellvertretenden IWF Managing Direktor beginnend ab 1. September 2016.
28. März 2016	IWF	IWF diskutiert über den Status des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes Das IWF-Exekutivdirektorium diskutiert im Rahmen der laufenden Überprüfung des internationalen Währungssystems (International Monetary System - IMS) ein vom IWF-Stab publiziertes Papier zur Angemessenheit des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes (Global Financial Safety Net - GFSN). Das GFSN, das aus internationalen Reserven, Swapvereinbarungen von Notenbanken, regionalen Finanzhilfevereinbarungen, IWF-Ressourcen, Ressourcen anderer multilateraler und bilateraler Entwicklungshilfeinstitutionen und marktbasierten Instrumenten besteht, ist größer und vielschichtiger als früher. Dennoch sieht der IWF Spielraum für Verbesserung, vor allem weil zum aktuell bestehenden GFSN Länder in unterschiedlichem und oftmals unzureichendem Ausmaß Zugang haben.
12. April 2016	IWF	Nauru wird neues IWF-Mitglied Die 21 km² kleine Pazifikinsel Nauru - 2900 Kilometer nordöstlich von Australien gelegen - wird 189. Mitglied des IWF.
12. April 2016	IWF	World Economic Outlook (WEO) Der IWF bestätigt ein globales Wachstum für das Jahr 2015 von 3,1% und erwartet für 2016 ein Wachstum von 3,2% und für 2017 von 3,5%. Die wirtschaftliche Erholung ist langsamer als im Oktober 2015 prognostiziert und wird vor allem von Schwellen- und Entwicklungsländern getragen. In den Industrieländern erwartet der IWF, dass sich die bescheidene und ungleichmäßige wirtschaftliche Erholung mit rund 2% fortsetzt. Trotz starkem Dollar und schwächerer Industrieproduktion werden die USA mit 2,4% am stärksten wachsen, während der Euroraum bedingt durch niedrige Investitionen und hohe Arbeitslosigkeit nur bescheiden mit rund 1,5% wächst und Japan nach einem minimalen Wachstum 2016 im Jahr 2017 sogar leicht schrumpfen wird. Die Schwellen- und Entwicklungsländer liefern zwar 2016 weiterhin den größten Beitrag

		zum globalen Wachstum, allerdings ist das Wachstum in diesen Ländern uneinheitlich und generell schwächer als in den letzten zwei Jahrzehnten. Die Abwärtsrisiken haben sich erhöht und beinhalten ein geringeres Wachstum in China, einen weiteren Rückgang der Rohstoffpreise, einen damit einhergehenden Rückgang bei Investitionen und Handel, sinkende Kapitalflüsse in die Schwellen- und Entwicklungsländer, geopolitische Spannungen, Flüchtlinge und Epidemien. Der IWF empfiehlt angesichts des schwächeren Wirtschaftsausblicks eine sofortige, proaktive, dreifache Strategie bestehend aus einem expansiven Politikmix aus Währungspolitik, Fiskalpolitik und Strukturpolitik.
13. April 2016	IWF	Global Financial Stability Report (GFSR) Laut GFSR sind die Risiken für die globale Finanzmarktstabilität gegenüber Oktober 2015 angestiegen. In den Industrieländern verschlechtert sich der Ausblick, weil die Unsicherheit gestiegen und das Wachstum und das Vertrauen gesunken ist. In den Schwellenländern bleiben die Risiken erhöht, weil die Öl- und Rohstoffpreise niedrig sind und das Wachstum langsamer ist. Durch diese Entwicklungen sind die Finanzierungskonditionen verschärft, die Risikoneigung geringer, das Kreditrisiko höher und die Möglichkeiten, die Bilanzen zu verbessern, behindert. Im Bericht wird auch betont, dass die Gefahr grenzüberschreitender finanzieller Risiken (financial spillovers) von Schwellenländern substanziell angestiegen ist.
13. April 2016	IWF	Fiscal Monitor Laut Fiscal Monitor ist die globale Risikoaversität seit April 2015 gestiegen und die Rohstoffpreise sind kontinuierlich gesunken. Gedämpfte Wachstumserwartungen und gestiegene Abwärtsrisiken erfordern umfassende Politikmaßnahmen. Die Fiskalpolitik kann eine wichtige Rolle spielen, indem sie Innovation durch Investitionen in Forschung und Entwicklung, Unternehmensgründungen und Technologietransfer stimuliert.
14.-15. April 2016	G20	G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Washington D.C. - Wichtigste Ergebnisse: Globale Wirtschaft: Die globale Erholung setzt sich fort, bleibt aber bescheiden und unausgeglichen. Die Abwärtsrisiken steigen. Die G20 betonen, dass es wichtig ist, alle Instrumente – monetäre, fiskalische und strukturelle – individuell und kollektiv zu nutzen, um Vertrauen und Wachstum zu stärken. Die G20 kommen überein, die expansive Währungspolitik und die flexible Fiskalpolitik bei nachhaltiger Verschuldung fortzusetzen. Die G20 betonen die Wichtigkeit den Output zu erhöhen und den bedeutenden Beitrag der Strukturreformen dabei. Im Rahmen der Wachstumsagenda verfolgen die G20 prioritär die Umsetzung der Wachstumsstrategie mit dem Ziel, 2% zusätzlichen Output bis 2018 zu erreichen. Als Teil der Wachstumsagenda ist die neue, verstärkte Strukturreform-Agenda mit Unterstützung von OECD, IWF und anderen internationalen Organisationen weiterentwickelt worden. Zur Überwachung der Fortschritte bei Strukturreformen soll

		ein Indikatorsystem entwickelt werden. Investitionen und Infrastruktur: Die G20 bestätigten ihre Anstrengungen im Bereich Infrastrukturinvestitionen voranbringen zu wollen und arbeiten weiter an der globalen Infrastrukturvernetzungs-Initiative. Internationale Finanzarchitektur: Die G20 unterstützen die Arbeiten, das globale finanzielle Sicherheitssystem (Global Financial Safety Net - GFSN) mit dem IWF im Zentrum zu stärken. Die G20 begrüßen die Arbeiten zur Verbesserung des IWF-Kreditinstrumentariums. Die G20 sehen dem Abschluss der 15. Quotenreform inklusive neuer Quotenformel bis zur IWF-Jahrestagung 2017 entgegen. Weiters wollen die G20 Kapitalflüsse und mögliche Risiken besser überwachen. Auch die breitere Verwendung der IWF-Sonderziehungsrechte (SZR) soll näher untersucht werden. Finanzmarktreformen: Die G20 verpflichten sich, die vereinbarten Finanzmarktreformen rechtzeitig, vollständig und konsistent umzusetzen und weiter voranzutreiben. Die geplanten Reformen beinhalten Basel III (ohne weitere signifikante Erhöhung der gesamten Kapitalerfordernisse für den Bankensektor) und Total Loss Absorbing Capacity (TLAC)-Standard, makroprudenzielle Aufsicht, Asset Management Aktivitäten, Shadow Banking, Regulierung und Aufsicht von Finanzmarktinfrastrukturen (FMI), G20 KMU Finanzierungsaktionsplan, Financial Inclusion Agenda.
15.-17. April 2016	IWF	IWF-Frühjahrestagung in Washington D.C. Angesichts geringer als erwarteten Wachstumsraten und steigender Abwärtsrisiken bestätigt der IWF seine Verpflichtung zu einem starken, nachhaltigen, inklusiven, arbeitsplatzreichen und ausgeglicheneren globalen Wachstum. Wichtigste wirtschaftspolitische Empfehlungen des IWF: - Wachstumsfreundliche Fiskalpolitik in allen Ländern ist notwendig, gleichzeitig soll die Widerstandsfähigkeit verbessert werden und sichergestellt werden, dass sich die Verschuldung im Verhältnis zum BIP auf einem nachhaltigen Pfad befindet. - Akkommodative Währungspolitik soll in Industrieländern fortgesetzt werden, in denen die Output-Lücke negativ ist und die Inflation unter dem Zielwert liegt. In Schwellenländern sollte Wechselkursflexibilität genutzt werden, um schlechtere Handelsbedingungen abzufedern. - Strukturreformen sollten vorangetrieben werden (z.B. ökonomische Diversifikation von Rohstoffexporteuren und Entwicklungsländern). - Zeitgerechte, vollinhaltliche und konsistente Umsetzung der vereinbarten Finanzmarktreformen (inkl. Basel III und TLAC-Standard). - Globale Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen (z.B. internationales Währungssystem, globale Handelsintegration, Kampf gegen Korruption und Verbesserung der Governance, internationale Besteuerung, Flüchtlinge) notwendig.

		Wichtigste IWF-Vorhaben: - Politikempfehlungen und Aufsicht: Der IWF arbeitet an einer verstärkten Analyse der Auswirkungen von makroökonomisch bedeutsamen Strukturreformen und an Prinzipien zur länderspezifischen Priorisierung der Fiskalpolitik. - Internationales Währungssystem (IMS): Der IWF betont, dass eine starke Makropolitik und effektive IWF-Aufsicht die Eckpfeiler der Krisenprävention sind. Daneben ist ein starkes und kohärentes globales finanzielles Sicherheitssystem (GFSN) mit einem ausreichend ressourcenmäßig ausgestatteten IWF wesentlich für das Funktionieren des IMS und die Aufrechterhaltung der Stabilität. - Überprüfung der Kreditinstrumente des IWF: Der IWF arbeitet an einer verstärkten Unterstützung von IWF-Mitgliedern durch präventive Finanzhilfe und nicht-finanzielle Instrumente. - Unterstützung von Low Income Countries (LICs): Der IWF unterstützt die Umsetzung der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UNO) durch Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für den Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT).

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 3. Mai 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,4	2,3	2,2	0,1	1,2	2,2	5,3	4,8	4,5	-4,0	-4,4	-4,4	105,9	107,5	107,5	-3,3	-2,8	-3,1
Japan	0,5	0,8	0,4	0,8	0,0	1,5	3,4	3,4	3,3	-5,2	-4,5	-4,2	245,4	247,5	248,1	3,3	3,9	4,1
China	6,9	6,5	6,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	3,3	3,3	3,0
Euroraum	1,7	1,6	1,8	0,0	0,2	1,4	10,9	10,3	9,9	-2,1	-1,9	-1,6	92,9	92,2	91,1	3,6	3,7	3,6
EU	2,0	1,8	1,9	0,0	0,3	1,5	9,4	8,9	8,5	-2,4	-2,1	-1,8	86,8	86,4	85,5	2,0	2,2	2,1
Österreich	0,9	1,5	1,6	0,8	0,9	1,7	5,7	5,9	6,1	-1,2	-1,5	-1,4	86,2	84,9	83,0	3,1	3,1	3,3
Deutschland	1,7	1,6	1,6	0,1	0,3	1,5	4,6	4,6	4,7	0,7	0,2	0,1	71,2	68,6	66,3	8,8	8,5	8,3
Vereinigtes Königreich	2,3	1,8	1,9	0,0	0,8	1,6	5,3	5,0	4,9	-4,4	-3,4	-2,4	89,2	89,7	89,1	-5,2	-4,9	-4,4
Polen	3,6	3,7	3,6	-0,7	0,0	1,6	7,5	6,8	6,3	-2,6	-2,6	-3,1	51,3	52,0	52,7	0,1	-0,3	-0,9
Ungarn	2,9	2,5	2,8	0,1	0,4	2,3	6,8	6,4	6,1	-2,0	-2,0	-2,0	75,3	74,3	73,0	4,9	5,0	4,5
Tschechische Republik	4,2	2,1	2,6	0,3	0,5	1,4	5,1	4,5	4,4	-0,4	-0,7	-0,6	41,1	41,3	40,9	-2,0	-1,5	-1,3

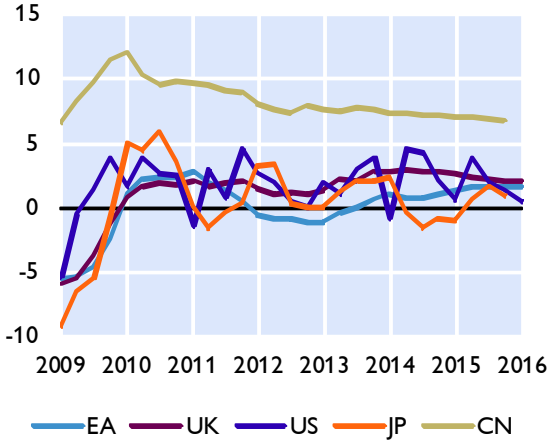
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2016.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

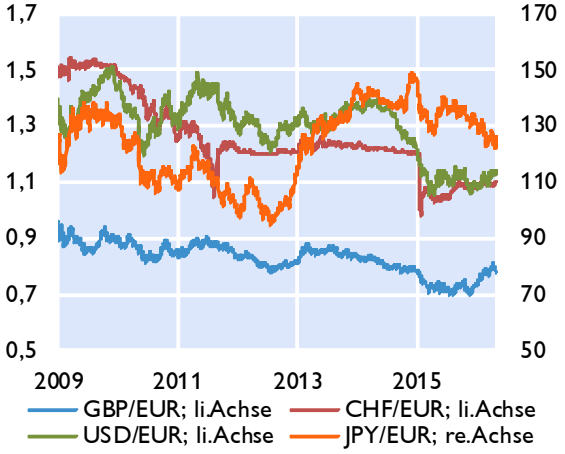
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

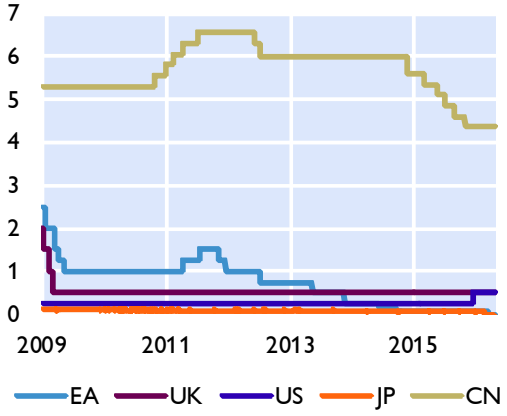


Wechselkurse zum Euro



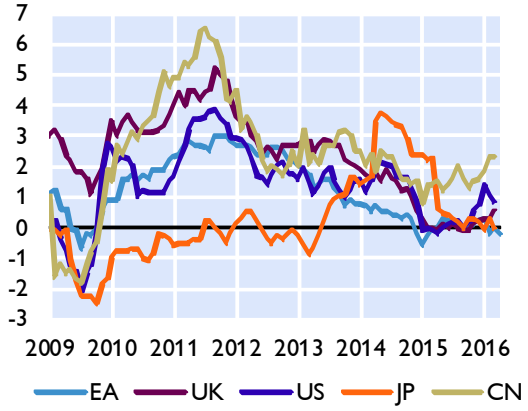
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



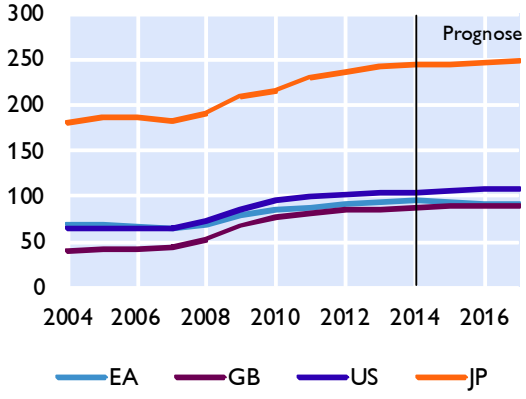
Verbraucherpreisindizes

in %



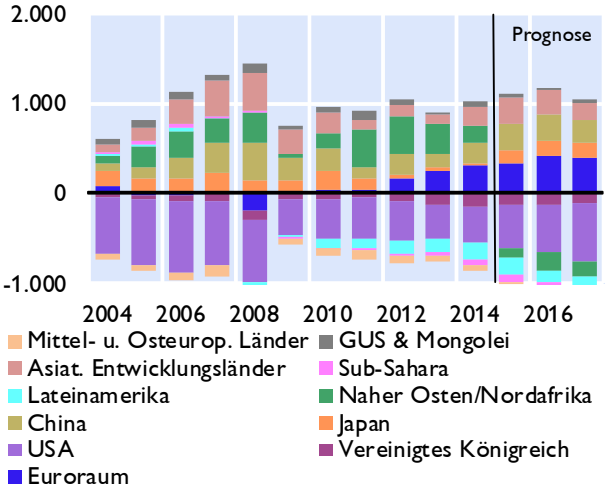
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



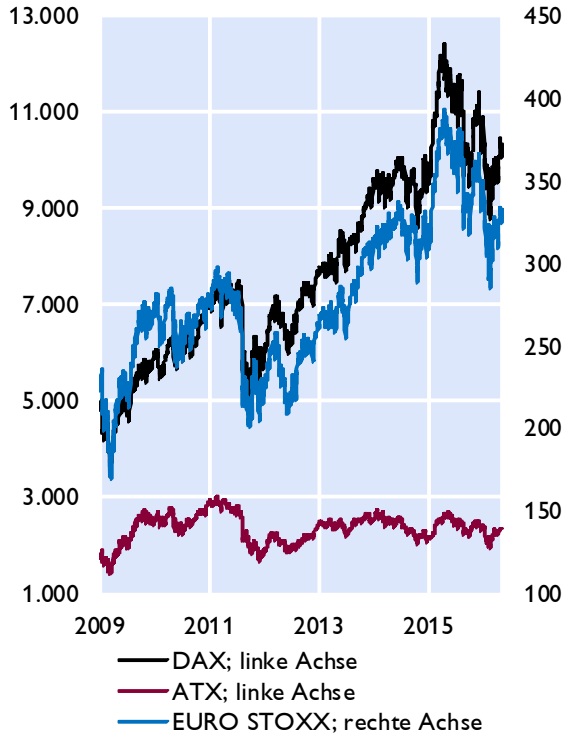
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2016 und IWF WEO April 2016.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

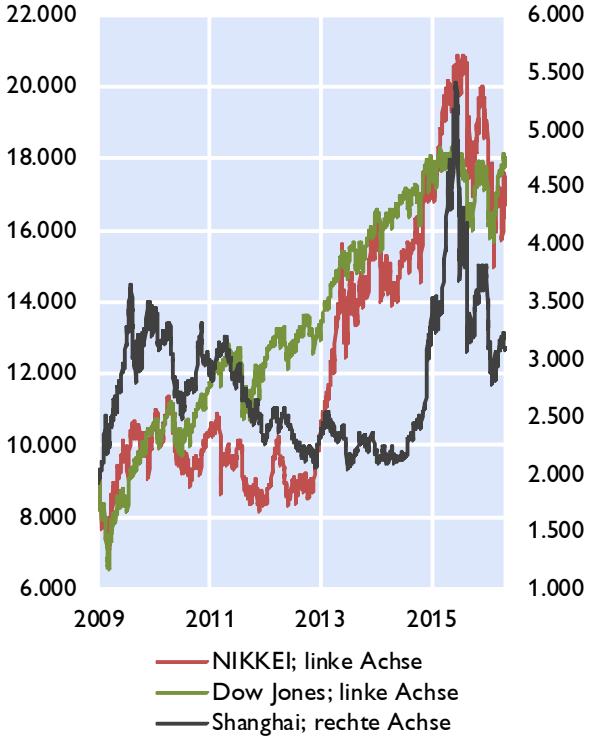
Aktienkurse - Europa

in Punkten



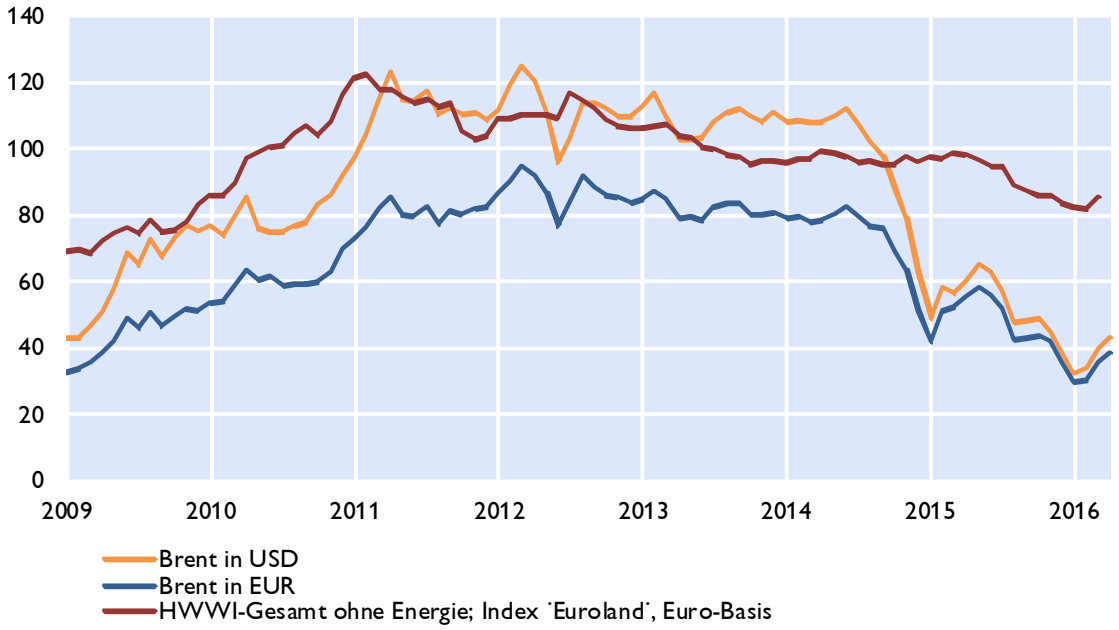
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF			EU-Kommission		
	März 2016			November 2015/ Interimsprognose Februar 2016[1)]			April 2016			Mai 2016		
	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real	1,4	1,7	1,8	1,5	1,4	1,7	1,6	1,5	1,6	1,7	1,6	1,8
Privater Konsum, real	1,9	1,8	1,6	1,7	1,8	1,8	1,7	1,6	1,6	1,7	1,8	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,5	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,3	1,1	0,7	1,3	1,4	1,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,7	3,6	3,3	2,1	2,6	3,4	2,7	2,6	2,8	2,9	2,9	3,8
Exporte, real	3,0	4,3	4,6	x	x	x	5,1	3,4	4,0	5,2	3,5	4,7
Importe, real	4,6	5,3	5,1	x	x	x	5,9	4,3	4,3	6,0	4,6	5,3
BIP Deflator	1,1	1,3	1,5	1,1	1,0	1,3	1,2	1,1	1,1	1,3	1,2	1,3
HVPI	0,1	1,3	1,6	0,1	0,9	1,3	0,0	0,4	1,1	0,0	0,2	1,4
Lohnstückkosten	1,1	0,9	1,2	0,9	0,8	0,7	0,9	0,8	1,1	0,7	0,9	1,1
Beschäftigte	0,9	0,8	0,9	0,9	1,0	1,1	1,0	1,1	0,9	1,1	1,1	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	10,4	10,2	9,9	10,9	10,4	9,8	10,9	10,3	9,9	10,9	10,3	9,9
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	3,0	2,6	2,5	3,8	3,7	3,7	3,0	3,5	3,2	3,6	3,7	3,6
Öffentliches Defizit	-2,1	-2,2	-2,1	-1,9	-1,7	-1,0	-2,0	-1,9	-1,5	-2,1	-1,9	-1,6
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel	34,9	41,2	44,9	54,1	50,0	50,0	50,9	34,8	41,0	54,8	41,1	46,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,3	-0,4	0,0	-0,2	-0,3
USD/EUR	1,11	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,11	1,11	1,12	1,11	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real USA	x	x	x	2,4	2,0	2,2	2,4	2,4	2,5	2,4	2,3	2,2
BIP, real Welt	x	x	x	3,0	3,0	3,3	3,1	3,2	3,5	3,0	3,1	3,4
Welthandel	x	x	x	2,0	3,6	4,8	2,8	3,1	3,8	2,4	2,7	3,8

1) OECD - Interimsprognose vom Feb.2016: ausschließlich BIP Zahlen (EA, USA und Welt).

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2014	2015	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Jän.	2016 Feb.	2016 März	2016 April
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	0,4	0,0	0,2	0,1	0,2	0,0	..	0,3	-0,2	0,0	-0,2*)
Kerninflation	0,8	0,8	0,8	0,9	1,0	1,0	..	1,0	0,8	1,0	0,8*)
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,5	0,2	0,3	0,3	0,3	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,0	0,6	0,7	0,7	0,5	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,3	1,3	1,4	1,3	1,1	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,3	0,6	0,8	0,6	0,7	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-1,5	-2,7	-2,1	-2,6	-3,1	..	..	-3,0	-4,2	..	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	96,8	92,5	96,5	90,3	85,2	83,4	..	82,3	82,2	85,6	..
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	74,5	47,8	56,5	45,7	40,3	31,9	..	29,5	30,5	35,7	38,21
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	99,3	53,0	62,5	50,8	44,2	35,2	..	32,1	33,8	39,8	43,33
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,9	1,6	0,4	0,3	0,3	0,6*)	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,8	1,7	0,3	0,5	0,2	..	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,8	1,3	0,3	0,3	0,6	..	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	2,7	0,1	0,4	1,3	..	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)											
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,9	1,8	0,0	0,7	0,6	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,0	-0,1	0,4	-0,4	-0,3	..	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	..	..	x	x	x	x
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)											
Handelsbilanz	182,4	246,2	64,8	61,7	72,6	..	..	8,0	19,0	..	..
Leistungsbilanz	245,6	329,5	68,6	96,4	107,8	..	..	27,5	19,0	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,0	..	2,6	3,5	3,8	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	101,6	104,3	103,4	104,6	106,3	104,0	..	105,0	103,9	103	103,9
Industrievertrauen (Saldo)	-3,9	-3,1	-3,2	-2,9	-2,4	-3,8	..	-3,1	-4,1	-4,2	-3,7
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	51,8	52,2	52,2	52,3	52,8	51,7	..	52,3	51,2	51,6	51,7
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	108,0	108,1	108,2	108,3	108,6	106,6	..	107,3	105,7	106,7	106,6
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,9	1,6	1,4	1,8	1,5	..	..	3,0	0,9	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-10,1	-6,3	-5,3	-6,9	-6,4	-8,3	..	-6,3	-8,8	-9,7	-9,3
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,4	2,8	2,7	3,3	2,4	..	..	2,1	2,4	..	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	80,4	81,2	81,2	81,1	81,5	81,9	81,4	x	x	x	x
Arbeitsmarktentwicklung											
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	11,6	10,9	11,0	10,8	10,5	10,3	..	10,4	10,3	10,2	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	0,6	..	0,4	0,3	..	..	..	x	x	x	x
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3	3,8	4,7	4,9	4,9	4,7	5,0	..	5,0	4,9	5,0	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,9	5,0	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,3	1,9	1,2	1,6	1,9	2,2	..	1,9	2,2	2,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,00	..	0,05	0,05	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	0,21	-0,02	-0,01	-0,03	-0,09	-0,19	..	-0,15	-0,18	-0,23	-0,25
10-Jahres Zinssatz (%)	2,28	1,27	1,29	1,47	1,18	1,03	..	1,11	1,04	0,93	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,07	1,29	1,29	1,50	1,27	1,21	..	1,26	1,22	1,16	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	106,9	133,3	117,3	134,5	163,8	178,3	..	177,7	186,2	171,0	154,7
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	318,7	356,2	373,5	351,3	348,8	316,0	..	321,9	304,3	321,9	323,4
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,11	1,11	1,11	1,10	1,10	..	1,09	1,11	1,11	1,13
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,8	92,4	91,2	92,7	92,4	94,1	..	93,6	94,7	94,1	94,8
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	97,9	88,4	87,5	88,7	88,4	89,5	..	89,1	90,1	89,4	..
Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP											
Budgetsalden	-2,6	-2,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	92,0	90,7	x	x	x	x	x	x	x	x	x

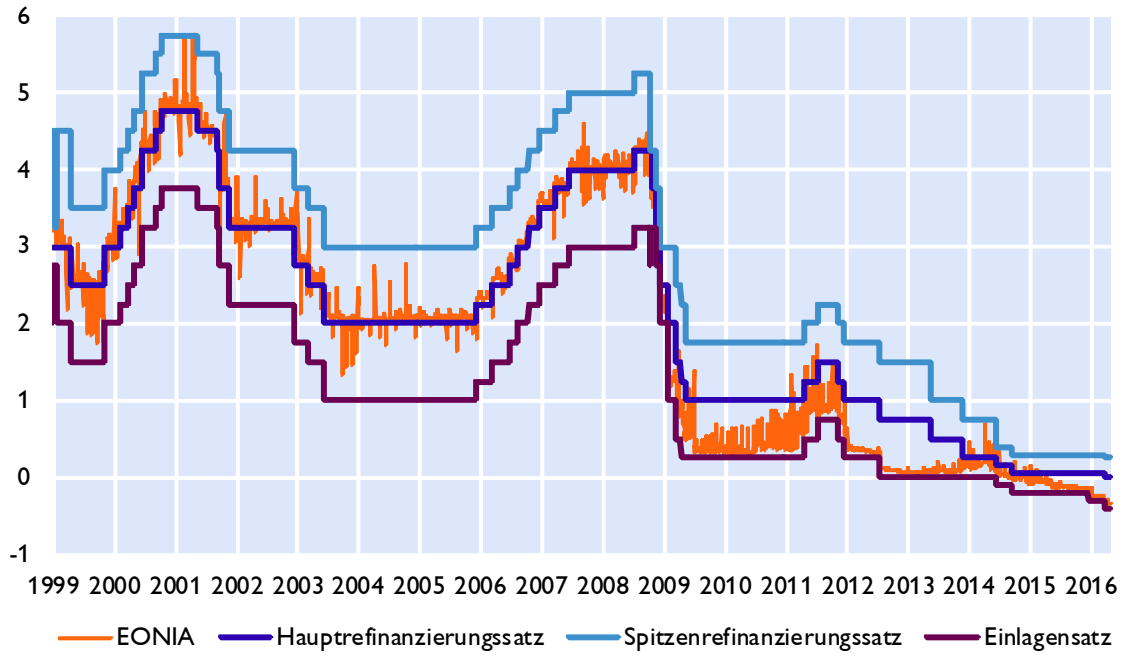
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

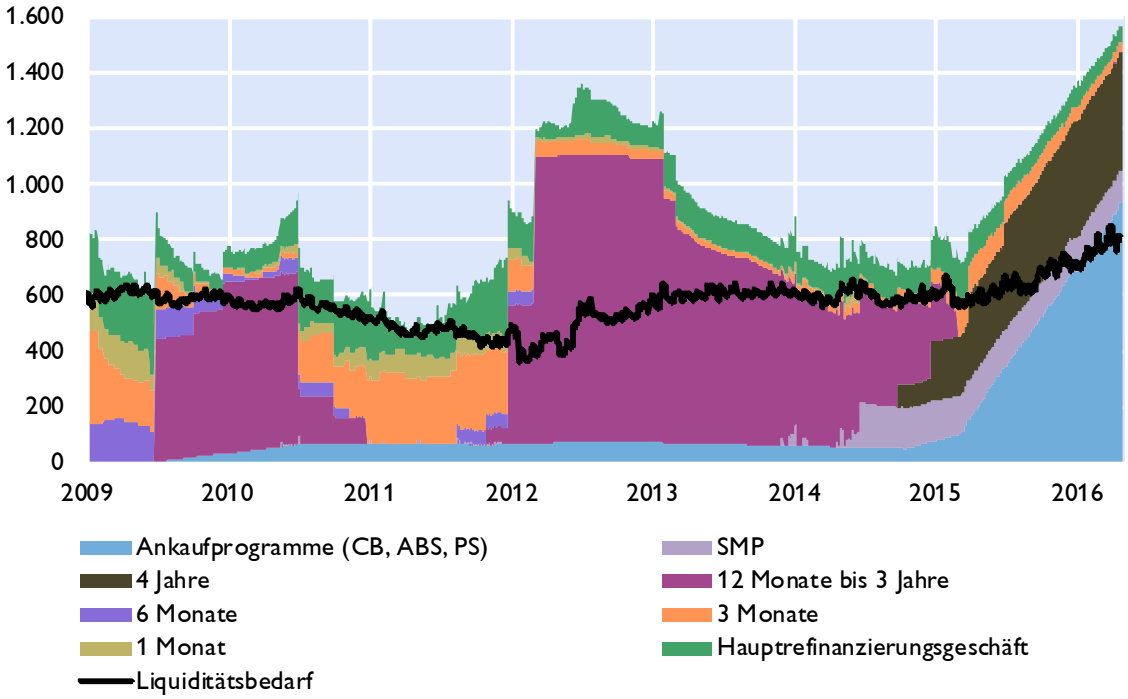
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

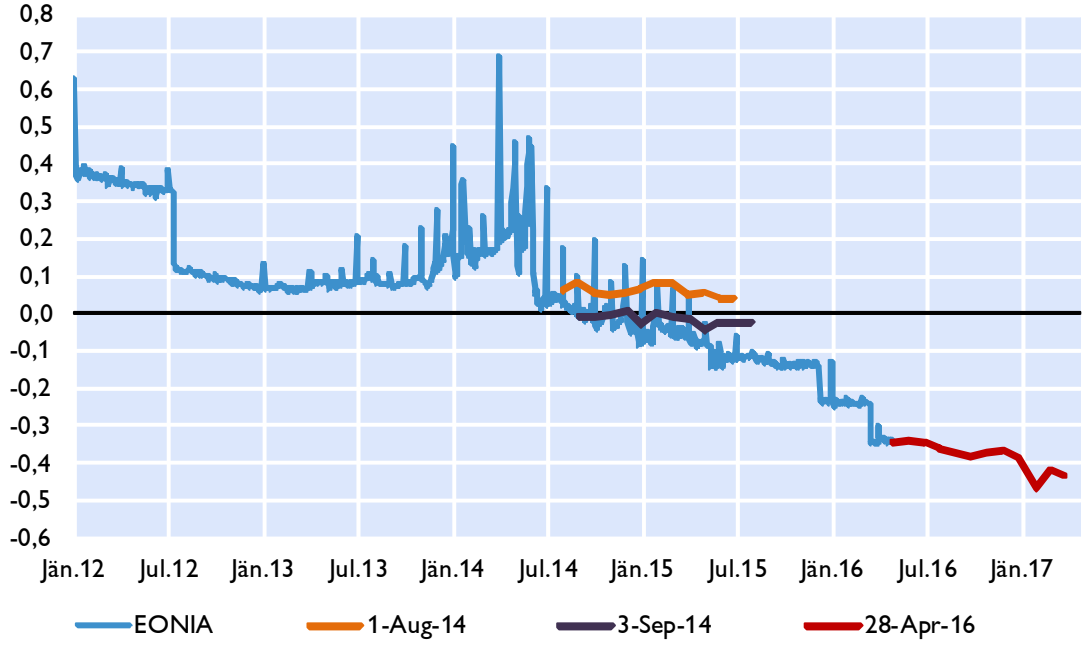


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

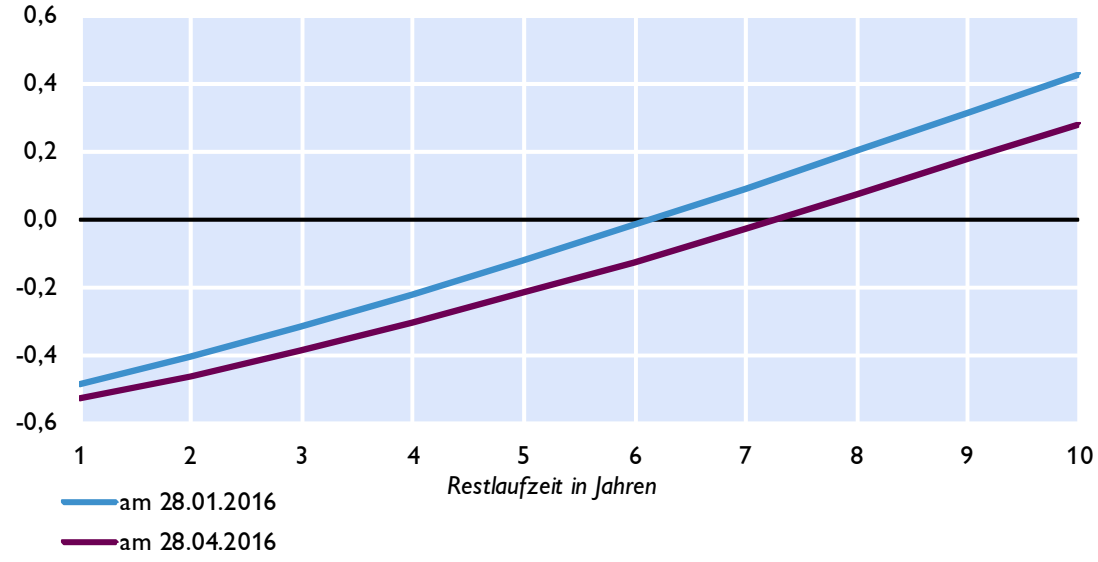
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

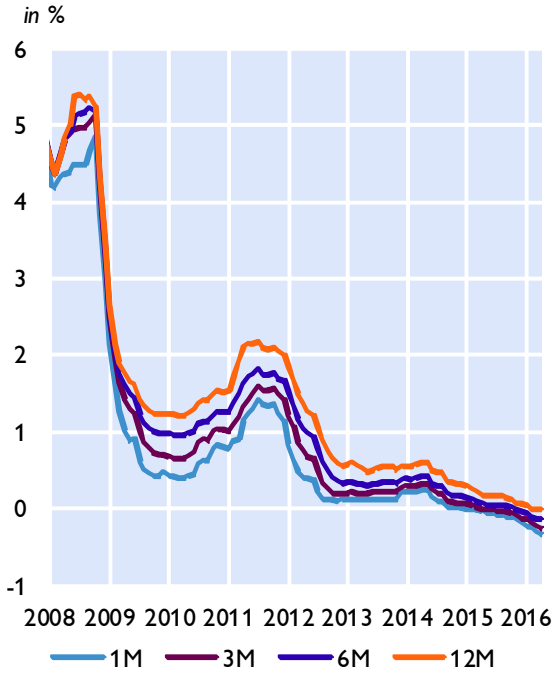
in %



Quelle: Thomson Reuters.

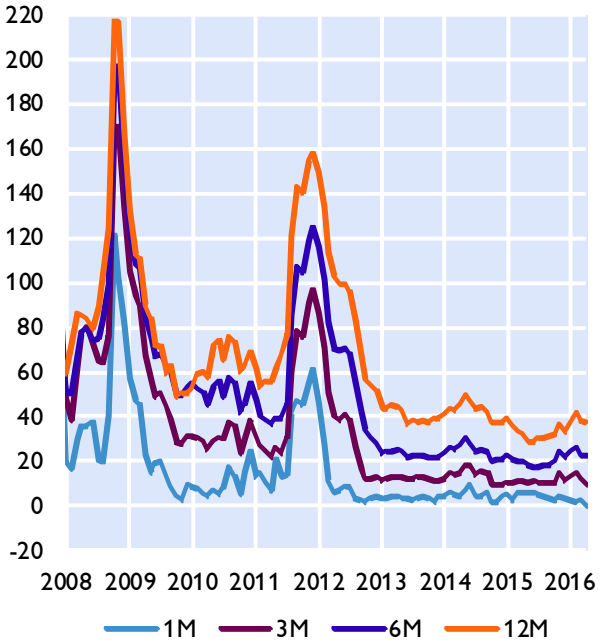
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



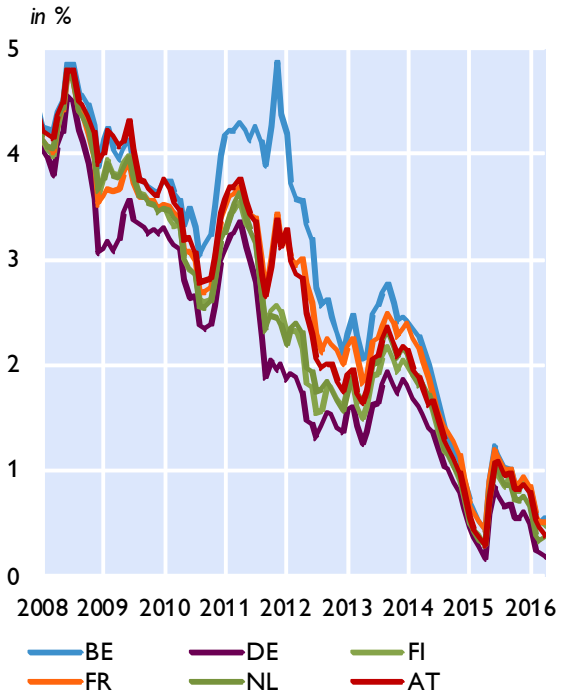
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

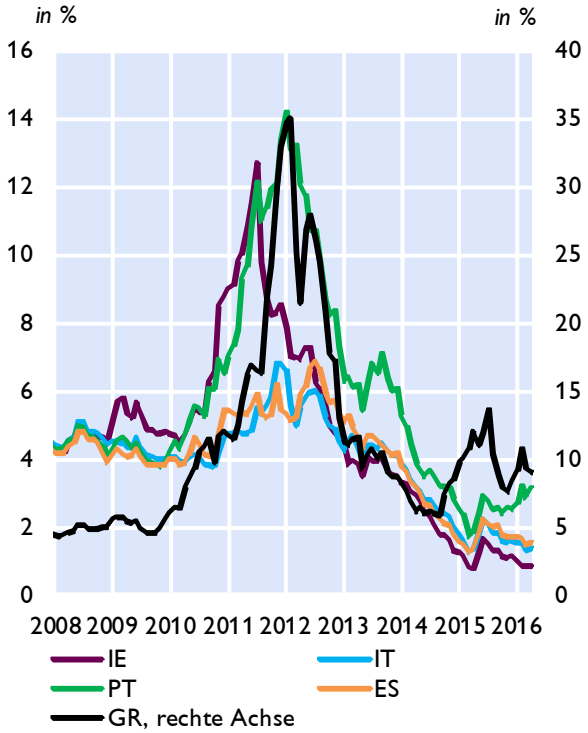


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

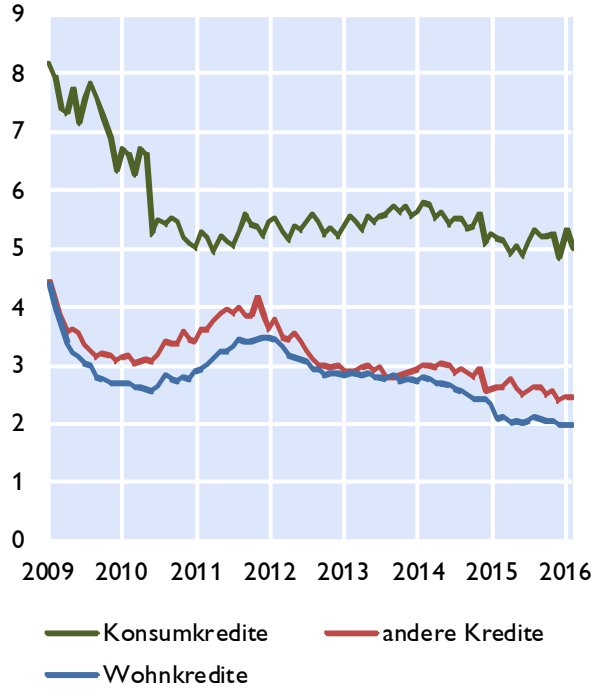


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

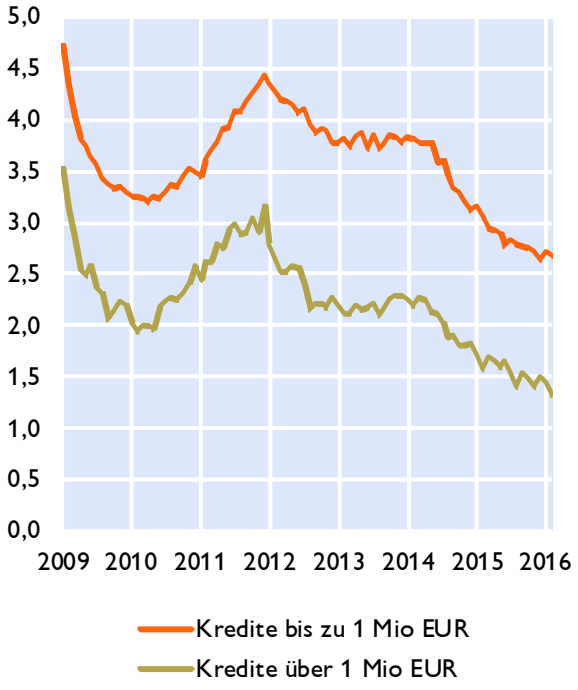
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



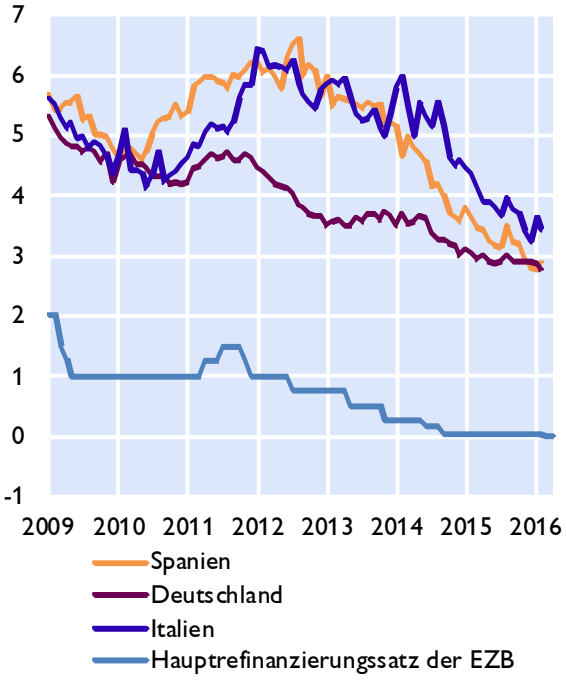
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



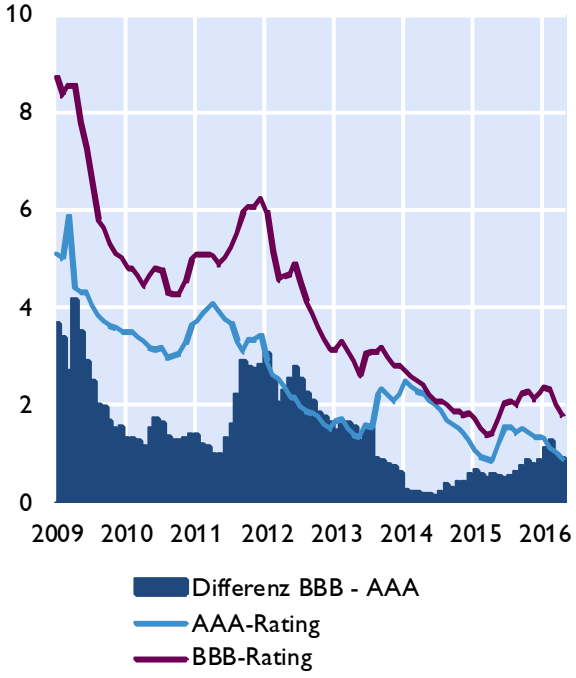
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

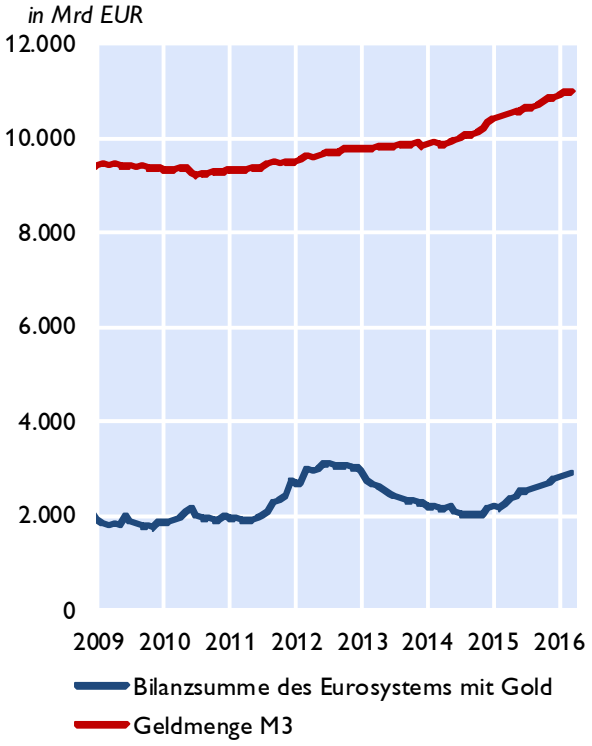
in %



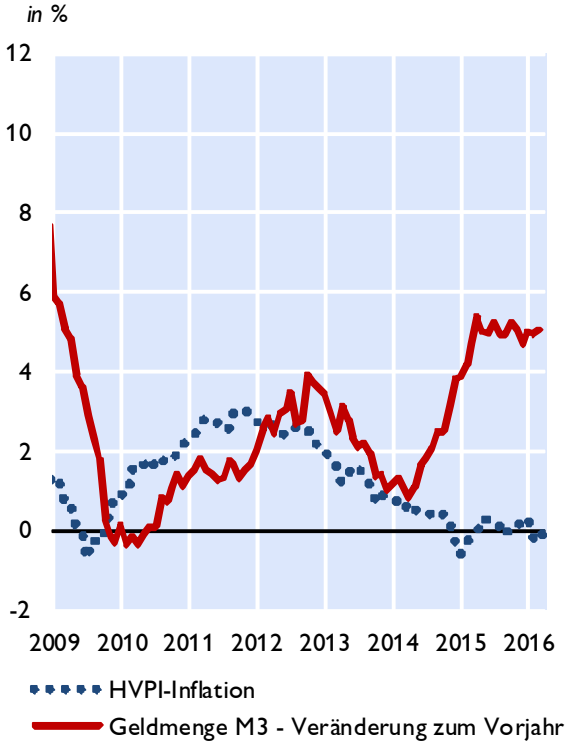
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

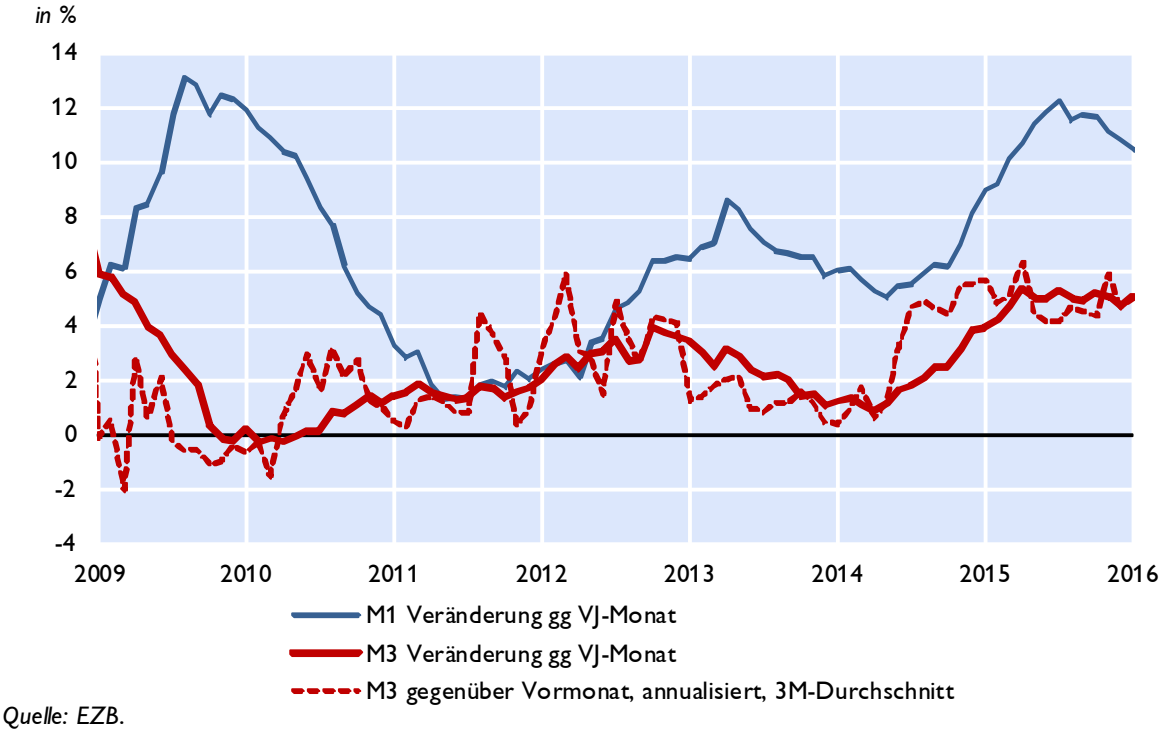
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

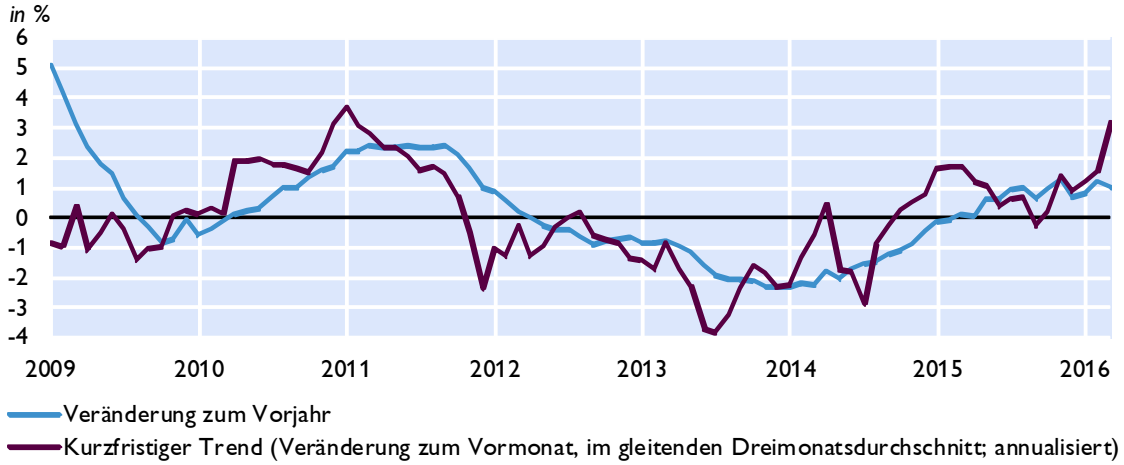
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

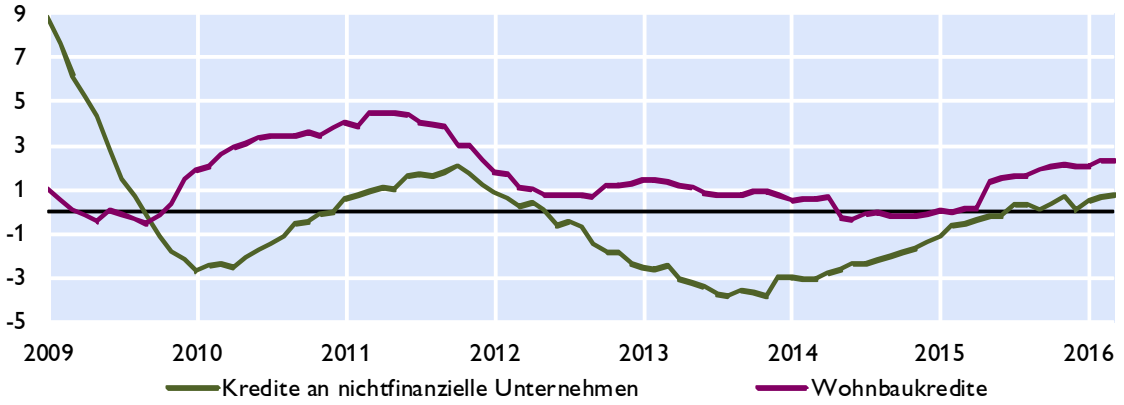
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2014	2015	Okt.15	Nov.15	Dez.15	Jän.16	Feb.16	Mär.16
Aktiva	Kredite	-0,2	2,4	2,3	2,6	2,4	2,6	3,2	3,1
	Kredite an öffentliche Haushalte	2,1	7,9	6,9	7,8	7,9	8,7	10,1	10,1
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	0,8	0,9	1,2	0,8	0,9	1,2	1,1
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,5	0,7	0,9	1,2	0,7	0,8	1,2	1,0
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	4,5	-4,0	-0,9	-2,8	-4,0	-5,6	-4,5	-5,6
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-0,9	-3,0	-0,3	-1,3	-3,0	-4,4	-1,8	-3,3
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-2,2	-3,0	-3,4	-3,4	-3,0	-3,3	-3,4	-3,3

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



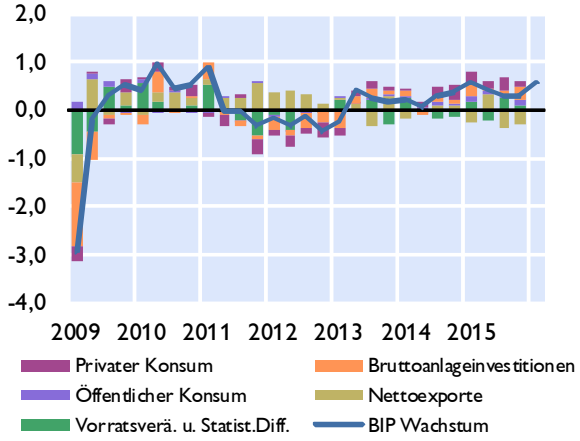
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

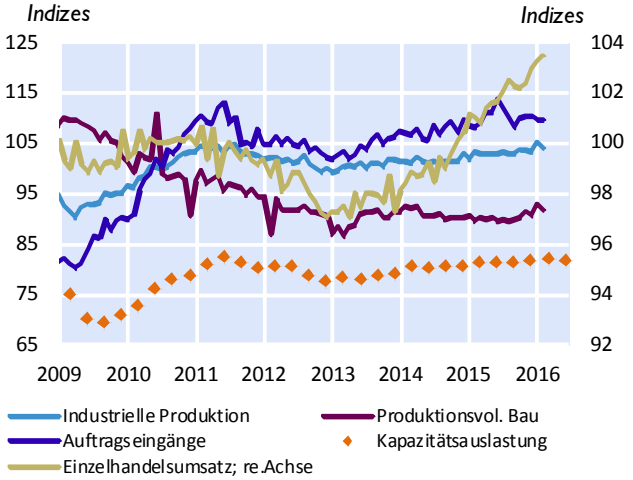
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

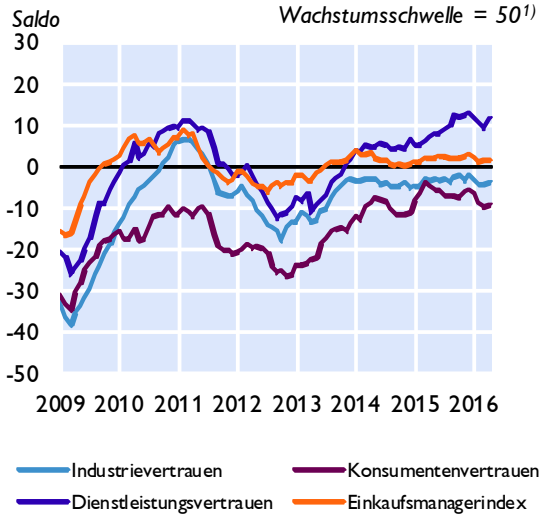
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



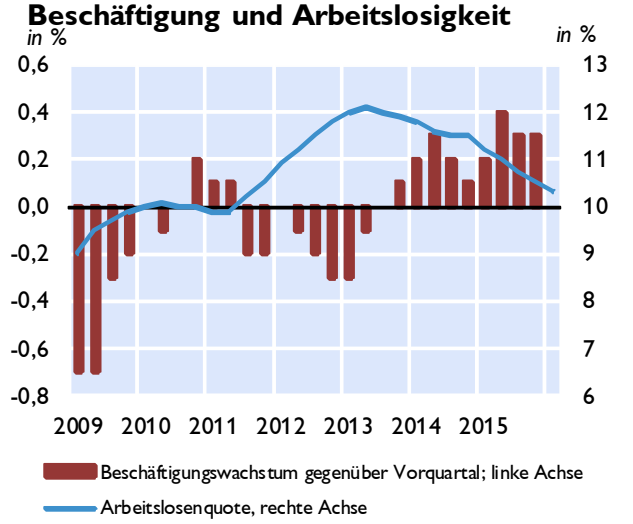
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2013	2014	2015	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	215,16	251,34	329,54	96,48	56,62	68,64	96,45	107,84
Güter	210,57	247,59	321,59	79,07	64,55	84,71	81,57	90,76
Dienstleistungen	69,00	75,56	66,37	15,64	9,11	22,59	20,16	14,51
Einkommen	79,13	69,79	74,82	34,12	33,85	-8,69	16,88	32,79
Laufende Transfers	-143,54	-141,59	-133,24	-32,35	-50,88	-29,97	-22,15	-30,23
Vermögensübertragungen	20,59	19,09	-14,36	5,63	1,23	-27,75	5,63	6,54
Kapitalbilanz	350,21	370,30	306,64	108,44	-18,77	92,68	51,54	181,20
Direktinvestitionen	-58,48	59,62	114,64	0,69	97,03	-6,82	-12,56	36,99
Portfolioinvestitionen	-3,84	113,30	233,97	118,80	-122,34	127,15	91,67	137,48
Finanzderivate	14,61	42,83	70,50	12,43	26,26	-0,07	-0,81	45,12
Sonstige Investiitionen	393,23	150,17	-123,15	-26,35	-25,52	-25,21	-29,44	-42,97
Währungsreserven	4,69	4,38	10,67	2,87	5,79	-2,38	2,67	4,58
Statistische Differenz	114,46	99,87	-8,55	6,33	-76,63	51,79	-50,54	66,82
Leistungsbilanz in % des BIP[2)]	2,5	3,0	..	3,7	2,1	2,6	3,5	3,8

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

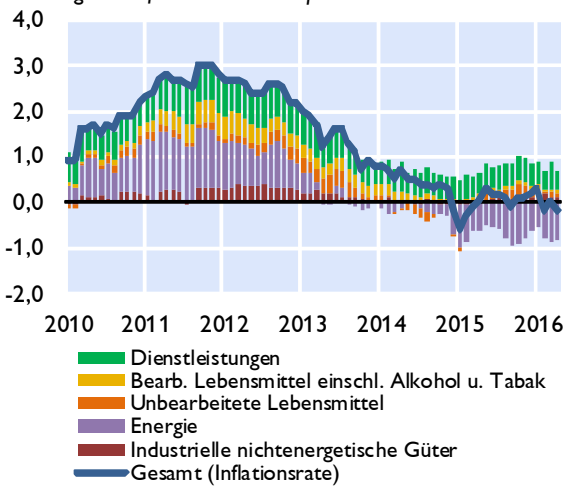
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2016	2014	2015	Jän.16	Feb.16	Mär.16	Apr.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	0,4	0,0	0,3	-0,2	0,0	-0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,4	-0,1	0,7	0,7	0,4	0,6	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	2,7	2,1	2,0	1,5	1,4	..
Bekleidung und Schuhe	6,1	0,3	0,1	0,5	0,6	0,0	..
Wohnung, Wasser, Energie	16,0	0,8	-0,7	-1,2	-1,6	-1,4	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,3	0,2	0,3	0,6	0,7	0,5	..
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,6	0,7	0,8	..
Verkehr	14,8	0,0	-2,4	-1,0	-2,6	-3,2	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	-2,8	-0,8	0,0	-0,1	0,1	..
Freizeit und Kultur	9,4	0,1	0,3	1,2	0,3	1,9	..
Bildungswesen	1,1	0,5	0,9	1,6	1,7	1,7	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,5	1,5	1,7	1,6	1,6	1,8	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,8	0,9	1,0	1,0	0,8	..

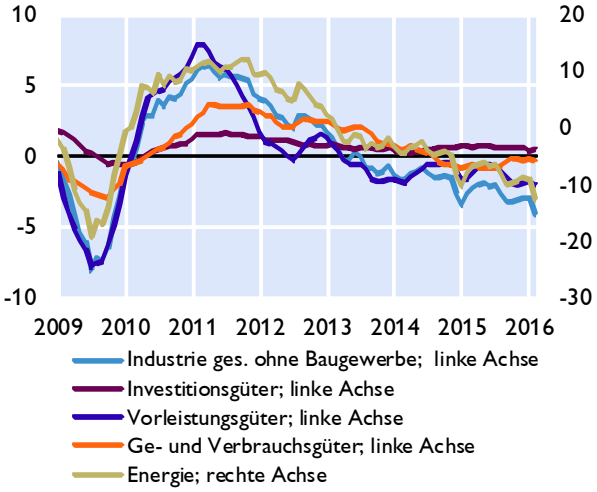
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



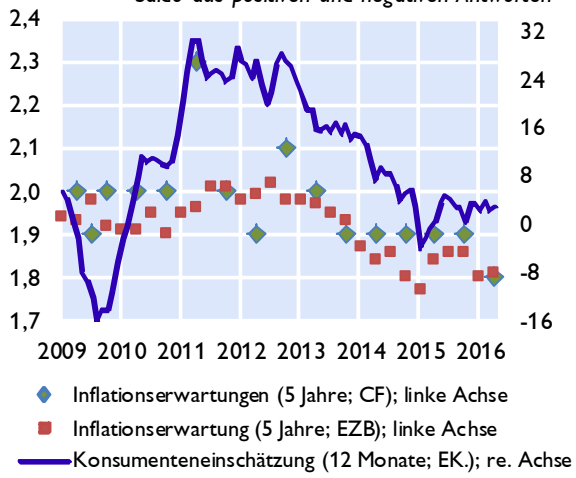
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



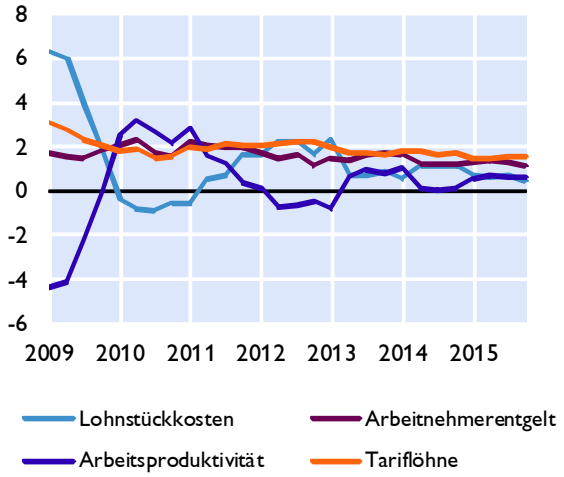
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

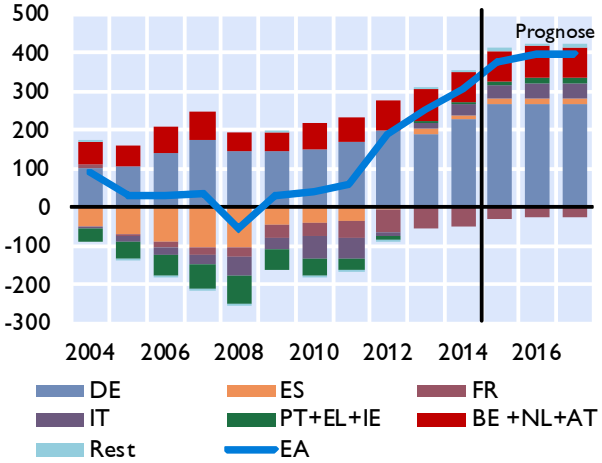


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

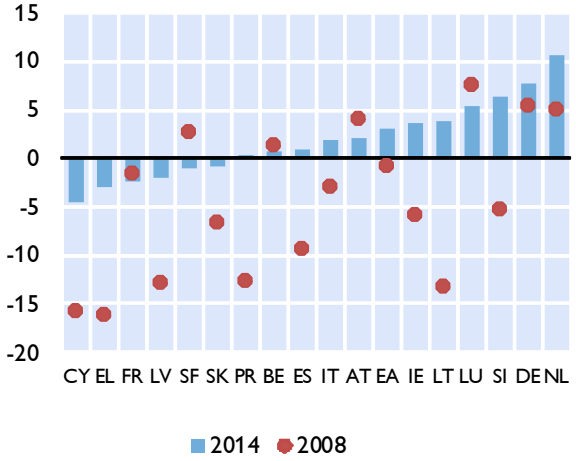
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

in Mrd EUR

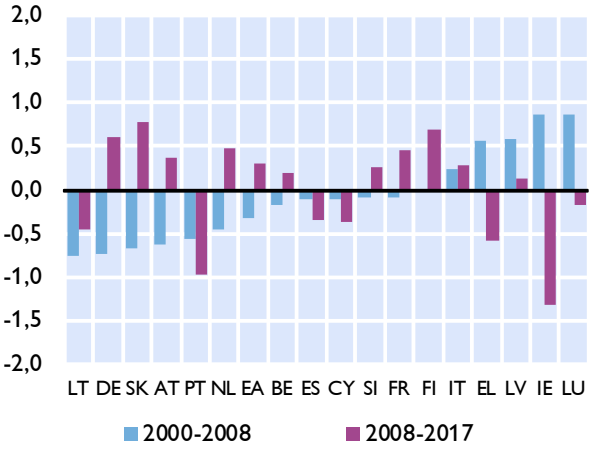


in % des BIP



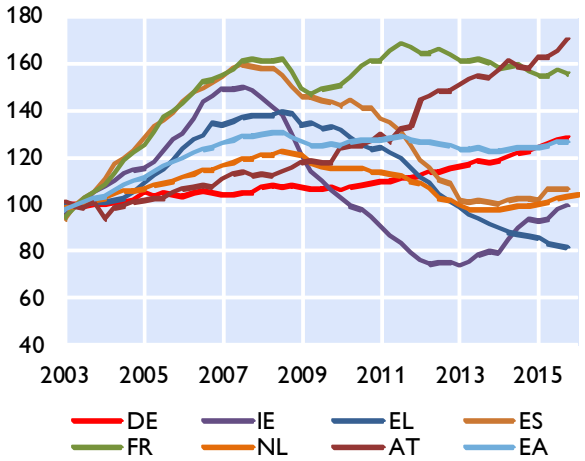
Lohnstückkosten [1)]

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



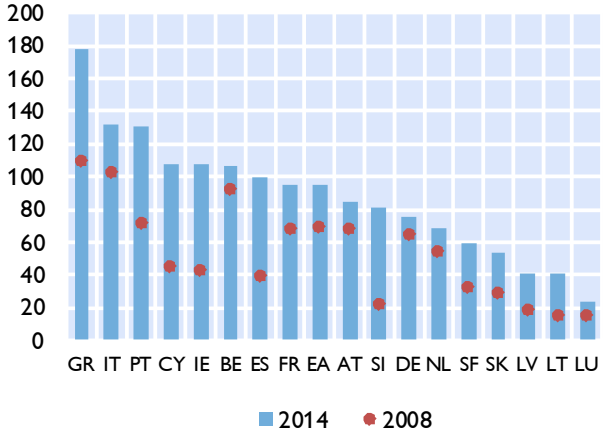
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



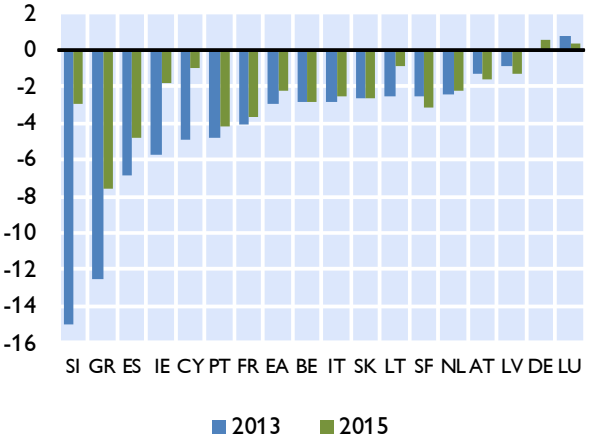
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates [1)]

in % des BIP



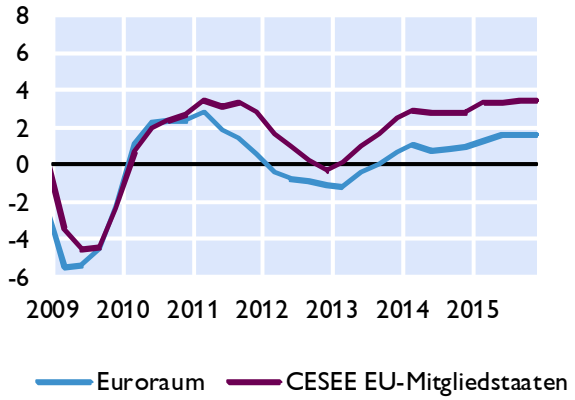
Quelle: EZB, Europäische Kommission.

1) Prognose: EK-Prognose Mai 2016.

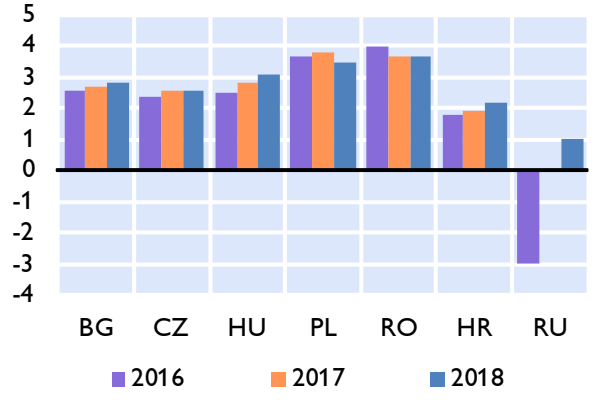
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

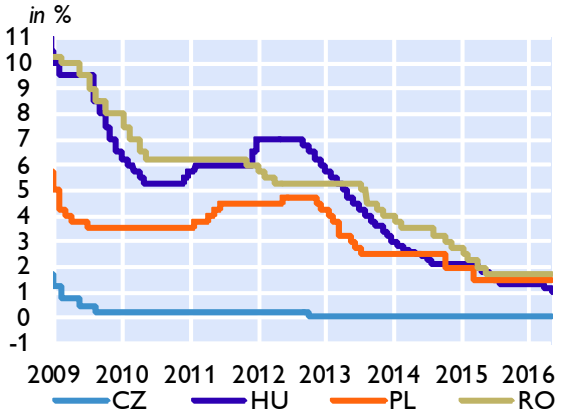
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



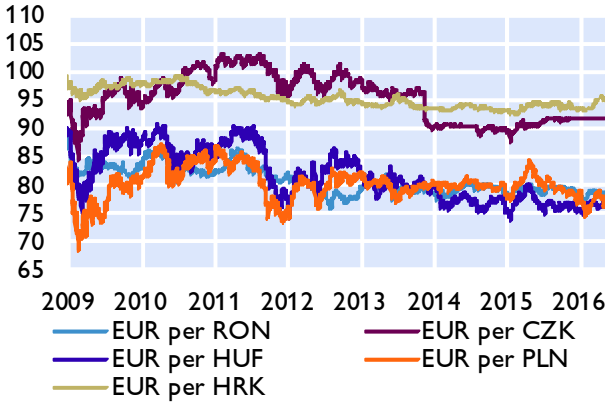
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom April 2016
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT April 2016		EU-Kommission Februar 2016		IWF April 2016		wiiw März 2016	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Bulgarien	2,6	2,7	1,5	2,0	2,3	2,3	2,5	2,5
Estland	x	x	2,1	2,3	2,2	2,8	2,2	2,4
Kroatien	1,8	1,9	2,1	2,1	1,9	2,1	1,4	1,8
Lettland	x	x	3,1	3,2	3,2	3,6	3,0	3,2
Litauen	x	x	2,9	3,4	2,7	3,1	3,0	3,4
Polen	3,7	3,8	3,5	3,5	3,6	3,6	3,4	3,2
Rumänien	4,0	3,7	4,2	3,7	4,2	3,6	4,0	3,0
Russland	-3,0	0,0	-1,2	0,3	-1,8	0,8	-0,8	0,8
Slowakei	x	x	3,2	3,4	3,3	3,4	3,0	3,2
Slowenien	x	x	1,8	2,3	1,9	2,0	2,0	2,3
Tschechische Republik	2,4	2,6	2,3	2,7	2,5	2,4	2,4	2,3
Ungarn	2,5	2,8	2,1	2,5	2,3	2,5	2,2	2,3

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2015	Prognose[1)] 2016	2017	2015Q1	2015Q2	2015Q3	2015Q4	2016Q1
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,4	1,2	1,6	1,2	1,5	1,3	1,5	..
Deutschland	1,7	1,6	1,6	1,1	1,6	1,7	1,3	..
Estland	1,1	1,9	2,4	1,4	1,4	1,1	0,8	..
Irland	7,8	4,9	3,7	7,1	7,8	7,1	9,3	.
Griechenland	-0,2	-0,3	2,7	0,3	0,9	-1,7	-0,8	..
Spanien	3,2	2,6	2,5	2,7	3,2	3,4	3,5	..
Frankreich	1,2	1,3	1,7	1,0	1,1	1,2	1,4	1,3
Italien	0,8	1,1	1,3	0,2	0,6	0,8	1,0	..
Zypern	1,6	1,7	2,0	0,2	1,2	2,3	2,7	..
Lettland	2,7	2,8	3,1	1,9	2,8	3,3	2,3	..
Litauen	1,6	2,8	3,1	1,2	1,4	1,7	1,9	..
Luxemburg	4,8	3,3	3,9	4,9	6,0	5,7	3,0	..
Malta	6,3	4,1	3,5	5,8	6,7	7,1	5,8	..
Niederlande	2,0	1,7	2,0	2,6	2,2	1,9	1,2	..
Österreich	0,9	1,5	1,6	0,3	0,9	0,9	1,2	..
Portugal	1,5	1,5	1,7	1,7	1,5	1,4	1,3	..
Slowenien	2,9	1,7	2,3	3,0	2,6	2,2	2,6	..
Slowakische Republik	3,6	3,2	3,3	3,1	3,5	3,8	4,0	..
Finnland	0,5	0,7	0,7	0,1	0,8	0,4	0,9	..
Euroraum	1,6	1,6	1,8	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6
Bulgarien	3,0	2,0	2,4	2,6	2,6	2,9	3,0	..
Tschechische Republik	4,3	2,1	2,6	3,9	4,5	4,6	4,0	..
Dänemark	1,2	1,2	1,9	1,6	2,0	0,7	0,5	..
Kroatien	1,6	1,8	2,1	0,2	1,5	2,7	2,0	..
Ungarn	2,9	2,5	2,8	3,3	2,7	2,6	3,0	..
Polen	3,6	3,7	3,6	3,6	3,2	3,5	4,1	..
Rumänien	3,8	4,2	3,7	4,0	3,7	3,6	3,8	..
Schweden	4,1	3,4	2,9	3,0	3,6	4,2	4,5	..
Vereinigtes Königreich	2,3	1,8	1,9	2,6	2,4	2,2	2,1	2,1
EU	1,9	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	1,8	1,7
Türkei	4,0	3,5	3,7	2,5	3,7	3,9	5,7	..
USA	2,4	2,3	2,2	0,6	3,9	2,0	1,4	0,5
Japan	0,5	0,8	0,4	-1,0	0,7	1,7	0,8	..
Schweiz	0,0	1,2	1,5	1,2	1,4	0,6	0,3	..
Russland	-3,7	-1,9	0,5	-2,8	-4,5	-3,7	-3,8	..
Brasilien	-3,9	-3,8	0,0	-2,1	-2,9	-4,5	-5,9	..
China	6,9	6,5	6,2	7,0	7,0	6,9	6,8	6,7
Indien	7,3	7,5	7,5	4,4	7,6	7,7	7,3	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, EK, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Mai 2016; Brasilien, Indien: IWF WEO April 2016.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Nov.15	Dez.15	Jän.16	Feb.16	Mär.16
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,6	1,7	1,6	1,4	1,5	1,8	1,1	1,6
Deutschland	0,1	0,3	1,5	0,2	0,2	0,4	-0,2	0,1
Estland	0,1	0,8	2,9	0,5	-0,2	0,1	0,4	0,5
Irland	0,0	0,3	1,3	-0,1	0,2	0,0	-0,2	-0,6
Griechenland	-1,1	-0,3	0,6	-0,1	0,4	-0,1	0,1	-0,7
Spanien	-0,6	-0,1	1,4	-0,4	-0,1	-0,4	-1,0	-1,0
Frankreich	0,1	0,1	1,0	0,1	0,3	0,3	-0,1	-0,1
Italien	0,1	0,2	1,4	0,1	0,1	0,4	-0,2	-0,2
Zypern	-1,5	-0,7	1,0	-1,5	-0,6	-1,1	-2,2	-2,2
Lettland	0,2	0,2	2,0	0,0	0,4	-0,3	-0,6	-0,6
Litauen	-0,7	0,6	1,8	-0,5	-0,2	0,7	0,5	0,8
Luxemburg	0,1	-0,1	1,8	0,4	0,9	0,5	-0,3	-0,6
Malta	1,2	1,4	2,2	1,3	1,3	0,8	1,0	1,0
Niederlande	0,2	0,4	1,3	0,4	0,5	0,2	0,3	0,5
Österreich	0,8	0,9	1,7	0,5	1,1	1,4	1,0	0,6
Portugal	0,5	0,7	1,2	0,6	0,3	0,7	0,2	0,5
Slowenien	-0,8	-0,2	1,6	-0,9	-0,6	-0,8	-0,9	-0,9
Slowakische Republik	-0,3	-0,1	1,5	-0,4	-0,5	-0,6	-0,3	-0,5
Finnland	-0,2	0,0	1,3	-0,2	-0,2	0,0	-0,1	0,0
Euroraum	0,0	0,2	1,4	0,1	0,2	0,3	-0,2	0,0
Bulgarien	-1,1	-0,7	0,9	-0,9	-0,9	-0,4	-1,0	-1,9
Tschechische Republik	0,3	0,5	1,4	0,0	-0,1	0,5	0,5	0,3
Dänemark	0,2	0,3	1,5	0,1	0,3	0,4	0,1	-0,3
Kroatien	-0,3	-0,6	0,7	-0,4	-0,3	-0,2	-0,6	-0,9
Ungarn	0,1	0,4	2,3	0,6	1,0	1,0	0,3	-0,2
Polen	-0,7	0,0	1,6	-0,5	-0,4	-0,3	-0,2	-0,4
Rumänien	-0,4	-0,6	2,5	-0,9	-0,7	-1,5	-2,1	-2,4
Schweden	0,7	0,9	1,2	0,8	0,7	1,3	0,8	1,2
Vereinigtes Königreich	0,0	0,8	1,6	0,1	0,2	0,3	0,3	0,5
EU	0,0	0,3	1,5	0,1	0,2	0,3	-0,1	0,0
Türkei	7,7	8,6	8,0	8,1	8,8	9,6	8,7	7,3
USA	0,1	1,2	2,2	0,5	0,7	1,4	1,0	0,9
Japan	0,8	0,0	1,5	0,3	0,2	-0,1	0,3	0,0
Schweiz	-0,8	-0,6	0,2	-1,2	-1,4	-1,5	-0,9	-1,0
Russland	15,6	7,5	5,4	15,0	12,9	9,8	8,1	..
Brasilien	9,3	8,7	6,1	11,0	11,3	11,3	11,1	9,9
China[3)]	1,4	1,5	1,5	1,5	1,6	1,8	2,3	2,3
Indien	4,9	5,3	5,3	5,4	5,6	5,7	5,3	4,8

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.
1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.
2) Prognose: EK Prognose Mai 2016; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 2016.
3) China: GDP-Deflator.

Seite 18

Arbeitslosenquoten[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Nov.15	Dez.15	Jän.16	Feb.16	Mär.16
Belgien	8,5	8,2	7,7	8,7	8,8	8,7	8,6	8,5
Deutschland	4,6	4,6	4,7	4,4	4,4	4,3	4,3	4,2
Estland	6,2	6,5	7,7	6,4	6,2	6,3	6,3	..
Irland	9,4	8,2	7,5	9,1	9,0	8,9	8,8	8,6
Griechenland	24,9	24,7	23,6	24,5	24,3	24,4	..	..
Spanien	22,1	20,0	18,1	20,9	20,7	20,5	20,5	20,4
Frankreich	10,4	10,2	10,1	10,2	10,2	10,1	10,2	10,0
Italien	11,9	11,4	11,2	11,5	11,6	11,6	11,6	11,4
Zypern	15,1	13,4	12,4	13,4	13,0	12,7	12,5	12,1
Lettland	9,9	9,6	9,3	10,0	10,1	10,4	10,1	9,9
Litauen	9,1	7,8	6,4	8,8	8,9	9,0	8,8	8,5
Luxemburg	6,4	6,2	6,2	6,4	6,4	6,3	6,2	6,3
Malta	5,4	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,1	4,7
Niederlande	6,9	6,4	6,1	6,7	6,6	6,5	6,5	6,4
Österreich	5,7	5,9	6,1	5,8	5,9	5,9	5,9	5,8
Portugal	12,6	11,6	10,7	12,3	12,2	12,1	12,2	12,1
Slowenien	9,0	8,6	8,1	8,3	8,3	8,3	8,2	8,1
Slowakische Republik	11,5	10,5	9,5	10,9	10,7	10,5	10,3	10,2
Finnland	9,4	9,4	9,3	9,4	9,4	9,3	9,3	9,3
Euroraum	10,9	10,3	9,9	10,5	10,4	10,4	10,4	10,2
Bulgarien	9,2	8,6	8,0	7,9	7,7	7,5	7,4	7,3
Tschechische Republik	5,1	4,5	4,4	4,5	4,4	4,3	4,2	4,1
Dänemark	6,2	6,0	5,7	6,1	6,0	5,9	5,8	5,8
Kroatien	16,3	15,5	14,7	15,7	15,3	15,2	15,1	14,9
Ungarn	6,8	6,4	6,1	6,3	6,1	5,9	5,8	..
Polen	7,5	6,8	6,3	7,1	7,0	6,9	6,8	6,8
Rumänien	6,8	6,8	6,7	6,6	6,7	6,5	6,5	6,4
Schweden	7,4	6,8	6,3	6,9	7,2	7,0	7,1	7,2
Vereinigtes Königreich	5,3	5,0	4,9	5,0	5,0	5,0	..	..
EU	9,4	8,9	8,5	9,0	9,0	8,9	8,9	8,8
Türkei	10,3	10,8	10,9	10,4	10,2	10,1	..	..
USA	5,3	4,8	4,5	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0
Japan	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2
Schweiz	3,3	5,2	5,0	3,4	3,4	3,4	3,5	3,5
Russland	5,6	6,1	6,4	5,8	5,8	5,8	5,8	6,0
Brasilien	6,8	9,2	10,2	7,5	6,9	7,6	8,2	..
China	4,1	4,1	4,1	x	4,1	x	x	..
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) EK-Prognose Mai 2016; BR, CN: IWF-Prognose April 2016.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	3,6	0,1	1,4	1,0	0,8	1,3	1,8	1,9
Deutschland	5,7	6,2	7,2	6,7	7,8	8,8	8,5	8,3
Estland	2,0	1,5	-2,3	0,4	1,3	2,0	0,9	1,6
Irland	-0,8	-1,2	-1,5	3,1	3,6	4,4	4,6	4,6
Griechenland	-11,3	-10,3	-4,2	-2,2	-3,0	-0,2	0,6	1,3
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	1,0	1,4	1,5	1,3
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,9	-2,6	-2,3	-1,5	-1,1	-1,0
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	1,0	2,0	2,2	2,4	2,3
Zypern	-10,7	-4,0	-5,7	-4,5	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-1,2	-2,6	-2,4
Litauen	-0,3	-3,8	-1,0	1,4	3,9	-1,5	0,0	0,1
Luxemburg	6,8	6,2	6,1	5,7	5,5	5,5	5,3	4,8
Malta	-4,7	-2,5	1,3	3,6	3,9	9,9	5,6	4,4
Niederlande	7,7	8,9	10,2	11,0	10,7	9,2	8,9	8,2
Österreich	3,2	1,9	1,7	2,1	2,1	3,1	3,1	3,3
Portugal	-10,3	-5,5	-2,0	0,7	0,3	-0,1	0,3	0,5
Slowenien	-0,6	-0,1	2,1	3,9	6,5	7,0	7,0	6,9
Slowakische Republik	-4,8	-5,5	0,3	0,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-1,7	-0,9	0,1	0,3	0,4
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,6	3,7	3,6
Bulgarien	-4,4	-1,6	-3,0	-0,5	0,7	1,9	2,3	2,7
Tschechische Republik	-5,2	-4,6	-2,2	-1,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
Dänemark	5,7	5,7	5,7	7,1	7,7	7,0	6,3	6,2
Kroatien	-1,0	-0,6	0,5	1,6	1,1	5,1	4,4	4,0
Ungarn	0,3	0,8	1,6	3,9	2,2	4,9	5,0	4,5
Polen	-4,8	-4,8	-3,3	-0,5	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
Rumänien	-4,5	-4,4	-4,3	-0,6	-0,4	-0,9	-2,1	-2,8
Schweden	6,7	6,1	6,5	5,5	4,9	4,9	5,8	5,7
Vereinigtes Königreich	-2,8	-1,7	-3,3	-4,5	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
EU	0,0	0,3	1,0	1,5	1,6	2,0	2,2	2,1
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-5,8	-4,5	-4,8	-5,1
USA	-3,0	-3,1	-2,9	-2,4	-2,3	-3,3	-2,8	-3,1
Japan	3,8	2,1	1,1	0,7	0,5	3,3	3,9	4,1
Schweiz	15,2	8,2	11,0	12,0	11,5	11,7	11,7	11,8
Russland	4,1	4,8	3,3	1,5	2,9	5,3	5,1	5,0
Brasilien	-3,4	-2,9	-3,0	-3,0	-4,3	-3,3	-2,0	-1,5
China	4,0	1,8	2,5	1,6	2,1	3,3	3,3	3,0
Indien	-2,8	-4,3	-4,8	-1,7	-1,3	-1,3	-1,5	-2,1

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Mai 2016; BR, IN: IWF-Prognose April 2016.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
			Prognose[1)]				Prognose[1)]	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP							
Belgien	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,7	106,0	106,4	105,6
Deutschland	0,3	0,7	0,2	0,1	74,9	71,2	68,6	66,3
Estland	0,7	0,4	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3
Irland	-3,9	-2,3	-1,1	-0,6	107,5	93,8	89,1	86,6
Griechenland	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8	178,6	176,9	182,8	178,8
Spanien	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6
Frankreich	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,6	95,8	96,4	97,0
Italien	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,4	132,7	132,7	131,8
Zypern	-8,9	-1,0	-0,4	0,0	108,2	108,9	108,9	105,4
Lettland	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,6
Litauen	-0,7	-0,2	-1,1	-0,4	40,7	42,7	41,1	42,9
Luxemburg	1,4	1,2	1,0	0,1	23,0	21,4	22,5	22,8
Malta	-2,1	-1,5	-0,9	-0,8	66,9	63,9	60,9	58,3
Niederlande	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9
Österreich	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,2	86,2	84,9	83,0
Portugal	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	124,5
Slowenien	-5,1	-2,9	-2,4	-2,1	80,8	83,2	80,2	78,0
Slowakische Republik	-2,8	-3,0	-2,4	-1,6	53,5	52,9	53,4	52,7
Finnland	-3,3	-2,7	-2,5	-2,3	59,4	63,1	65,2	66,9
Euroraum	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,5	92,9	92,2	91,1
Bulgarien	-5,8	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7
Tschechische Republik	-2,0	-0,4	-0,7	-0,6	42,8	41,1	41,3	40,9
Dänemark	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,6	40,2	38,7	39,1
Kroatien	-5,6	-3,2	-2,7	-2,3	85,1	86,7	87,6	87,3
Ungarn	-2,5	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0
Polen	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,4	51,3	52,0	52,7
Rumänien	-1,4	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1
Schweden	-1,7	0,0	-0,4	-0,7	44,9	43,4	41,3	40,1
Vereinigtes Königreich	-5,7	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1
EU	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,6	86,8	86,4	85,5
Türkei	-1,5	-1,4	-1,7	-1,6	33,5	32,9	32,0	31,2
USA	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,5
Japan	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	245,8	245,4	247,5	248,1
Schweiz	-0,2	-0,3	-0,4	0,0	36,5	36,9	37,1	36,5
Russland	0,8	-1,6	-2,5	-1,3	17,5	19,5	22,6	23,7
Brasilien	-6,0	-10,3	-8,7	-8,5	63,3	73,7	76,3	80,5
China	-0,9	-2,7	-3,1	-2,7	41,1	43,9	46,8	49,3
Indien	-7,0	-7,2	-7,0	-6,7	66,4	67,2	66,5	65,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Mai 2016; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2016.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB		WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Dezember 2015		März 2016		März 2016		November 2015		April 2016		Mai 2016	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real	1,9	1,8	1,6	1,6	1,5	1,5	1,3	1,7	1,2	1,4	1,5	1,6
Privater Konsum, real	1,6	1,4	1,8	1,4	1,4	1,2	1,6	1,2	x	x	1,5	1,4
Öffentlicher Konsum, real	1,3	1,1	0,8	0,7	0,8	0,5	-0,6	0,8	x	x	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,3	2,2	1,7	1,8	1,8	2,0	2,4	4,0	x	x	1,8	1,9
Exporte, real	3,9	4,5	2,7	4,0	2,8	3,5	3,3	4,7	2,9	3,6	2,6	3,6
Importe, real	3,6	4,3	2,9	3,8	3,0	3,4	3,6	5,1	3,0	3,7	2,7	3,2
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,9	0,8	0,7	0,7	0,3	0,3	0,4	0,5	x	x	0,6	0,7
BIP Deflator	1,6	1,6	2,0	1,6	1,4	1,6	1,4	1,6	1,5	1,7	1,3	1,7
VPI	x	x	1,2	1,8	1,4	1,9	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,3	1,7	1,2	1,8	1,5	1,9	1,5	1,7	1,4	1,8	0,9	1,7
Lohnstückkosten	0,4	0,8	0,9	1,2	1,1	1,4	0,7	1,2	x	x	0,8	0,9
Beschäftigte	1,1	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	0,8	1,2	1,1	1,0	0,9	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	6,1	6,3	5,9	6,1	6,0	6,2	6,1	5,9	6,2	6,4	5,9	6,1
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	2,8	3,1	3,1	3,2	x	x	2,0	2,0	3,6	3,5	3,1	3,3
Finanzierungssaldo des Staates	-2,0	-1,7	-1,7	-1,5	-2,0	-1,6	-1,9	-1,3	-1,8	-1,4	-1,5	-1,4
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel	52,2	57,5	35,0	42,0	40,0	43,0	50,0	50,0	34,8	41,0	41,1	46,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	0,0	0,1	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3
USD/EUR	1,09	1,09	1,10	1,10	1,07	1,08	1,11	1,11	1,11	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real Euroraum[2)]	1,4	1,7	1,4	1,6	1,5	1,6	1,4	1,7	1,5	1,6	1,6	1,8
BIP, real USA[2)]	2,7	2,6	2,0	2,4	2,3	2,3	2,0	2,2	2,4	2,5	2,3	2,2
BIP, real Welt[2)]	3,4	3,7	3,1	3,4	x	x	3,0	3,3	3,2	3,5	3,1	3,4
Welthandel	2,7	3,8	2,0	2,5	3,0	3,5	3,6	4,8	3,1	3,8	2,7	3,8

1) WIFO - Stundenproduktivität. 2) Interimsprognose der OECD vom Februar 2016.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

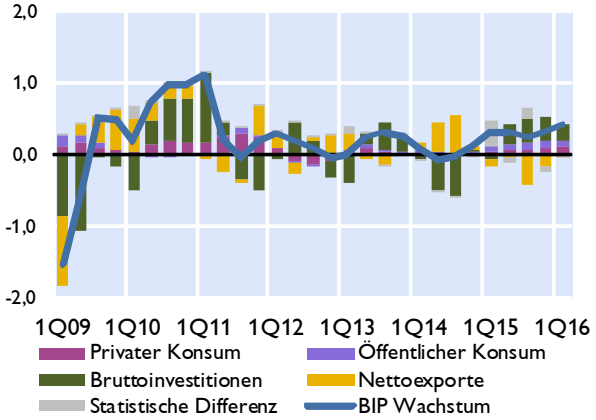
	2014	2015	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Jän.	2016 Feb.	2016 März	2016 April
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	1,5	0,8	1,0	0,9	0,7	1,0	..	1,4	1,0	0,6	..
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	1,9	1,7	1,7	1,9	1,7	1,8	..	2,1	1,9	1,5	..
Nationaler VPI	1,6	0,9	1,0	0,9	0,8	1,0	..	1,2	1,0	0,7	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,0	1,0	1,1	0,9	0,6	..	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,6	1,5	1,5	1,5	1,3	..	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,1	-1,5	-0,9	-1,4	-2,0	-2,8	..	-2,1	-3,1	-3,1	..
Großhandelspreisindex	-1,9	-3,5	-2,4	-3,8	-5,5	-4,2	..	-2,3	-5,3	-4,9	..
Tariflohnindex	2,4	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	..	2,1	2,1	1,7	..
BIP je Erwerbstätigen	0,9	1,8	2,1	1,9	1,7	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,2	1,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,2	0,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,5	0,8	0,3	0,2	0,3	0,4	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,1	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,8	1,3	0,4	0,5	0,6	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,3	0,5	0,5	0,5	0,4	..	x	x	x	x
Exporte	2,2	2,1	0,8	1,2	0,7	0,8	..	x	x	x	x
Importe	1,1	2,2	1,0	2,2	1,1	0,9	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,4	0,9	1,0	0,9	1,0	1,3	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,3	0,7	0,5	0,8	1,3	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,5	0,1	1,0	-0,4	-1,1	..	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,4	0,1	-0,5	0,4	0,8	..	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	2,7	2,5	4,4	2,6	..	..	0,0	..	..	..
Importe	-0,7	2,4	0,2	4,7	3,8	..	..	0,7	..	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	12,1	14,3	2,7	2,8	2,6	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	8,4	0,7	1,4	1,6	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	6,4	8,6	1,0	1,6	1,9	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	2,6	1,2	1,8	2,2	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	98,0	96,5	94,6	98,0	99,1	97,9	..	101,3	96,0	96,4	97,8
Industrievertrauen (%-Saldo)	-5,2	-7,0	-8,5	-5,6	-4,5	-7,8	..	-3,9	-10,4	-9,0	-8,5
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-0,1	1,6	0,6	2,7	2,3	..	..	3,0	0,2	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	84,0	84,2	84,4	83,4	85,0	84,0	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-16,2	-14,9	-17,8	-15,1	-12,0	-6,9	..	-6,9	-6,3	-7,6	-3,9
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	9,8	9,1	7,1	10,2	13,6	13,0	..	17,5	11,2	10,2	13,2
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-9,0	-12,4	-11,0	-11,9	-15,2	-13,5	..	-14,5	-13,9	-12,0	-13,6
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,3	-9,8	-14,3	-6,5	-5,2	-5,8	..	-6,1	-4,7	-6,5	-0,2
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,3	1,2	0,5	1,5	8,3	..	..	-3,3	3,1	..	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,6	0,9	0,7	1,1	1,2	1,4	..	1,2	1,7	1,4	1,5
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	11,2	11,0	13,9	11,3	7,8	2,9	..	4,6	2,0	2,0	0,5
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,4	9,1	8,7	8,2	9,5	10,2	..	10,9	10,3	9,4	9,1
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,6	5,7	5,8	5,7	5,8	5,9	..	5,9	5,9	5,8	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,2	4,4	4,1	5,5	4,3	4,3	..	3,4	4,3	5,3	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,0	4,0	4,3	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-3,5	2,1	-3,4	-4,3	2,1	1,4	..	0,9	1,6	1,4	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,2	..	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	1,5	0,8	0,7	1,0	0,8	0,6	..	0,8	0,5	0,5	0,4
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.397	2.428	2.577	2.378	2.406	2.184	..	2.194	2.096	2.257	2.294
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,8	-1,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	84,3	86,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

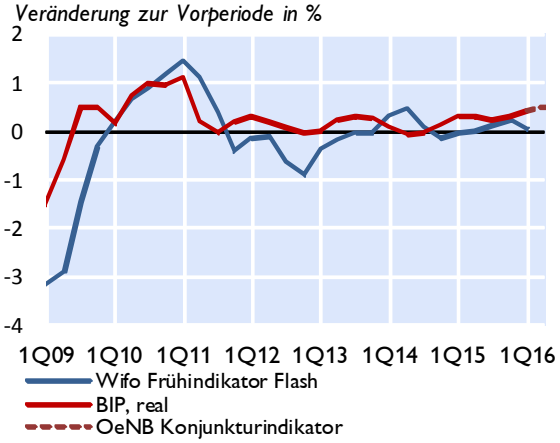
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



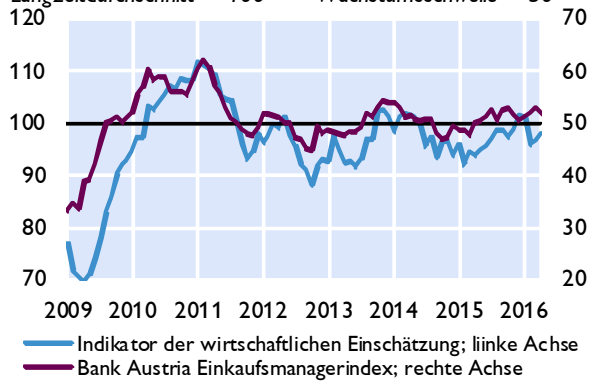
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



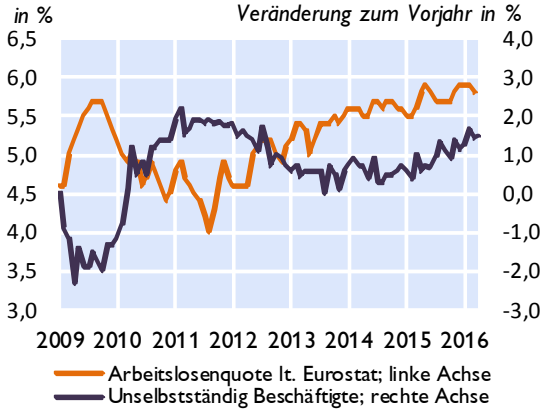
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

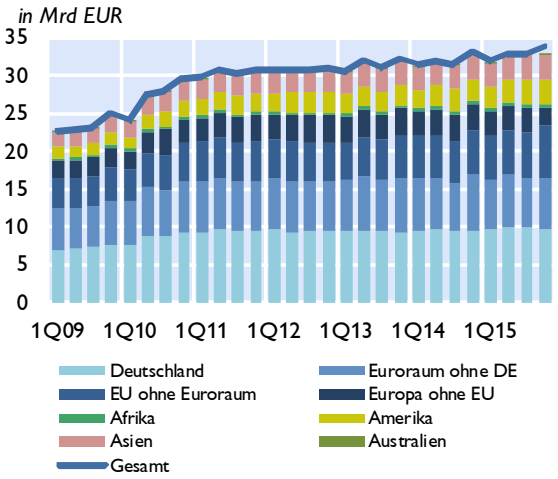
Salden	2013	2014	2015	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	6,3	6,4	8,6	3,3	4,2	1,0	1,6	1,9
Güter	-1,0	1,6	2,6	0,8	0,9	1,2	0,5	0,1
Dienstleistungen	10,2	10,5	11,6	2,8	5,3	1,5	2,3	2,5
Primäreinkommen	1,0	-2,4	-2,2	0,2	-0,7	-0,8	-0,7	0,0
Sekundäreinkommen	-3,9	-3,3	-3,4	-0,5	-1,3	-0,9	-0,4	-0,7
Vermögensübertragungen	-0,5	-0,5	-1,9	-0,2	0,0	-0,1	-1,6	-0,2
Kapitalbilanz	10,9	1,5	5,5	-0,2	4,2	-1,1	2,1	0,2
Direktinvestitionen	7,9	-3,7	8,1	-3,2	4,2	-1,3	3,0	2,2
Portfolioinvestitionen	-2,2	13,1	14,5	5,8	5,9	1,4	4,8	2,5
Finanzderivate	-3,8	-1,4	-0,5	-0,6	1,3	0,6	-1,0	-1,4
Sonstige Investiitionen	8,6	-8,7	-16,3	-2,0	-6,7	-2,2	-4,5	-2,9
Währungsreserven[3)]	0,4	2,1	-0,3	-0,2	-0,4	0,4	-0,2	-0,1
Statistische Differenz	5,1	-4,5	-1,2	-3,3	0,1	-2,0	2,1	-1,5
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	1,9	2,6	3,8	5,2	1,2	1,8	2,2

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 revidierte Daten, 2015 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

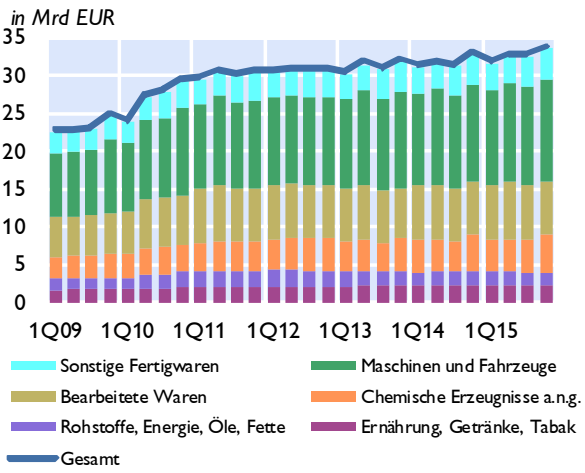
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
2015	131.554	133.002	-1.448	2,7	2,4
Jän. 15	9.632	10.137	-505	-3,8	-4,4
Jän. 16	9.629	10.212	-583	0,0	0,7
Aug. 15	9.592	9.964	-372	7,5	6,1
Sep. 15	11.694	11.955	-261	2,7	5,1
Okt. 15	11.554	11.679	-125	-2,6	-2,1
Nov. 15	11.942	11.650	292	5,4	8,4
Dez. 15	10.392	10.572	-181	5,5	5,9
Jän. 16	9.629	10.212	-583	0,0	0,7

Exporte nach Regionen



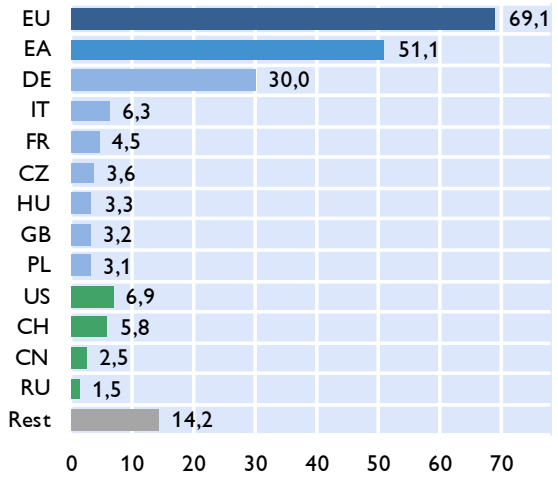
Exporte nach Warengruppen



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2015

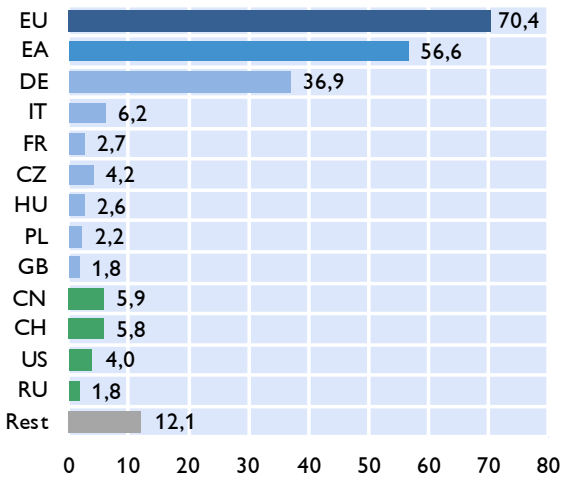
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



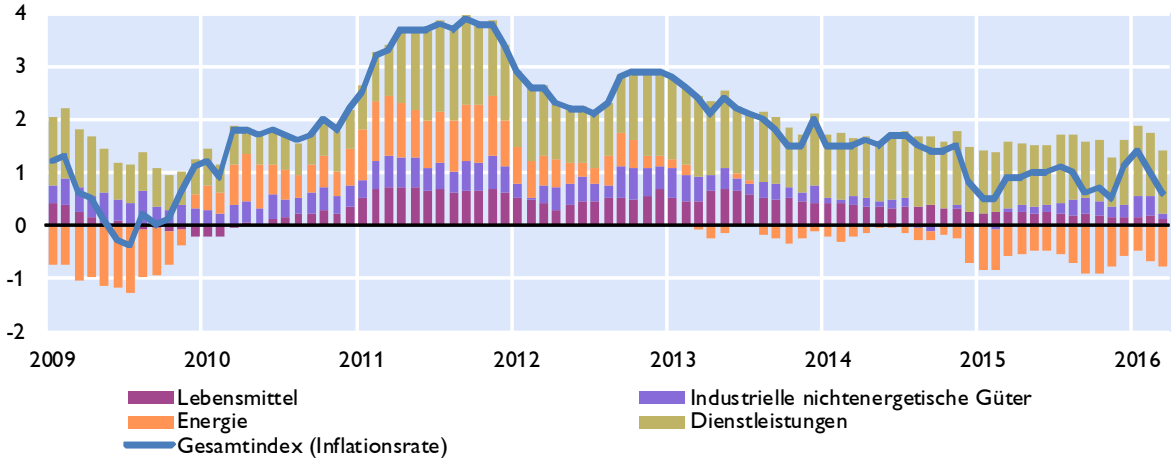
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2016	2014	2015	Nov.15	Dez.15	Jän.16	Feb.16	Mär.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	0,8	0,5	1,1	1,4	1,0	0,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,3	1,8	0,8	0,4	0,5	0,5	0,9	0,6
Alkoholische Getränke und Tabak	3,7	3,9	3,2	2,7	2,7	2,6	2,2	1,6
Bekleidung und Schuhe	7,2	-0,9	0,1	0,3	0,4	2,6	1,9	-0,6
Wohnung, Wasser, Energie	14,1	1,7	1,2	0,8	0,7	0,7	0,2	0,3
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,0	1,3	1,5	1,7	1,9	2,3	1,1
Gesundheitspflege	5,2	2,4	1,8	1,7	1,9	2,5	2,9	2,7
Verkehr	14,4	-0,7	-3,5	-4,1	-1,7	-1,5	-3,4	-4,0
Nachrichtenübermittlung	2,1	6,3	0,6	-1,1	-1,0	-1,0	-0,5	-0,7
Freizeit und Kultur	11,0	1,6	1,7	0,6	1,8	2,0	1,5	2,0
Bildungswesen	1,1	2,7	2,5	1,7	1,7	1,6	1,7	1,4
Hotels, Cafes und Restaurants	15,1	2,9	2,9	2,9	3,3	3,6	3,5	3,2
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,2	1,2	1,8	1,8	1,7	2,4	2,3	1,7

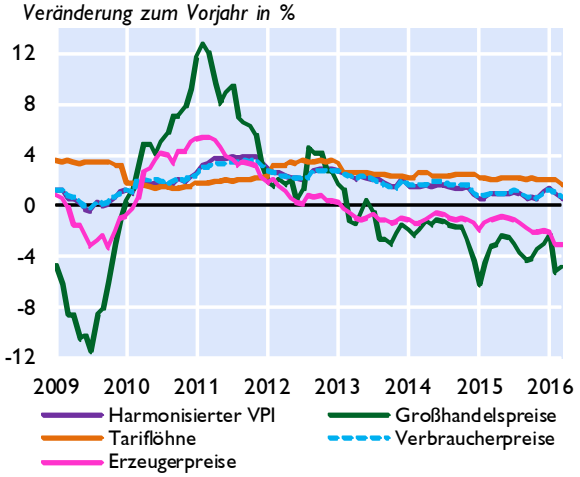
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2014	2015	2016[1)]	2017[1)]
Stunden-produktivität[3)]	-0,1	0,5	0,7	0,7
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer[3)]	1,4	1,7	1,3	1,5
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	1,5	-2,7	1,2	-0,3
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,2	1,4	0,9	1,2
Sachgüter-erzeugung[3)]	1,2	0,9	-0,4	-1,0

1) WIFO-Prognose März 2016.
2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.
3) 2015: WIFO-Prognose März 2016.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2013	2014	2015	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16
Gesamt	**132.629**	**131.901**	**135.201**	**43.585**	**24.272**	**45.355**	**21.988**	**47.522**
Inländer	35.755	35.668	36.423	8.890	8.118	12.564	6.851	9.180
Ausländer	96.874	96.233	98.778	34.695	16.154	32.792	15.138	38.341
darunter								
Deutschland	50.823	49.491	50.169	17.274	8.489	17.065	7.341	19.532
Osteuropa	10.544	10.669	10.423	4.742	1.489	2.354	1.838	4.826
Niederlande	9.140	9.007	9.172	4.379	733	2.950	1.110	4.727
Schweiz	4.577	4.640	4.911	1.486	887	1.570	969	1.634
Vereinigtes Königreich	3.345	3.365	3.549	1.508	641	847	553	1.671
Italien	2.778	2.777	2.927	464	446	1.406	610	494
Belgien	2.606	2.649	2.603	963	425	928	287	1.201
Frankreich	1.808	1.776	1.752	475	330	715	233	482
Dänemark	1.449	1.436	1.478	902	93	361	122	958
USA	1.367	1.490	1.675	225	470	634	346	256
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**1,2**	**-0,5**	**2,5**	**2,3**	**2,4**	**4,6**	**-1,1**	**9,0**
Inländer	-0,6	-0,2	2,1	1,9	-1,2	4,3	2,6	3,3
Ausländer	1,9	-0,7	2,6	2,4	4,3	4,7	-2,7	10,5

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15
Deutschland	7.489	7.486	7.797	1.435	2.855	1.270	2.292	1.381
Niederlande	1.068	1.079	1.155	165	607	83	296	169
Schweiz	853	958	1.061	202	407	162	279	212
Italien	584	694	746	174	169	151	250	176
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.212	2.359	2.314	546	850	401	531	532
Restl. Europa	1.990	2.025	2.101	322	957	311	503	331
Rest der Welt	1.041	1.075	1.323	240	261	310	480	271
Gesamt	**15.237**	**15.676**	**16.497**	**3.084**	**6.106**	**2.688**	**4.631**	**3.072**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15
Deutschland	2.036	2.049	1.981	355	437	518	658	368
Italien	1.193	1.324	1.283	172	132	330	661	159
Kroatien	618	677	691	34	14	144	496	37
Europäische Mittelmeerländer[1)]	909	982	1.014	111	137	275	473	130
Restl. Europa	1.993	2.041	2.022	374	376	538	701	407
Rest der Welt	988	1.076	1.133	294	283	205	283	362
Gesamt	**7.737**	**8.149**	**8.124**	**1.340**	**1.379**	**2.010**	**3.272**	**1.463**

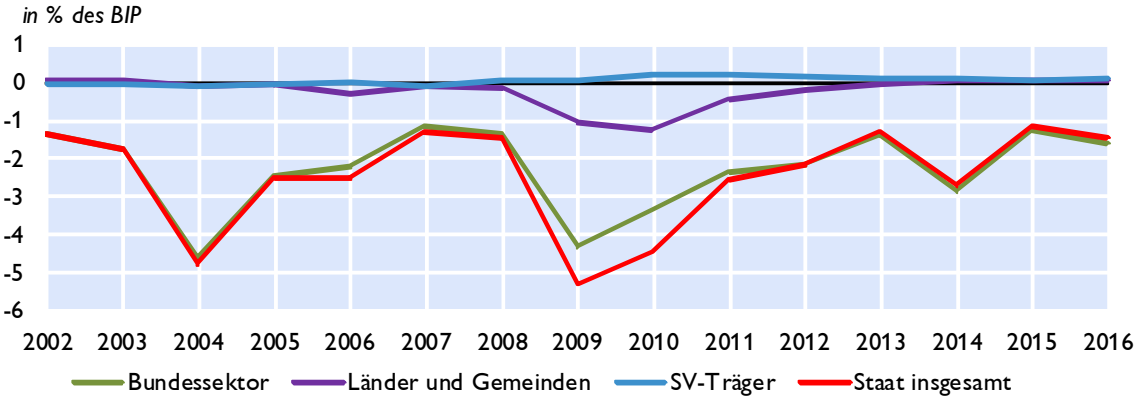
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	-6,9	-0,5	0,5	-6,9	-2,2	-0,2	0,2	-2,2
2013	-4,6	-0,1	0,4	-4,2	-1,4	0,0	0,1	-1,3
2014	-9,3	0,1	0,3	-8,9	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015	-4,3	0,2	0,2	-3,9	-1,3	0,1	0,1	-1,2
2016 1)	-5,6	0,2	0,4	-5,1	-1,6	0,0	0,1	-1,4

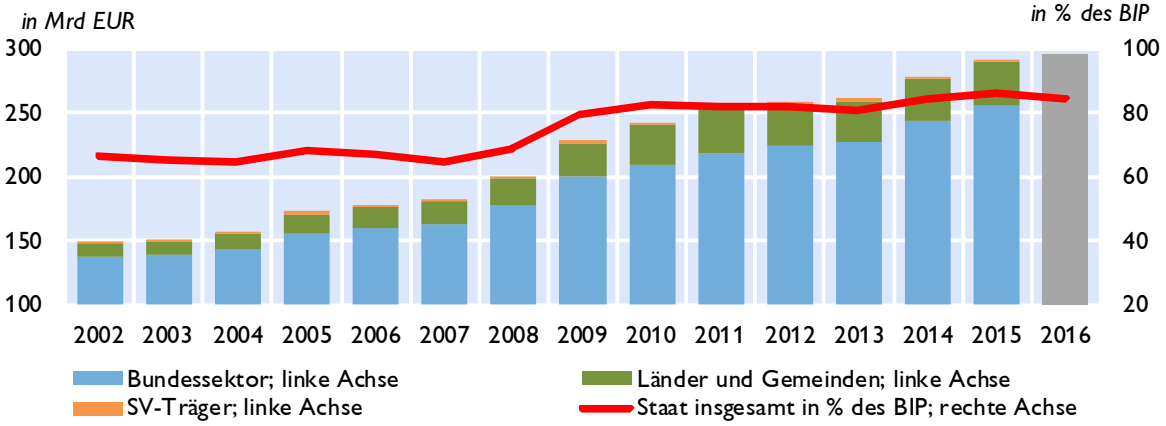
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	224,0	33,0	1,8	258,8	70,7	10,4	0,6	81,6
2013	226,7	32,5	1,7	260,9	70,2	10,1	0,5	80,8
2014	242,9	33,2	1,3	277,4	73,8	10,1	0,4	84,3
2015	254,9	34,1	1,7	290,7	75,6	10,1	0,5	86,2
2016 1)	x	x	x	295,1	x	x	x	84,4

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) Prognose (BMF).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

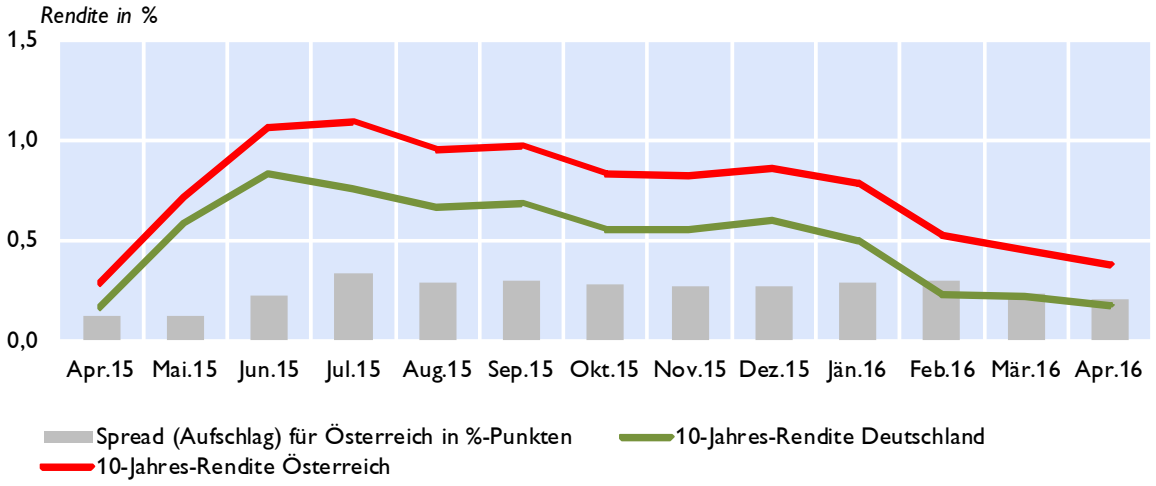
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis März		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	18.887	19.547	74.589	77.026	3,3
Einzahlungen	15.300	14.245	72.728	71.903	-1,1
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-3.587**	**-5.301**	**-1.861**	**-5.123**	**175,3**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis März		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	9.154	8.468	42.797	39.908	-6,7
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	326	327	3.617	4.150	14,7
Körperschaftsteuer	1.224	1.250	6.320	6.300	-0,3
Lohnsteuer	6.378	6.018	27.272	24.800	-9,1
Kapitalertragsteuern	777	437	3.863	3.000	-22,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	9.416	9.924	38.900	41.307	6,2
davon: Umsatzsteuer	6.554	6.871	26.013	28.200	8,4
Öffentliche Abgaben brutto	**18.881**	**18.646**	**82.427**	**81.850**	**-0,7**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	7.340	8.008	29.603	29.472	-0,4
Überweisungen an die Europäische Union	1.348	1.082	2.452	3.000	22,3
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**10.193**	**9.556**	**50.372**	**49.378**	**-2,0**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

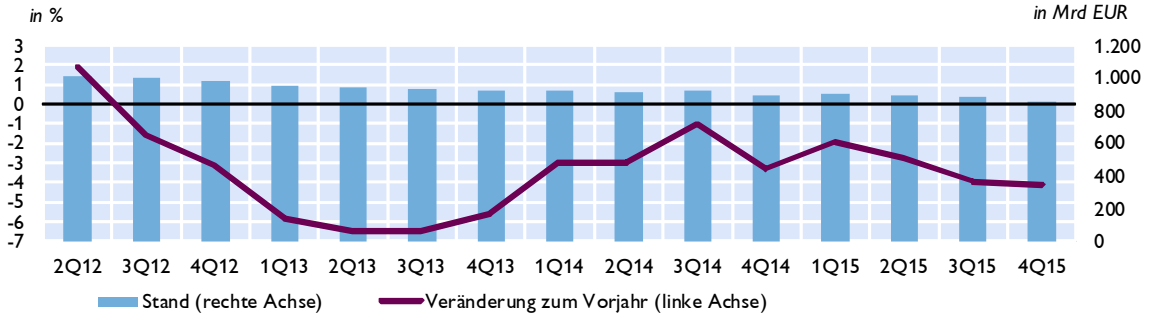
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	4. Quartal 2015	4. Quartal 2014	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	58.636	40.475	18.161	44,9
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	735.602	763.987	-28.385	-3,7
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	*112.132*	*143.025*	*-30.893*	*-21,6*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	*623.469*	*620.961*	*2.508*	*0,4*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	172.425	177.377	-4.951	-2,8
hiev. Schuldverschreibungen	*161.890*	*166.370*	*-4.481*	*-2,7*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	*10.536*	*11.006*	*-471*	*-4,3*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	33.864	41.131	-7.267	-17,7
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	18.617	19.132	-515	-2,7
Materielle Vermögenswerte	15.592	13.289	2.303	17,3
Immaterielle Vermögenswerte	3.017	3.141	-123	-3,9
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18.952	19.624	-672	-3,4
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.056.705**	**1.078.155**	**-21.450**	**-2,0**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	16.466	13.815	2.652	19,2
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	129.390	158.827	-29.437	-18,5
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	575.353	554.473	20.880	3,8
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	165.235	178.807	-13.573	-7,6
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	26.051	33.963	-7.912	-23,3
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	870	949	-79	-8,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.144	21.364	780	3,7
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	5.205	1.546	3.659	236,7
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	24.820	23.816	1.004	4,2
Rueckstellungen	13.053	15.566	-2.513	-16,1
Eigenkapital und Fremdanteile	78.118	75.028	3.090	4,1
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	*-4.172*	*-4.026*	*-146*	*-3,6*
hievon Fremdanteile	*10.043*	*10.067*	*-24*	*-0,2*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.056.705**	**1.078.155**	**-21.450**	**-2,0**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	18.129	21.289	-3.160	-14,8

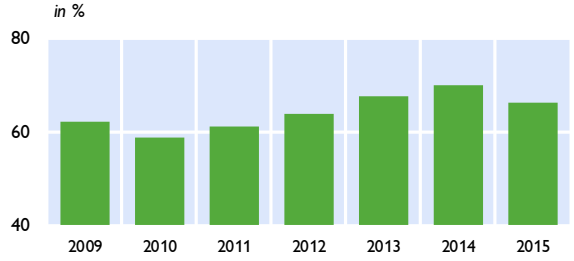
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

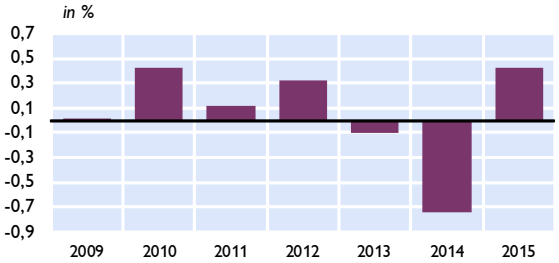
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



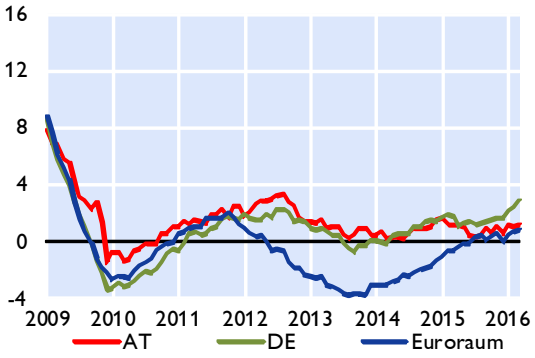
Quelle: OeNB.

Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

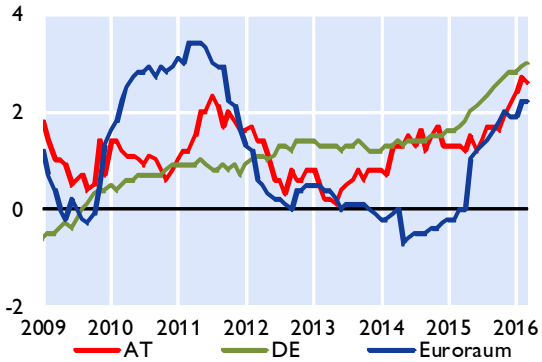
Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.207	1,3	-0,3	137	4.263	1,5	-1,4
2015	146	5.314	2,1	1,9	137	4.264	0,6	0,0
Jun.15	145	5.262	1,2	1,2	136	4.301	0,5	-0,2
Jul.15	145	5.264	1,4	1,3	137	4.309	0,3	0,3
Aug.15	145	5.267	1,7	1,4	137	4.286	0,4	0,4
Sep.15	145	5.281	1,7	1,6	138	4.272	0,9	0,1
Okt.15	145	5.305	1,6	1,8	137	4.285	0,6	0,3
Nov.15	146	5.318	1,9	2,0	138	4.308	1,0	0,6
Dez.15	146	5.314	2,1	1,9	137	4.264	0,6	0,0
Jän.16	146	5.308	2,4	1,9	137	4.286	1,2	0,5
Feb.16	146	5.319	2,7	2,2	137	4.302	1,1	0,7
Mär.16	147	5.329	2,6	2,2	138	4.292	1,2	0,8

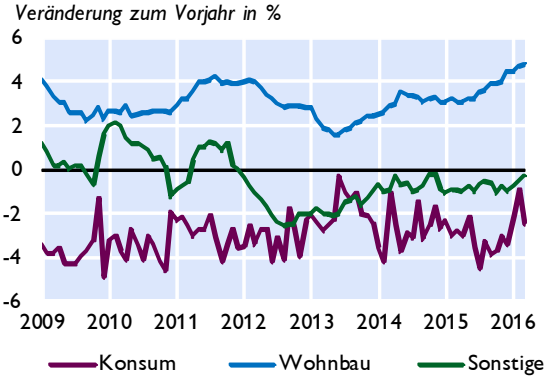
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen
Veränderung zum Vorjahr in %



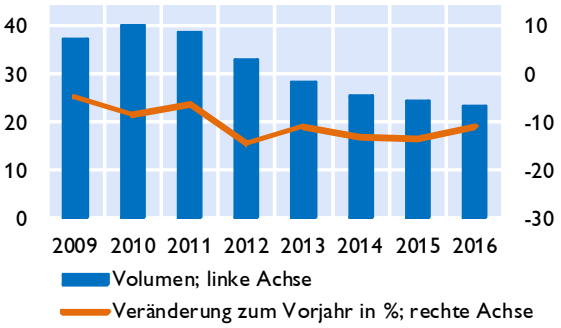
Kredite an private Haushalte
Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich
in Mrd EUR *in %*



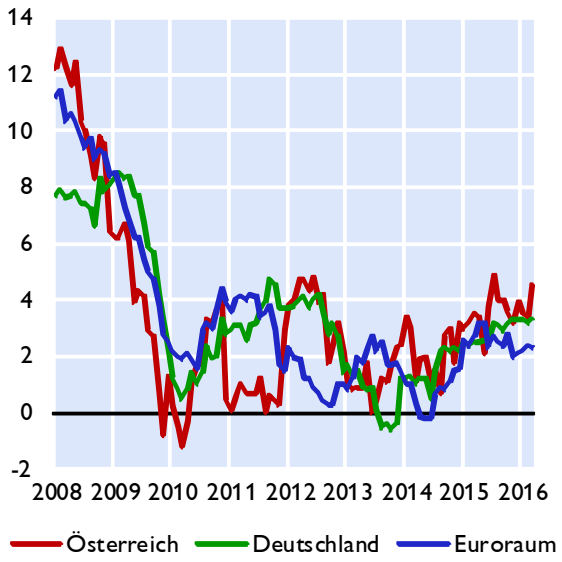
Quelle: OeNB.

Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

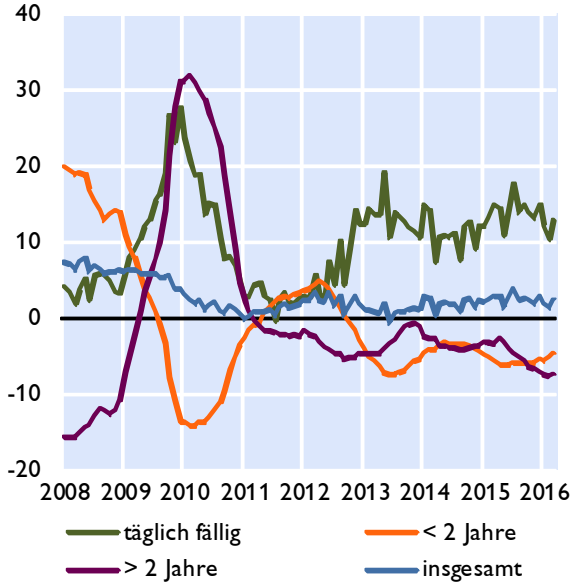
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



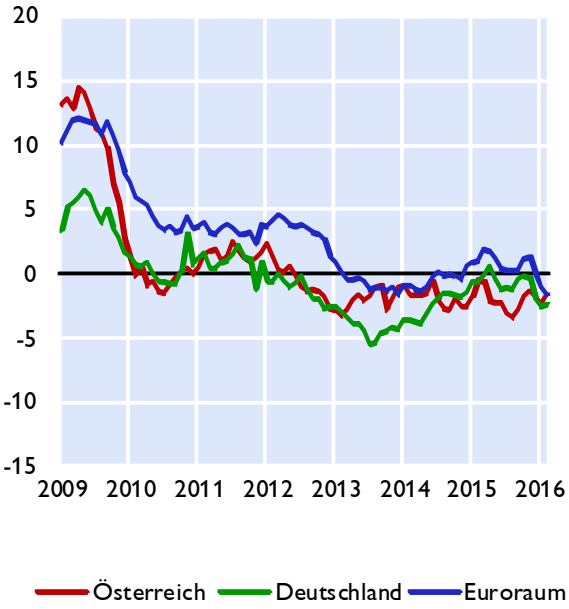
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



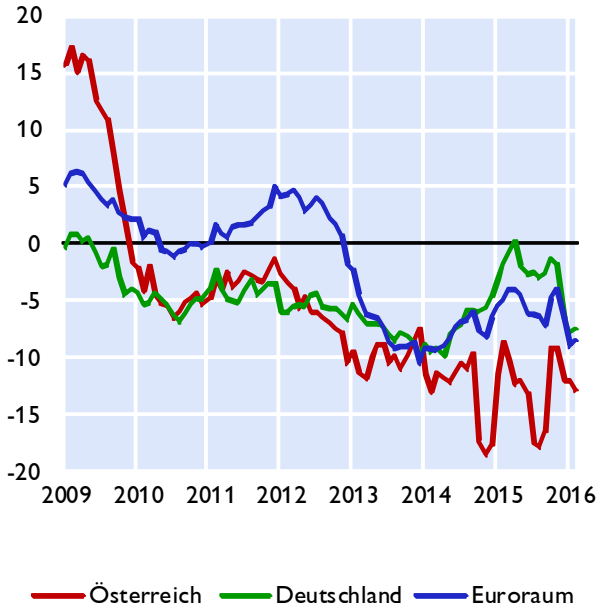
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

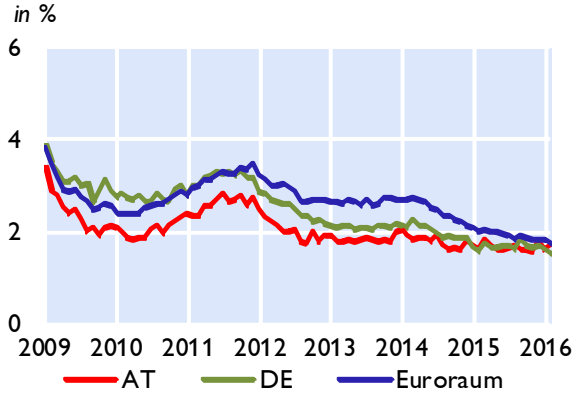


Quelle: OeNB, EZB

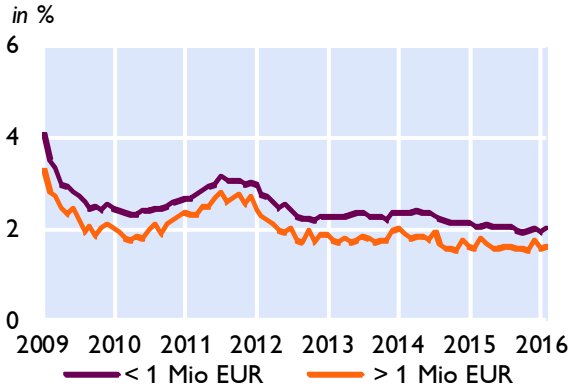
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

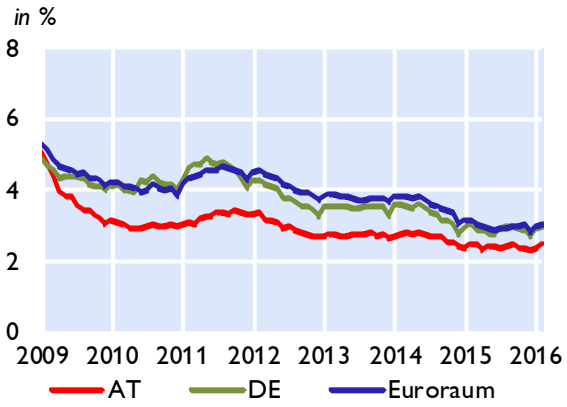


Nach Kredithöhe in Österreich

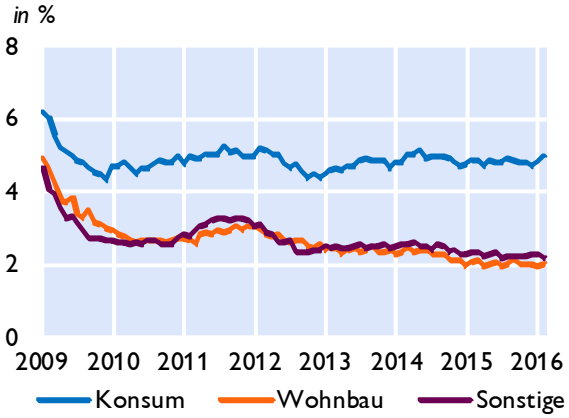


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

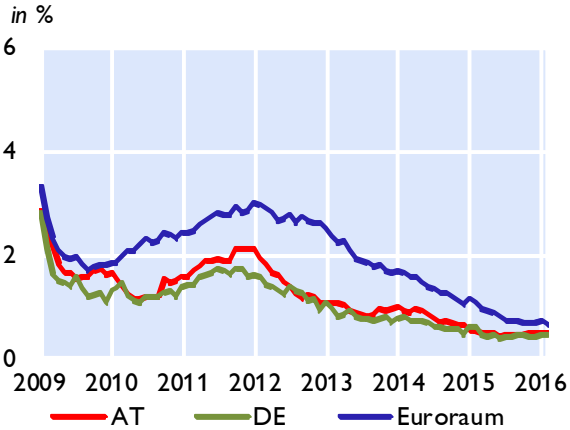


Nach Verwendungszweck in Österreich

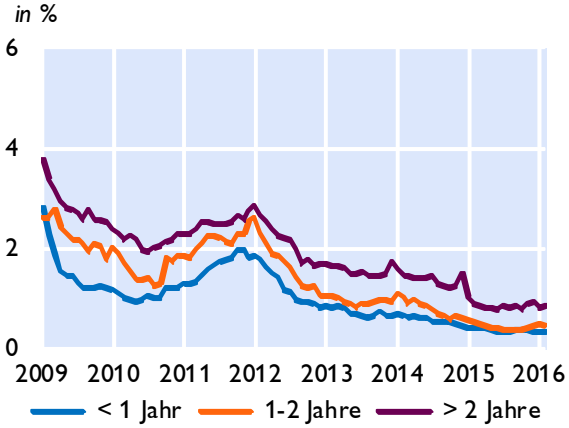


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



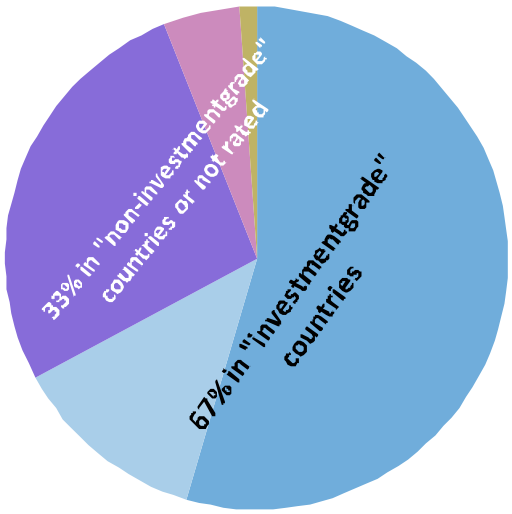
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	4. Quartal 2015	4. Quartal 2014	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
Zinsergebnis	**18.336**	**19.345**	**-1.009**	**-5,2**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*32.523*	*35.216*	*-2.693*	*-7,6*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*14.187*	*15.870*	*-1.683*	*-10,6*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1)]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	620	933	-313	-33,6
Provisionsergebnis	**7.730**	**7.741**	**-11**	**-0,1**
Provisionserträge	*10.662*	*10.567*	*95*	*0,9*
(Provisionsaufwand)	*2.932*	*2.826*	*106*	*3,7*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	414	513	-99	-19,3
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1)]	-50	426	-475	-111,7
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	1.049	438	610	139,2
Sonstige betriebliche Erträge	3.036	3.063	-27	-0,9
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	3.071	3.742	-672	-17,9
Betriebserträge, netto	**28.064**	**28.717**	**-653**	**-2,3**
(Verwaltungsaufwendungen)	15.789	16.112	-323	-2,0
(hv. Personalaufwendungen)	*8.959*	*9.543*	*-584*	*-6,1*
(hv. Sachaufwendungen)	*6.830*	*6.569*	*261*	*4,0*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	1.823	0	1.823	-
Betriebsergebnis	**10.452**	**8.884**	**1.568**	**17,7**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	4.022	0	4.022	-
(Sonstige Rückstellungen)[1)]	480	0	480	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	154	0	154	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	1.132	1	1.131	159.277,5
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1)]	858	319	539	168,7
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1)]	25	-11	35	324,6
Außerordentliches Ergebnis	-4	-10	6	57,1
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**7.806**	**2.376**	**5.431**	**228,6**
(Ertragssteuern)	1.369	1.732	-364	-21,0
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**6.437**	**643**	**5.794**	**900,7**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1)]	-485	-179	-306	-171,2
(Minderheitenanteile)[1)]	708	-221	929	420,6
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**5.244**	**685**	**4.559**	**665,2**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	2013	2014	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15
	in Mio EUR								
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	47.001	44.221	44.817	46.158	48.373	48.558
Slowakei	21.329	23.838	24.535	25.093	26.319	27.486	27.947	28.605	29.261
Rumänien	29.937	28.595	26.823	25.778	25.896	25.367	22.781	22.467	23.498
Polen	11.111	11.886	17.933	17.017	16.688	18.480	20.107	20.187	19.121
Kroatien	25.341	25.507	23.195	22.038	18.878	19.626	19.343	18.904	18.167
Ungarn	25.526	23.491	19.803	18.109	15.460	16.733	15.293	14.914	14.263
Slowenien	11.594	11.257	9.588	8.079	5.494	5.409	5.098	4.770	4.716
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	4.865	3.565	3.712	3.612	3.776	4.029
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	3.626	3.456	3.221	3.315	3.353	3.368
Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.124	3.438	3.349	3.357	3.267	3.238
Türkei	690	749	776	929	1.011	995	950	949	889
Republik Montenegro	766	894	875	865	392	399	387	361	346
Mazedonien	260	306	390	350	306	291	272	297	292
Aserbeidschan	53	60	63	144	247	227	250	244	239
Litauen	174	181	120	161	144	94	94	94	131
Lettland	359	175	137	126	53	57	72	73	77
Estland	82	61	60	50	51	59	48	47	14
Andere	22.042	23.169	24.560	23.411	19.151	19.583	19.518	17.742	16.190
Gesamt	209.352	216.086	209.818	201.768	184.768	189.906	188.601	188.422	186.397

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 4. Quartal 2015	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	10.829	10.829	x	x	x	x	x	x	2.210
Bargeld	1.441	3.478	3.476	0	0	1	0	21.530	0	3.570
Täglich fällige Einlagen	41.948	87.547	69.645	7.326	7.201	2.910	465	105.482	3.734	66.244
Sonstige Einlagen	17.795	188.615	180.794	1.968	3.808	1.955	90	118.949	1.739	65.511
Kurzfristige Kredite	29.594	73.918	69.609	1	2.535	1.773	0	1.658	0	18.414
Langfristige Kredite	88.994	389.766	364.558	12	20.635	4.553	9	722	0	74.021
Handelskredite	42.636	19	0	0	19	0	0	7	3	16.400
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	235	2.920	2.467	434	13	5	1	979	0	12.378
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.689	300.762	160.271	83.431	3.131	53.495	434	35.505	1.738	326.644
Börsennotierte Aktien	22.435	46.005	4.089	21.978	18.957	981	0	19.632	818	38.939
Nicht börsennotierte Aktien	41.319	137.482	26.679	140	102.874	7.756	32	2.877	7	37.210
Investmentzertifikate	10.953	130.501	14.602	49.365	14.193	33.482	18.858	51.261	2.463	19.510
Sonstige Anteilsrechte	158.196	105.215	29.107	1.417	69.023	5.668	0	105.794	1.310	193.699
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.297	x	2.134
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.461	6.005	0	0	0	6.005	0	11.998	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	39.569	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	6.080	21.296	8.574	49	10.951	1.683	40	16.433	24	11.089
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	474.776	1.504.356	944.700	166.120	253.341	120.266	19.928	604.692	11.838	887.974
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	38	38	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	110	125	126	0	0	0	0	926	0	691
Täglich fällige Einlagen	2.482	3.307	3.441	1.097	-2.030	844	-44	13.706	110	316
Sonstige Einlagen	-393	-16.103	-15.883	-25	-322	137	-10	-7.261	-260	-8.734
Kurzfristige Kredite	2.212	-5.411	-5.704	1	366	-75	0	784	0	-165
Langfristige Kredite	3.640	3.344	3.898	-5	-314	-244	9	70	0	2.457
Handelskredite	2.354	-3	-1	0	-2	0	0	-12	1	940
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	120	-2.623	-2.495	-111	-14	0	-3	29	-1	-4.094
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-1.312	8.284	8.396	-384	303	-33	2	-3.466	-81	-10.953
Börsennotierte Aktien	841	-785	326	-842	-176	-92	0	-46	-11	1.366
Nicht börsennotierte Aktien	638	2.832	1.561	70	1.479	-280	3	-103	-18	836
Investmentzertifikate	335	5.910	44	3.417	1.332	694	422	3.940	152	1.049
Sonstige Anteilsrechte	7.770	550	-763	-75	1.553	-163	-1	7	6	6.361
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-269	x	-100
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	104	-275	0	0	0	-275	0	194	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	846	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-698	1.740	-2.557	379	3.935	-17	0	1.234	-12	-5.055
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	18.201	930	-9.573	3.521	6.109	495	377	10.579	-115	-15.086
Nettogeldvermögen	-243.740	10.474	23.371	-2.760	-13.441	2.580	724	429.369	9.399	-10.752
Finanzierungssaldo	2.530	698	-1.116	-2.886	5.082	-215	-166	7.979	-59	-5.469

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2015	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.210	2.210	x	x	x	x	x	x	10.829
Bargeld	x	29.366	29.366	x	x	x	x	x	x	702
Täglich fällige Einlagen	x	291.148	291.148	x	x	x	x	x	x	30.455
Sonstige Einlagen	x	320.240	320.240	x	x	x	x	x	x	84.928
Kurzfristige Kredite	44.380	15.627	0	622	13.196	1.808	1	12.165	413	51.174
Langfristige Kredite	226.674	31.887	0	85	30.693	1.102	7	161.165	1.990	125.849
Handelskredite	41.310	11	0	0	11	0	0	32	1	16.968
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	449	8.206	8.206	x	0	0	0	x	x	2.446
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42.425	174.614	158.705	x	11.862	4.039	0	x	x	197.187
Börsennotierte Aktien	66.632	25.158	19.326	x	276	5.557	x	x	x	44.402
Nicht börsennotierte Aktien	41.562	68.888	53.788	x	6.348	8.113	182	x	x	131.465
Investmentzertifikate	x	167.752	85	167.667	0	0	x	x	x	55.353
Sonstige Anteilsrechte	227.836	214.084	19.214	x	193.756	1.076	0	x	x	126.662
Lebensversicherungsansprüche	x	70.594	x	x	0	70.594	x	x	x	3.837
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	21.563	x	x	0	21.563	x	x	x	2.901
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.012	29.556	8.561	x	0	1.981	19.014	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17.236	22.979	10.481	4	10.640	1.854	0	1.961	21	13.570
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	718.516	1.493.881	921.329	168.880	266.782	117.686	19.205	175.323	2.438	898.726
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	38
Bargeld	x	1.675	1.675	x	x	x	x	x	x	184
Täglich fällige Einlagen	x	27.437	27.437	x	x	x	x	x	x	-4.343
Sonstige Einlagen	x	-21.428	-21.428	x	x	x	x	x	x	-10.988
Kurzfristige Kredite	-1.968	495	0	-165	839	-173	-6	-406	-38	113
Langfristige Kredite	7.076	-2.330	0	-75	-2.533	272	6	2.803	-13	-1.612
Handelskredite	4.026	-11	-14	0	2	0	0	-8	0	-415
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	44	-2.873	-2.873	x	0	0	0	x	x	-1.451
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	851	-13.400	-12.988	x	-1.318	907	0	x	x	-2.875
Börsennotierte Aktien	765	222	222	x	-1	0	0	x	x	375
Nicht börsennotierte Aktien	-146	482	552	x	20	-88	0	x	x	3.627
Investmentzertifikate	x	6.249	-62	6.311	0	0	0	x	x	5.213
Sonstige Anteilsrechte	6.948	3.840	1.476	x	2.407	-53	0	x	x	6.977
Lebensversicherungsansprüche	x	-666	0	x	0	-666	0	x	x	297
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	156	0	x	0	156	0	x	x	-133
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	20	825	122	x	0	160	543	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.944	-441	-2.576	328	1.611	196	0	212	-1	-4.624
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	15.671	232	-8.457	6.408	1.027	710	544	2.600	-56	-9.617
Nettogeldvermögen	-243.740	10.474	23.371	-2.760	-13.441	2.580	724	429.369	9.399	-10.752
Finanzierungssaldo	2.530	698	-1.116	-2.886	5.082	-215	-166	7.979	-59	-5.469

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.